ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 68/2015 ISSN: 2192-6719

ALLES KLASSE HIER – »KLASSISMUS«



Abbildungen im Heft

Da hängen sie, die Abbilder der Arbeiterklasse, zwischenzeitlich vom Klassenfeind restauriert und wieder in voller Schönheit und Aussagekraft. Auch heute bieten sie in ihrer Strahlkraft emanzipatorischen Geistern viel Stoff für historische und gegenwärtige Diskussionen. Ein »denk-mal« eben – und ein künstlerischer Meilenstein am »Haus des Lehrers« in Berlin.

INHALT

EDITORIAL



Klassismus

Im letzten halben Jahr hat der antimuslimische Rassismus eine steile Karriere hingelegt. Dazu haben die Leitmedien kräftig beigetragen. Unter anderem der Spiegel. Von seinem Herausgeber aus der Flakhelfergeneration (Rudolf Augstein) wurde der SPIEGEL noch als »Sturmgeschütz der Demokratie« gefeiert. Zwischenzeitlich entwickelte sich der Spiegel zu einem FOCUS für Sozialdemokraten, der sich in jedem zweiten Heft mit Adolf Hitler beschäftigte. Aber seit 2001 ist der SPIEGEL wie auch die meisten anderen Leitmedien »embedded journalism« im »war on terror«. Diese Einbettung drückte sich dadurch aus, dass jedes zweite Heft mit der »Bedrohung durch den Islam« aufmacht – das Sturmgeschütz der Reconquista.

Bis vor einem halben Jahr gab es noch halbherzige Diskussionen darüber, dass es vielleicht übertrieben sei, alle Muslime in einen Topf zu werfen. Aber dann wurden plötzlich die bösen ISIS-Salafisten entdeckt. Irgendwie tauchten die plötzlich und überraschend auf der Bühne des Weltgeschehens als Bösewichte auf. Die mediale Einhelligkeit war von Anfang an Besorgnis erregend. Vom Neuen Deutschland über DIE ZEIT bis zur FAZ waren sich alle in der Verurteilung der »bestialischen wilden Kreuzritter« einig.

Und da dauerte es auch nicht lange, bis die angeblichen unpolitischen besorgten Hooligans gegen den Salafismus die politische Bühne betraten. Von wenigen Autonomen abgesehen zeigten sich die politische Öffentlichkeit und die Polizei überrascht über den Zulauf. Nachdem das Konzept, die unzufriedene Mitte mit rassistischen Themen zu mobilisieren, nur teilweise aufging, weil viele Bürger_innen Hooligans fast so widerlich finden wie Salafisten, entstand folgerichtig PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Und zack – wurde aus Salafismus Islamisierung. Hier sammeln sich keine Nazis, nur Mitläufer. Die große deutsche Tradition des »Nachher-nix-gewusst-habens« wird hier gepflegt.

Ironischerweise skandieren sie den Nazi-Slogan von der »Lügenpresse«. Das ist doppelt ironisch, weil sie einerseits behaupten, keine Nazis zu sein und weil sie andererseits ihre Angst aus der »Lügenpresse« haben. Harald Martenstein hat mit seiner Polemik den Vogel abgeschossen: »In Sachsen gibt es so viele Muslime wie in Saudi Arabien Weinlokale. Da könnte man auch gleich gegen die Alkoholisierung des Morgenlandes demonstrieren.« Wer allerdings in Saudi Arabien demonstriert, läuft Gefahr, von deutschen Panzern niedergewalzt zu werden. Denn der Aufstandsbekämpfungs-Leopard II ist in der Region sehr beliebt. Es könnte einem aber auch passieren, dass man mit dem Schwert geköpft wird. Denn das diplomatische Partnerland für Sicherheit und Öllieferungen pflegt all die bestialischen Bräuche der Salafisten: Köpfung mit dem Schwert, auspeitschen – das ganze Programm. An der Stelle möchte man meinen, haben weder unsere Medien noch die Regierung den Schuss gehört.

Weit ab vom Schuss war auch die sächsische Polizei. Was ist, wenn ein 26-jähriger toter Mann aus Eritrea blutüberströmt vor der eigenen, mit Hakenkreuzen beschmierten Haustür liegt? Da kann man Fremdeinwirkung natürlich erst einmal ausschließen. Ganz sicher. Vermutlich Nasenbluten. Jedenfalls nichts mit Rassismus. Von daher war es auch plausibel, einen Zusammenhang mit der wenige Tage zuvor gestellten Anzeige wegen rassistischer Angriffe auf die Wohnung und Hakenkreuzschmierereien gleich mal auszuschließen.

Bei der glücklicherweise gesetzlich vorgeschriebenen Obduktion kommt dann einen Tag später ans Tageslicht: Zahlreiche – offensichtlich für Sanitäter und Polizei unsichtbare – Messerstiche waren die Todesursache. Um dann nach 30 Stunden zu schauen, ob es vielleicht doch noch ein paar verwertbare Spuren am öffentlich zugänglichen Tatort gibt.

Mittlerweile scheint die Tat aufgeklärt, irgendwie gab es wohl doch noch Spuren und ein Mitbewohner hat wohl sogar gestanden. Nach den NSU-Morden bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Auch hier wurde zuerst im Umfeld der Opfer ermittelt und rassistische Motive wurden kategorisch ausgeschlossen.

Der Beigeschmack ist auch deshalb so bitter, weil das dieselbe Polizei ist, die Marwa El-Sherbini im Gericht nicht geschützt hat. Dieselbe Polizei, die bei der tödlichen Messerattacke des rassistischen Russlanddeutschen erst einmal das Feuer auf den Ehemann von Marwa El-Sherbini eröffnete. In der Dresdner Polizei scheint eine dunkle Hautfarbe gleich zu dem Schluss »Selbstmord« oder »Täter« zu führen.

Eure ZAG

KAMPAGNEN UND WIDERSTAND



Abschiebeknast Büren revisited

Die Folgen des EUGH-Urteils zur Abschiebehaft

Gruppe ausbrechen, Paderborn

Um die Jahrtausendwende waren bis zu 560 Häftlinge in der JVA Büren eingesperrt. Deutschlands größtes Abschiebegefängnis war mehrfach Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen, Häftlingsrevolten, Hungerstreiks und Demonstrationen. Mitte 2014 hieß es dann von einem Tag auf den anderen: Der Abschiebeknast wird abgewickelt. Was zunächst wie ein Erfolg für die antirassistische Bewegung und den Flüchtlingswiderstand aussieht, könnte demnächst wieder zu einem akuten Problem werden.

In den letzten Jahren machten sich die deutlich zurück gegangenen Asylbewerberzahlen auch in Büren bemerkbar. 1994 wurde die JVA Büren als Abschiebegefängnis für männliche Flüchtlinge in einer umgebauten NATO-Kaserne eingerichtet. Seitdem waren dort über 20.000 Menschen inhaftiert. Nach heftigen Revolten und Protesten wurden die Haftbedingungen im Laufe der Zeit verbessert. Die Haft aber blieb. Als zentraler und einziger Abschiebeknast in NRW war Büren zuletzt auch für weibliche Häftlinge zuständig. Weil aber die Kapazitäten nicht ausgelastet waren, wurde eine Abteilung für Strafhäftlinge hergerichtet, getrennt von den Abschiebegefangenen. Seit dem letzten Sommer allerdings werden NRWs Abschiebehäftlinge nach Berlin oder Eisenhüttenstadt verfrachtet. Hintergrund ist die EU-Rückführungsrichtlinie. Darin ist festgelegt, dass Abschiebe- und Strafhaft in getrennten Einrichtungen vollzogen werden muss. Erst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs wurde die rechtswidrige Inhaftierungspraxis NRWs und einiger anderer Bundesländer gestoppt.

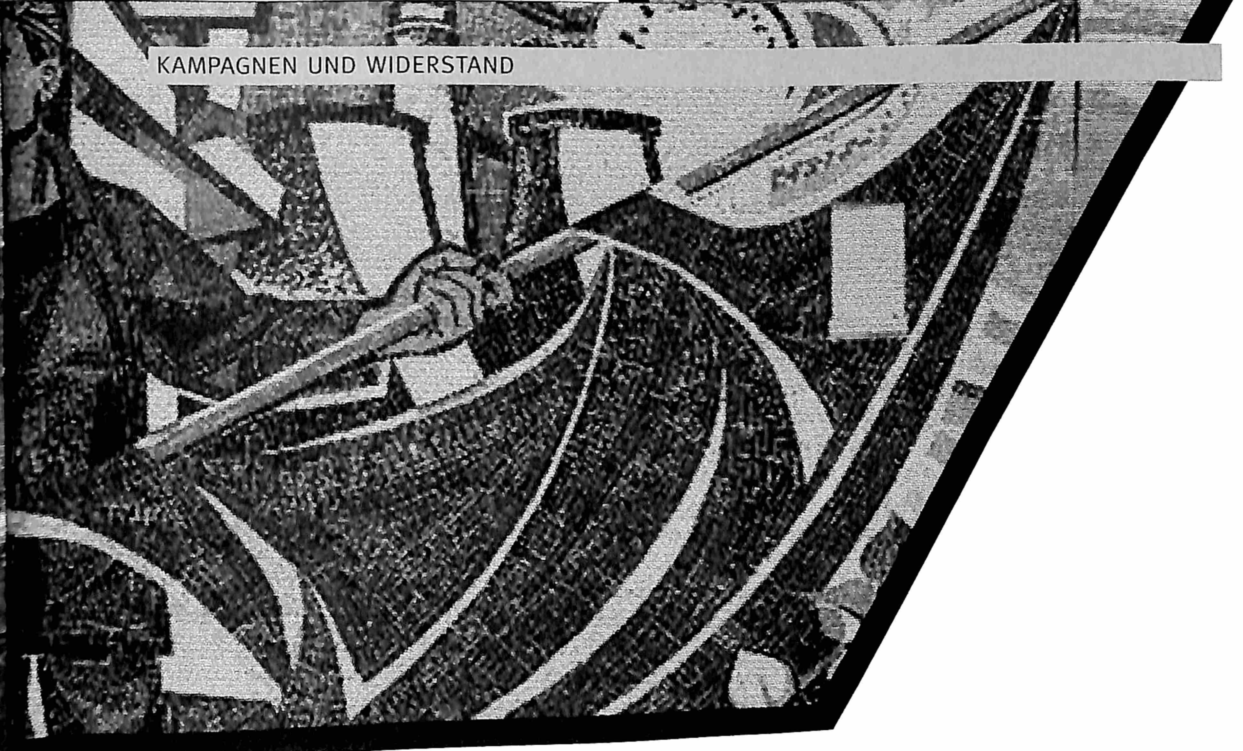
Die internationale Einbettung der Abschottung

Auch wenn Einwanderungspolitik nach wie vor in erster Linie national gestaltet wird, die Grundzüge werden seit langem in Brüssel beschlossen. Nicht zuletzt auf massives Drängen der jeweiligen deutschen Bundesregierung wurde mit der schrittweisen Vorverlegung der EU-Außengrenzen bis nach Nordafrika und weit nach Osten auch die Abschiebehaft zu einem Exportschlager. Die geringer werdende Zahl der Häftlinge in Deutschland ist daher auch Erfolg der deutschen Bestrebungen, Einwanderung an den EU-Außengrenzen abzuwehren und abzuwickeln.

Aber auch der Umgang mit denjenigen Menschen, die unter Lebensgefahr die Grenzen überschreiten und den Weg nach Europa schaffen, hat sich seit dem sogenannten Asylkompromiss 1994 geändert, am dramatischsten durch die sogenannten Dublin-Verordnungen. Geflüchtete müssen nun als allererstes ihre Fingerabdrücke abgeben, die im Schengen-Informationssystem (SIS) gespeichert und europaweit abgerufen werden können. Damit soll sichergestellt werden, dass sie ihren Asylantrag ausschließlich in dem Mitgliedsstaat stellen, den sie als erstes betreten haben. Werden sie später in einem anderen EU-Staat aufgegriffen oder versuchen dort, erneut einen Antrag zu stellen, können sie sofort zurückgeschoben werden; meist kamen sie bisher zunächst in Abschiebehaft, da stets Fluchtgefahr unterstellt wurde.

Doch bereits seit Jahren funktioniert das System nicht so, wie sich deutsche Abschottungspolitiker und EU-Bürokraten das ausgemalt hatten. Zu Tausenden entziehen sich Geflüchtete der Einschränkung ihrer Reisefreiheit und setzen sich gegen ihre Abschiebungen nach Griechenland, Malta, Italien oder Ungarn zur Wehr. Mit Argumenten, denen selbst höchste Gerichte zustimmen mussten, so dass Abschiebungen nach Griechenland seit einiger Zeit faktisch nicht mehr stattfinden, da die Bedingen dort für Flüchtlinge nicht zumutbar sind.

In diese Situation platzte ein weiteres Gerichtsurteil: der Bundesgerichtshof hat im Juni 2014 entschieden, dass die Inhaftierung von Asylsuchenden unmittelbar nach ihrer Einreise in den sog. Dublin-III-Verfahren nicht mehr zulässig ist, wenn die Haft auf Fluchtgefahr gestützt wird. Alle Haftbeschlüsse auf dieser Grundlage mussten revidiert und die Gefangenen entlassen werden. Die Knäste sind so leer wie nie, aktuell befinden sich bundesweit nur etwa 50 Abschiebegefangene in Haft.



Büren als zentrales Abschiebezentrum geplant

Nun aber hat der nordrhein-westfälische Innenminister Jäger verkündet, die JVA Büren erneut als Abschiebegefängnis herzurichten und zu einem zentralen Abschiebezentrum für den Westen und Norden der BRD zu machen. Er outet sich zum wiederholten Male als Fan von Abschiebehaft. Nicht nur, dass er bis zuletzt eisern an der JVA Büren festgehalten hat, während in anderen rot-grün regierten Bundesländern laut über eine Abschaffung nachgedacht wurde. Sondern Jäger will weitermachen wie bisher: dasselbe Gebäude, dieselben Angestellten, verschärfte Haftbedingungen...
Doch dies ist vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen zu sehen. Entscheidend für die Beibehaltung ist, dass sich in der Folge der Aufstände und Umstürze in Nordafrika und aufgrund der Bürgerkriege im Irak und Syrien der Migrationsdruck auf die Europäische Union deutlich erhöht hat. Die militarisierten Abwehrmechanismen an den Außen- und Seegrenzen erweisen sich als machtlos gegen den verzweifelten Mut derer, die nichts (mehr) zu verlieren haben. Das Seenotrettungsprogramm »Mare Nostrum«, durchgeführt von Italien, das tausenden Menschen das Leben rettete, wurde europaweit und insbesondere in Deutschland vor allem als Problem wahrgenommen: kaum stieg die Zahl der Asylerstanträge wieder, schon standen die rhetorischen Brandstifter mit ihrer verlogenen Rede von »Wirtschaftsflüchtlingen« und »Asylbetrügern« Gewehr bei Fuß. Bewusst werden erneut Szenarien von überfüllten Lagern und überforderten Zuständigen in der Öffentlichkeit lanciert, ganz so, als sei die Situation nicht absehbar gewesen und die »Misere« nicht durch Mittelkürzung, Lagerpflicht und Abbau von Plätzen selbst verschuldet. Gerade recht(s) kommen da Pegida, »Bürgerinitiativen« gegen Asylbewerberheime und andere rassistische Stimmungsmacher, die um ihre Privilegien und ihren Luxus fürchten und die zu deren Verteidigung auch das Sterben-lassen von Menschen billigend in Kauf nehmen. Dieses Klima nutzt den Plänen der Bundesregierung, das Aufenthaltsrecht zu verschärfen und in diesem Zuge auch den Umfang der Abschiebehaft massiv auszuweiten – und auf eine europarechtlich gerichtsfeste Grundlage zu stellen. Insbesondere die Bundespolizei kann zukünftig einfacher inhaftieren – direkt nach der Einreise und noch bevor ein Asylantrag gestellt worden ist. Dafür soll eigens ein sogenannter »Ausreisegewahrsam« geschaffen werden, der zwar einer richterlichen Verfügung, nicht jedoch einer Begründung bedarf! Bisher mussten die von den Ausländerbehörden gestellten Haftgesuche zumindest formal begründet werden. Die übliche Praxis, in der ein großer Teil der Haftbeschlüsse rechtswidrig waren, lässt befürchten, dass nun noch massiver und willkürlicher inhaftiert wird.

Ohne Begründung: Ausreisegewahrsam

Noch ist der Entwurf nicht beschlossen, gemessen an den Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate ist jedoch auf parlamentarischer Ebene kaum Hoffnung auf Widerspruch angezeigt. Hoffen lassen dagegen die vielfältigen Aktionen und Mobilisierungen der antirassistischen Bewegung und der Geflüchteten selbst. Durch aufsehenerregende Aktionen und massive öffentliche Präsenz konnte z.T. eine breite gesellschaftliche Solidarität erreicht werden. Selten zuvor wurde so umfassend über Migration und Flucht berichtet, diskutiert und oft standen selbst in konservativen Medien die Politik von Bundesregierung und EU massiv in der Kritik. Diesen Schwung und diese Mobilisierungsfähigkeit gilt es aufzugreifen, um die Pläne zur Verschärfung des Aufenthaltsrechts wenn nicht zu verhindern, dann wenigstens abzuschwächen. Überlegungen dazu gibt es nach einer ersten Protestwelle Anfang Dezember bereits. ⌘

Mehr Infos

- *ausbrechen, Paderborn http://ausbrechen.antira.info.*
- *Informationen zur Kampagne: http://migrationsgesetze.info/*
- *Zu den laufenden und kommenden Aktivitäten der antirassistischen Bewegung: http://kompass.antira.info/*

»Dann werden die Opfer als Täter hingestellt.«

Eine unendliche Geschichte der Merkwürdigkeiten: Der Dessauer Fall Oury Jalloh und der Leipziger Fall Khaleed Idriss Bahray

Christian Jakob

Vor zehn Jahren starb der Asylbewerber Oury Jalloh. Am späten Vormittag des 7. Januars 2005 verbrannte der Sierra Leoner an Händen und Füßen gefesselt in einer Gewahrsamszelle des Polizeireviers Dessau. Wie das geschehen konnte, ist bis heute unklar – auch der Staatsanwaltschaft.

Der Fall war mittlerweile Gegenstand zweier kompletter Verfahren an den Landgerichten Dessau und Magdeburg, inklusive zweier Revisionen beim Bundesgerichtshof. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau ein neues Ermittlungsverfahren angestrengt, erklärte ihr Sprecher Christian Preissner. Das erneute Ermittlungsverfahren sei nach dem letzten Urteil des Landgerichts Magdeburg aufgenommen worden. Der verantwortliche Dienstgruppenleiter der Polizei, Andreas S., war 2008 vom Landgericht Dessau-Roßlau zunächst freigesprochen worden; dieses Urteil hob der BGH später auf. Daraufhin verurteilte das Landgericht Magdeburg den Polizisten Ende 2012 wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro.

Im September bestätigte der Bundesgerichtshof bei einer Revisionsverhandlung diese Verurteilung – und damit auch die Annahme beider Gerichte, Jalloh habe die Matratze selbst angezündet. Daran hat die Staatsanwaltschaft nun offenbar Zweifel. »Sie können davon ausgehen, dass der See hier keineswegs still ruht«, sagte Preissner. Ziel des neuen Ermittlungsverfahrens sei die Feststellung der Todesursache. Die Anklagebehörde prüfe alle möglichen Erklärungen noch einmal. »Wir wollen sämtliche Zweifel am Hergang des Brandausbruchs ausräumen.«

Warum ein erneutes Ermittlungsverfahren nötig geworden sei, wollte Preissner nicht sagen. Von einer Anklage könne erst dann die Rede sein, wenn die Ermittlungen »schlussendlich einen hinreichenden Tatverdacht gegen eine oder mehrere konkrete Personen ergäben«. Ob das Feuer von einer oder mehreren anderen Personen gelegt wurde, »das sollen ja gerade die anhängigen Ermittlungen ergeben.«

Seit dem Feuertod des Afrikaners protestiert eine Initiative in Gedenken an Oury Jalloh gegen die schleppende Aufklärung durch die Justiz. »Wir erwarten die Wahrheit. Die Staatsanwaltschaft soll Anklage wegen Mordes erheben«, sagt Mouctar Bah, der Sprecher der Initiative. Allerdings sei das Vertrauen in die Anklagebehörde in Dessau zerstört. »Solange die mit der Sache befasst ist, wird nichts rauskommen. Wir wollen ein Verfahren außerhalb Dessaus.«

Juristen, die nicht vorbelastet sind, sollen in dem Fall ermitteln und verhandeln, fordert Bah. Im November 2013 hatte die Initiative ein privatfinanziertes, außergerichtliches Gutachten zum Brand in Oury Jallohs Zelle vorgestellt. Daraufhin haben verschiedene Medien die Mordthese erstmals ernsthaft diskutiert.

Der leitende Dessauer Oberstaatsanwalt Folker Bittmann war bei der Präsentation des Gutachtens in Berlin anwesend und hatte von »ernstzunehmenden neuen Indizien« gesprochen.

»Die Justiz weiß, dass ein Leichnam nicht so stark verkohlen kann, wenn kein Brandbeschleuniger benutzt wird«, sagt Bah dazu. »Sie weiß, dass an dem in der Zelle gefundenen Feuerzeug, mit dem er sich selbst angezündet haben soll, keine DNA-Spuren von Oury Jalloh waren und keine Fasern von seiner Kleidung.« All das werde »mit Absicht ignoriert«.

Die Initiative hat, ebenso wie die Justiz, weitere rechtsmedizinische bzw. Brandgutachten bestellt. Die Ergebnisse werden im Februar oder März erwartet.

Wie jedes Jahr am Todestag Jallohs hat die Initiative am 7. Januar zu einer Demonstration in Dessau aufgerufen. Etwa 500 Menschen zogen vom Sitz der Staatsanwaltschaft in Dessau zum Landgericht, zum Gedenkstein für Alberto Adriano, der 2000 von Nazis in der Stadt getötet wurde, und zum Oberbürgermeister. Schlusspunkt war das Polizeirevier, in dem Oury Jalloh



verbrannte. Initiativen aus Italien, Frankreich und Belgien hielten zeitgleich vor deutschen Botschaften Kundgebungen ab. Am Abend griffen mehrere Dutzend Unbekannte eine Polizeiwache in Leipzig an. Sie bewarfen sie mit Steinen, Farbbeuteln und Feuerwerkskörpern und warfen einen Brandsatz in einen auf dem Hinterhof abgestellten Streifenwagen. Es gab keine Verletzten. Nach der nur etwa 30 Sekunden dauernden Attacke flüchteten die Täter, wobei sie auf umliegenden Straßen Krähenfüße verstreuten. Im Laufe der Nacht tauchte im Internet ein anonymes Bekennerschreiben auf, das einen Bezug zum Todestag Jallohs herstellte.

Wie nach und nach bekannt wurde, hatten sich im Laufe des letzten Verfahrens zwei Zeugen gemeldet. Sie behaupteten zu wissen, wer den Brand in der Zelle gelegt hat und beschuldigten zwei Polizeibeamte. In einem Fall ließ die Staatsanwaltschaft Dessau daraufhin die Wohnung des Zeugen durchsuchen und beschlagnahmte Computer und Datenträger. Der Zeuge widerrief gegenüber der Anklagebehörde seine Aussage, die Spur wurde daraufhin nicht weiter verfolgt.

In einem weiteren Fall hatte sich ein Dessauer Justizwachtmeister unter anderem bei der Polizei gemeldet und einen Beamten beschuldigt, den Brand in Jallohs Zelle gelegt zu haben. Er beschuldigte jedoch einen anderen Polizisten, als der erste Zeuge. Auch er zog seine Aussage kurz darauf zurück. Gegen ihn wurde ein Disziplinarverfahren wegen Verleumdung eröffnet.

Der vor dessen Tod mit Jalloh befreundete Bah sagte, er habe sich »damals nicht einmal in einem Alptraum vorstellen können, dass einem meiner Freunde so etwas passiert.« Er habe an den Rechtsstaat in Deutschland geglaubt, habe gedacht, man könne »hier alles erklären und regeln«. Aber das stimme nicht, jedenfalls dann nicht, wenn es um ein Verbrechen gehe, das der Staat begangen habe. »Dann werden die Opfer als Täter hingestellt.«

Er glaube nicht mehr an eine Aufklärung des Falles. »Aber wir kämpfen trotzdem weiter. Es heißt ja immer, die Hoffnung stirbt zuletzt.« Deswegen gehe die Initiative immer wieder auf die Straße. »Wir wollen es denen nicht durchgehen lassen.«

Das gilt auch für den Mord an dem aus Eritrea stammenden Asylbewerber Khaleed Idriss Bahray. Der war am 12. Januar im Hinterhof einer Plattenbausiedlung in Dresden erstochen worden. Es war der Abend der bis dahin größten Pegida-Demonstration. Die Polizei erklärte zunächst, es gebe »keine Anzeichen für Fremdeinwirkung«, nach der Obduktion zog sie diese Aussage zurück. Großes Misstrauen erregte der Umstand, dass sie erst 30 Stunden nach dem Fund der Leiche mit der Spurensicherung am Tatort begann. Viele Menschen vermuteten eine rassistische Gewalttat. Schließlich wurde ein eritreeischer Mitbewohner Bahrays verhaftet. Seine DNA habe sich an der Tatwaffe gefunden, so die Staatsanwaltschaft.

Die Initiative *Gedenken an Oury Jalloh* hegt hieran Zweifel. Sie beantragte auf eigene Kosten eine zweite Obduktion der Leiche in der Berliner Charité. »Wir wollen wissen, ob die Angaben der Polizei stimmen. Wir wollen Fakten«, sagte ein Sprecher der Initiative. Auch die Leiche Oury Jallohs hatte die Initiative 2005 ein zweites Mal von unabhängigen Pathologen untersuchen lassen. Dabei waren zuvor nicht bekannte Frakturen am Kopf festgestellt worden.

Unterdessen laufen mehrere Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Initiative vor dem Amtsgericht in Dessau. Verhandelt wird wegen Vorfällen bei verschiedenen Protestaktionen. Bah beispielsweise wurde in Dessau an Oury Jallohs Todestag 2013 von der Polizei verprügelt, wurde nach eigenen Angaben bewusstlos, hatte eine Gehirnerschütterung und lag vier Tage im Krankenhaus. »Trotzdem stehe ich jetzt wegen Widerstands vor Gericht«, sagt er. »Solche Schikanen haben nicht aufgehört. Das ist geradezu zu einer Normalität geworden.« ⌘

SCHWERPUNKT

ALLES KLASSE HIER – »KLASSISMUS«

ZAG

Mit dem Schwerpunkt Klassismus haben wir die theoretische Diskussion in der akademisch geprägten linken Szene aufgegriffen. Die Diskussion über Klassismus kommt uns einerseits sehr gelegen, weil wir in den Kämpfen gegen Rassismus, Sexismus und alle Übel der Welt zu viel Moral, zu viel Aufforderung zur Reflexion, zu viel Kulturalismus und zu wenig materialistische Analyse der Verhältnisse gesehen haben. Die Debatte ist uns aber auch ein Dorn im Auge, weil wir die Befürchtung haben, dass mit dem Begriff des Klassismus nun auch noch eine analytische Kategorie kulturalistisch verkürzt wird, die in ihrem Ursprung das Potential hat, die ökonomischen Verhältnisse zu analysieren und die Machtfrage zu stellen.

Andreas Kemper präsentiert Klassismus als Ergänzung zur Klassenanalyse der ökonomischen und gewaltvollen Klassenverhältnisse in Produktion und Staat. In »Was ist Klassismus?« beschreibt er die Herkunft des Begriffs aus seinem US-amerikanischen Kontext aus der Bürgerrechtsbewegung und zeigt auf, dass die Reproduktion alltagskultureller Klassismen es den Betroffenen schwer macht, sich zu organisieren, weil die klassischen Arbeiterbewegungsorganisationen und Parteien eher von der Mittel- und Oberschicht dominiert werden.

Deborah Gülsen hingegen nimmt das System der Klassenherrschaft in Deutschland in den Fokus. Sie verweist vor allem auf die Relevanz der Bewusstmachung bestehender Verhältnisse und fordert Arbeiter und Arbeiterinnen dazu auf, sich nicht mehr spalten zu lassen, sich stattdessen gemeinsam stark zu machen und auf internationaler Ebene gegen die Macht des Kapitals zu kämpfen.

Sebastian Friedrich und Jens Zimmermann analysieren die Lage von Migrant_innen auf dem Arbeitsmarkt und zeigen, dass diese Gruppe noch mehr ausgebeutet wird als die meisten anderen Arbeitskräfte. Wie hier sichtbar wird, hat Rassismus seine eigene Funktion im Klassenverhältnis.

Lucius Teidelbaum widmet sich einer besonderen Form von Klassismus und Rassismus: Die aggressive Vertreibung von Bettler_innen aus den Innenstädten und die klassistischen und rassistischen



Begründungen, mit denen diese rohe Bürgerlichkeit legitimiert wird.
Anne Steckner und Mario Candeias setzen sich aus einer klassenanalytischen Perspektive mit einer Konsumkritik auseinander, die auch im linken politischen Spektrum eine teilweise unreflektierte Verbreitung gefunden hat. Natürlich wird die Unterschicht von der Linken nicht wie bei Sarrazin oder bei Westerwelle der Dekadenz bezichtigt. Aber die Forderung von Qualität statt Quantität oder von gesunder (Biomarkt-) Ernährung ist hier schon anschlussfähig. Doch welche Funktion hat Konsum für verschiedene Schichten? Ist die Gesundheits- und Qualitätsorientierung wirklich allen zugänglich oder schon Teil der Klassenungleichheiten? Und vor allem: Wie könnte der Konsum umorganisiert werden, um Konsum allen Menschen gesellschaftlich zu ermöglichen?
Joana-Eve Rendelmann beobachtet, dass die Analysekategorie »Klasse« weitgehend aus der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen wurde, weil sie das (Chancen-)Gleichheitsversprechen bürgerlicher Gesellschaften in Frage stellt. Stattdessen wird zum Beispiel von der Bundeszentrale für politische Bildung der Begriff der sozialen Mobilität stark gemacht. Doch genau betrachtet ist die Immobiliät der Normalfall. Warum erscheint Mobilität in der öffentlichen Debatte als Normalfall?
Eleonora Roldán Mendívil hat einen kulturwissenschaftlichen Zugang zum Thema Klassismus gewählt, und im zeitgenössischen Rap zahlreiche klassenkämpferische Elemente aufgezeigt. Sie ruft dazu auf, eine Bündnispolitik zu entwickeln, die auch solche Menschen einschließt, die sich (sub-)kulturell von der linken Szene unterscheiden und die linksradikal-akademisch-oberklassigen Sprechweisen nicht beherrschen und vielleicht sogar ablehnen.
Haben wir nun mit unserem Einstieg in die Klassismus-Debatte, wie Ursula Müller es in ihrer Polemik zuspitzt, eine neue Sau durchs Theorie-Dorf gejagt, die uns dabei hilft, die Debatten innerhalb der Linken mit neuen Herkunftsbekenntnissen und Schuldzuschreibungen zu versehen? Müller zufolge ist zum Thema Klasse schon alles gesagt und geschrieben. Wir müssten uns nur daran erinnern, wie das mit dem Lesen ginge. ✖





Was ist Klassismus?

Klassen- und diskriminierungstheoretische Erklärungen verbinden

Andreas Kemper

Der Begriff »Klassismus« ist mit dem Begriff »Rassismus« verwandt. So wie »Rassismus« Menschen in ungleiche Kategorien (»Rassen«) einordnet, sie stigmatisiert, ausgrenzt und unterdrückt, findet auch eine entsprechende klassenbezogene Unterscheidung statt, die als Klassismus bezeichnet wird.

Der Begriff »Klassismus« kommt aus Amerika. Anfang der 1970er Jahre kritisierte ein Kollektiv von lesbischen Arbeiter*innentöchtern den »classism« der sich revolutionär gebenden Mittelschichtslinken. Der Begriff »classism« entstand in derselben Szene und zur selben Zeit wie der weitaus bekanntere Diskriminierungsbegriff »sexism«. Er hat sich im deutschsprachigen Raum bislang jedoch noch gar nicht etabliert. Hierzulande werden klassenbezogene Diskriminierungen eher mit »Wohlstandschauvinismus« oder »Sozialchauvinismus« benannt. Diese Bezeichnungen sind jedoch missverständlich und verharmlosend und ignorieren, dass Klassismus nicht nur eine Vorurteilsstruktur ist, sondern nachweislich in Institutionen und Kollektivsymbolen verankert ist. So wie Rassismus töten kann, kann auch Klassismus mörderisch sein.

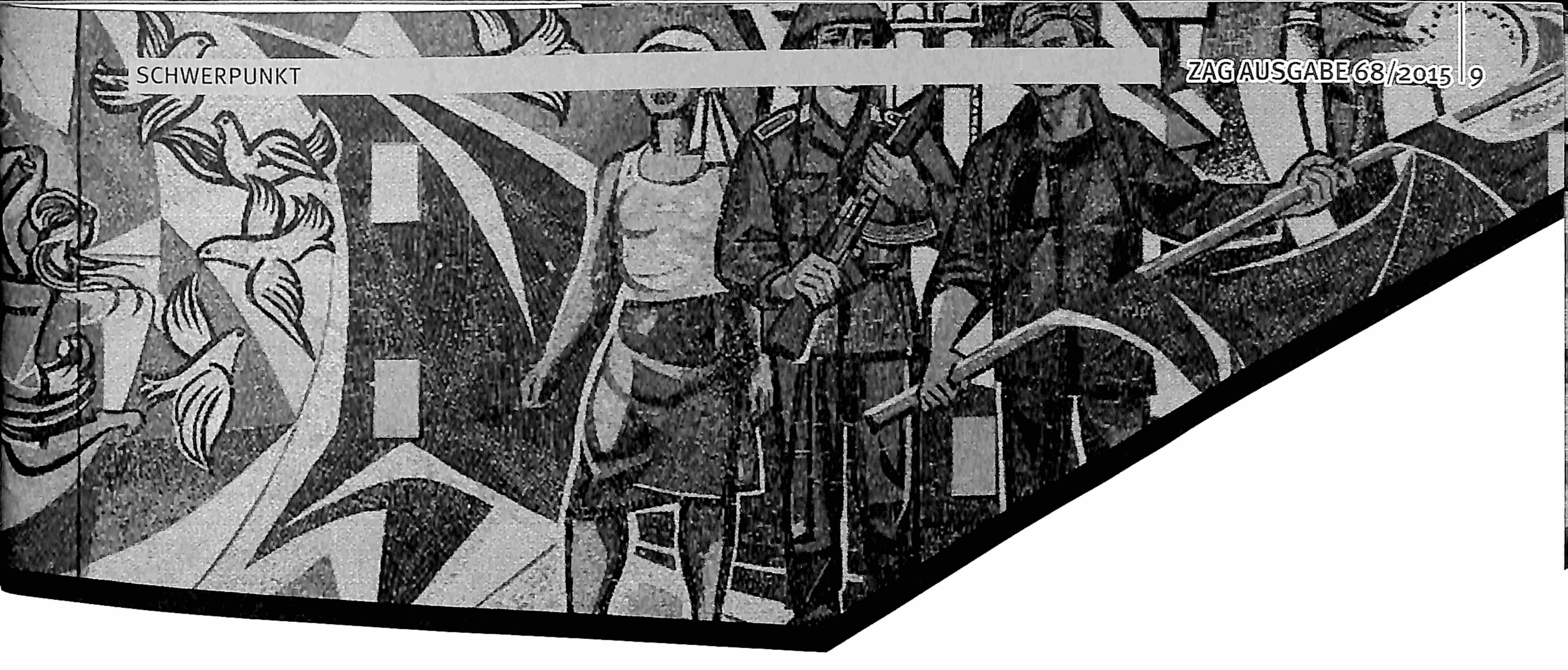
Warum ist es so schwierig, über Klassismus zu sprechen?

Wenn »Klassismus« als »Klassismus« thematisiert wird, führt dies in der Regel zu Konflikten. Innerhalb der Antidiskriminierungs-Szene ist der Klassenbegriff weitgehend tabuisiert, weil er als antiquiert gilt, um Fördergelder nicht zu gefährden oder weil sich die Aktivist*innen persönlich angegriffen fühlen. Auch in der marxistischen Linken gibt es oftmals Konflikte, wenn von Klassismus die Rede ist. Es wird unterstellt, das »Klassismus«-Konzept wäre reformistisch, würde die tatsächlichen antagonistischen Klassenwidersprüche verschleiern und vom richtigen Klassenkampf ablenken.

»Klassismus« ist sowohl ein Bewegungs- und Theoriebegriff als auch bestimmt durch eine Verbindung von Theorie und Praxis, die entweder im Feld der Diskriminierung oder im Feld der Klassen behandelt werden. Die Matrix, in der sich der Klassismus-Begriff darstellt, könnte also folgendermaßen schematisch abgebildet werden:

	Diskriminierungsfeld (1)	*Klassenfeld (2)*
Praxis (3)	Antidiskriminierung	Klassenkampf/ -auflösung
Theorie (4)	Diskriminierungstheorie	Klassentheorie

Dabei sind die Felder *Diskriminierung (1)* und *Klassen (2)* und die Handlungsformen *emanzipatorische Praxis (3)* und *Theorieproduktion (4)* hinsichtlich des gegenseitigen Bezugs zu untersuchen. In dieser Untersuchung ist zu hinterfragen, in welchem Verhältnis die Felder (1+2) untereinander und zum Theorie-Praxis-Verhältnis stehen.
Das Theorie-Praxis-Verhältnis ist Bestandteil antiklassistischer Kritik zunächst in dem Sinne, dass der primäre Ort der *Theorieproduktion (4)* bürgerlich-klassistisch organisiert ist. Insbesondere die antiklassistische Theorie hat daher die eigenen Strukturbedingungen hinsichtlich bürgerlicher Orientierungen zu hinterfragen und diese zu vermeiden.
Das Feld der *Diskriminierung (1)* ist hinsichtlich der kapitalistischen Vergesellschaftung zu betrachten, da diese die Formen von Diskriminierungen wesentlich mit strukturiert. Diskriminierungen sind entsprechend im Zusammenhang mit der Zuschreibung von Menschen zu bestimmten Klassen zu betrachten.



Demnach ist ein klassenauflösender Klassenkampf ohne emanzipatorisch-antidiskriminierende Selbstorganisierung kaum möglich. Der Begriff Klassismus zielt dementsprechend primär auf die *Praxis (3)* und auf das Feld der *Klasse (2)*, also auf Klassenauflösung.

Klassismus und das Feld der Klasse

Der lapidare Hinweis, wenn es bei Klassismus letztlich um Klassenauflösung geht, dann ginge es um die Auflösung des Kapitals, also um antikapitalistische und nicht um antiklassistische Fragen, greift nicht, weil Antikapitalismus ohne Antiklassismus verkürzt bliebe. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Klassentheorie in Deutschland von Männern mit einer Herkunft aus der Mittelschicht konzipiert wurde, also von Männern, die persönlich nur selten von Klassismus negativ betroffen waren.

Der klassische Marxismus betrachtet Klassen im Kapitalismus vorrangig über das Produktionsverhältnis und sieht Klassen entsprechend als Platzhalter für einzunehmende Positionen in einem ökonomischen Ausbeutungsverhältnis. In diesem formalen Verhältnis werden Klassen formal in ihrer ökonomischen Bestimmung betrachtet, wobei die Kapitaleigner*innen und diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, als sich widersprechende Klassen im Kapitalismus betrachtet werden. Der Klassismusbegriff greift auf eine Politikform zurück, die Anfang der 1970er Jahre mit der Frauenbewegung an Bedeutung gewann und den Alltag als politisches Feld interpretiert. Hiermit wird bereits deutlich, dass »Klassismus« ein Begriff ist, der den klassischen Marxismus ergänzt, aber keinesfalls im Widerspruch zu ihm steht. Vielmehr macht die Differenzierung der Gesellschaft und der Produktionsbedingungen in den letzten 150 Jahren eine entsprechende Ausarbeitung der Klassentheorie und der praktisch-politischen Begriffe nötig. Es bietet sich an, klassentheoretische mit diskriminierungstheoretischen Erklärungen zu verbinden.

Klassenkampf – »undoing class«

Während Begriffe wie »Geschlechter-« und »Rassenkampf« auf Zuschreibungen basieren, die unter Rückgriff auf die Biologie unveränderliche Unterschiede zwischen »Geschlechtern« und »Rassen« behaupten, bezieht sich der Begriff »Klassenkampf« auf das mit Ausbeutung einhergehende Produktionsverhältnis zwischen den sich widersprechenden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat. »Klassenkampf« und »Klassismus« bezeichnen unterschiedliche Machtverhältnisse, die miteinander verknüpft sind. Während nämlich »Klassenkampf« die politische Ebene der Produktionsverhältnisse beschreibt, in dem es das Eigentum an Kapital und die damit einhergehende Ausbeutung von Arbeiter*innen in den Mittelpunkt stellt, geht es beim Begriff »Klassismus« um die Frage, wie die Herrschafts-, Diskriminierungs- und Privilegierungsverhältnisse konkret aussehen hinsichtlich der Einordnung von Menschen in die Produktions- und Verteilungsverhältnisse.

Während Klassenkampf sich beispielsweise in einem Generalstreik ausdrückt, mit dem die Systemfrage gestellt wird, untersucht die Klassismustheorie eher die Frage, wie willige Arbeiter*innen hergestellt werden, die nicht streiken. In der Geschlechtertheorie wird davon gesprochen, dass Geschlecht nicht einfach eine biologische Festlegung ist, sondern dass Geschlecht im Alltag ständig neu hergestellt wird (»doing gender«). Eine antisexistische Strategie besteht im »undoing gender«, in der Verweigerung, sein*ihr Geschlecht erwartungsgemäß täglich neu herzustellen. Klassismus liegt vor, wenn Menschen dazu angehalten werden, sich fortwährend individuell und generationenübergreifend in einer zugewiesenen Weise als Klasse zu reproduzieren, um entsprechend den dann

vorgesehenen Platz im Arbeitsmarkt einzunehmen – das kann auch ein Platz in der Reservearmee der Arbeitslosen sein.
Die Klassengesellschaft lässt sich voraussichtlich nicht direkt durch ein massenhaftes »undoing class« abschaffen. Gesellschaftliche Konfliktlagen lassen sich nur lösen, wenn sie hinsichtlich der gesellschaftlichen Konfliktursachen manifest werden. Die Emanzipation aus der klassistischen Klassenzuschreibung/Klasseneinschreibung kann nur solidarisch und kollektiv erfolgen, also mit einer strategischen Identitätspolitik einhergehen. Bei einem Streik beispielsweise lösen Arbeiter*innen ihre Klassenidentität nicht komplett auf, sondern sie nehmen den vorgesehenen Klassenposten ein und verteidigen diesen Platz über Streikposten. Dieses Klassenverhältnis zwischen Kapitaleigner*innen (»Kapitalist*innen«) und Arbeitenden (»Proletariat«) kann nur strukturell gelöst werden. Wenn man allerdings eine Stufe vorher ansetzt und fragt, warum Arbeitende streiken oder nicht streiken, dann muss man sich mit den Fragmentierungen und Reproduktionen der Klassengesellschaft auseinandersetzen, also mit Klassismus, Sexismus und Rassismus. Wenn sich die Klassenanalyse von einem partei- und ableitungsmarxistischen Basis-Überbau-Modell verabschiedet, wonach die Produktionsverhältnisse den Überbau determinieren, wenn sie lediglich davon ausgehen würde, dass die Produktionsverhältnisse unsere Lebensweise bedingen im Sinne einer strukturellen Abhängigkeit, dann kann Klasse auch als Diskriminierungsbegriff verstanden werden.

Klassismus im Feld der Diskriminierung

Trotz einiger Kontroversen innerhalb der Klassismustheorie ist es möglich und sinnvoll, Erfahrungen und Theorien aus der Antidiskriminierungspraxis des Antirassisismus, Antisexismus oder der Queer-Bewegung zu nutzen. Beispiele finden sich hierbei u.a. in den Bereichen staatlichen Antidiskriminierungsschutzes, politischer Selbstorganisierung, Empowerment-Strategien und Kritischer Diskursanalyse. Schließlich haben sich die schwarze Bürgerrechtsbewegung und der Feminismus nicht unabhängig vom Klassenkampf entwickelt, sondern in Anlehnung am Klassenkampf und mit internen Klassenauseinandersetzungen. Der Begriff classism wurde von einem lesbischen Kollektiv bekannt gemacht und bell hooks benutzt in »where we stand: class matters« den Begriff, um Mittelschichtsorientierungen im Antirassismus und Feminismus zu kritisieren.
Klassismus kann und sollte unter all den Gesichtspunkten betrachtet werden, die Iris M. Young in »Five Faces of opression« auflistete: Gewalt, Macht, Ausbeutung, Marginalisierung und Kulturimperialismus. In all diesen Bereichen findet deutlich sichtbar Unterdrückung statt. Dennoch gibt es keinen staatlichen Antidiskriminierungsschutz. Als Ende der 1990er Jahre die europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien beschlossen wurden, flog allein das Kriterium »soziale Herkunft« aus dem Katalog der Diskriminierungsformen heraus – »soziale Position«, wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit waren erst gar nicht im Katalog



enthalten. So erfasst die Kriminalstatistik Morde an Obdachlosen als politisch motivierte Straftat – in den Antidiskriminierungsgesetzen und -stellen sucht man jedoch vergebens nach einer Anerkennung des sozialen Status als Diskriminierungsform. Ebenso ist die Benachteiligung von Arbeiter*innenkindern im Bildungsprozess nicht als Diskriminierung erfasst. Das Elterngeld hätte als bevölkerungspolitische Steuerungsmaßnahme nicht eingeführt werden können, wenn das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nicht diskriminierungshierarchisch soziale Herkunft ignorieren würde.
Auch in der Diskursanalyse und in der politischen Betrachtung von Sprache kommt Klassismus als Thema kaum vor. Hier ist zu berücksichtigen, dass Menschen mit sogenanntem »niederen« Status vor allem wegen einer vermeintlich »falschen« oder »mangelhaften« Sprache/Sprachfähigkeit ausgegrenzt werden. Das beginnt mit den Vornamen (sogenannter »Kevinismus«), zieht sich über Einschulung, Übergang zu Sek II bis zur mangelnden Uni-Bluff-Kompetenz, also der »Fähigkeit«, mit Fremdworten, eloquentem Redestil und pseudoakademischem Halbwissen in der Uni aufzutrumpfen. In der politischen Szene wird die mangelnde Sprachkompetenz hinsichtlich der aktuell angesagten Benennungskonjunkturen als »prollig« bewertet. Gleichzeitig findet kaum ein Hinterfragen klassistischer Bezeichnungen statt. Diskursanalytisch fehlt im System kollektiver Symbole das Klassifizierungsschema, welches das Gute und Wertvolle mit dem Oben und der »Oberklasse« verbindet und das Schlechte und Wertlose entsprechend mit dem Unten und der »Unterklasse«. Soziale Vertikalismen finden sich in der Literatur (Orks, »Untermenschen«), wirtschaftsmathematischen Anordnungen, soziologischen Schichtungsmodellen, usw.; sie sind in den Körper eingeschrieben und bilden eine »Art Analogien-Operator« (Bourdieu): soziale »Unterdrückung« drückt sich in einem körperlichen Sich-Beugen aus. Zudem wird das Unten mit dunkler Materie, das Oben mit heller Geistigkeit verbunden. Hier gehen rassistische, klassistische und sexistische Kollektivsymbole ineinander über.
Sprache kittet jedoch nur Gewaltverhältnisse. Gewalt sorgt dafür, dass sich Menschen schließlich beugen, die Sprache hingegen macht das Sich-Beugen vermeintlich plausibel: Schuster bleib bei deinen Leisten.
Dass Klassismus bislang der »arme Vetter« (Chuck Barone) der Diskriminierungsformen ist, liegt nicht zuletzt in der zu schwachen politischen Selbstorganisierung. Dass diese Selbstorganisierung schwierig ist, liegt auch an der linken Szene: Partei- und ableitungsmarxistische Gruppen lehnen die antiklassistische Selbstorganisierung als reformistisch-verschleierndes Nebenwiderspruchsprojekt ab. In den emanzipatorischen Bewegungen werden nicht zuletzt auch aus opportunistischen Gründen Klassenfragen ausgeschlossen. In den Medien werden Organisationen mit Klassenbezug marginalisiert, wenn sie nicht, wie arbeiterkind.de, jedem politischen Änderungswillen abschwören. Antiklassistische Selbstorganisierung der Betroffenen hat es doppelt schwer. Dennoch gewinnt der Begriff »Klassismus« auch endlich im deutschsprachigen Raum ständig an Gewicht. ✖

ZAG in eigener Sache: WANTED

Die ZAG befindet sich im Wandel. Wir suchen weiter nach Menschen, die sich mit und für uns engagieren wollen. Wir suchen die Debatte mit Euch im Blatt und auch online oder wo sich sonst Debatten organisieren lassen. Und wir haben eingesehen, dass die Druckversion sich nicht für brandaktuelle Themen eignet. Deshalb trennen wir uns in tiefer Trauer von unserer Rubrik »Aktuelles«. Stattdessen haben wir uns thematisch strukturierte Rubriken gegeben, in denen wir regelmäßige Beiträge bringen werden: Kampagnen und Widerstand, Flucht und Asyl, Rassismus und Rechte, Internationales und Anderswo, Debatten und Strategien und Vorgestellt und Nachgehakt.

Wir wollen die ZAG weiterentwickeln und zugleich an den Stärken festhalten. Wir wollen schwierige und vielschichtige, wissenschaftliche Themen auf allgemein verständliche Weise berichten und darüber diskutieren. Wir wollen ein Debattenblatt sein, in dem verschiedene Positionen nebeneinander stehen können. Wir wollen für Bündnisse werben und wir wollen mehr Menschen für die AntiRa gewinnen – und dafür brauchen wir Euch. Berichtet aus eurem Leben im rassistischen Alltag. Gern auch auf Englisch und Französisch; wir versuchen dann, Übersetzungen zu organisieren.

Im Angesicht all der dynamischen Entwicklungen rassistischer Wirklichkeit wollen wir die ZAG verstärken: Personell, strategisch, finanziell und überhaupt. Deshalb wenden wir uns an Euch.

- **Wir suchen freiheitsliebende und machtkritische Persönlichkeiten, die mit uns die ZAG der Zukunft gestalten wollen.**
- **Wir suchen Redakteur_innen, die mit uns die ZAG weiterentwickeln wollen,**
- **wir suchen Aktivist_innen, die mit uns Überlegungen anstellen wollen, was die Antira- und Antifa-Szene voranbringen könnte,**
- **wir suchen web2.0 Nerds, die unsere Online Redaktion vergrößern wollen,**
- **wir suchen Medienstrateg_innen, die zukunftsweisende Papier-Online-Kombinationen erdenken und entwickeln wollen,**
- **wir suchen Lösungen, wie kurzfristige online-Debatten und Aktionen mit der Papierausgabe zusammengehen können,**
- **wir suchen Unterstützer_innen für Buchhaltung oder Lektorat oder Catering oder ...**
- **wir suchen nach Spenden für die Finanzierung der ZAG,**
- **wir suchen Abonnent_innen, die mit 10 bis 15 Euro im Jahr unsere Kontinuität absichern,**
- **wir suchen Euch.**

Und wir bieten einen solidarischen Umgang, Offenheit für neue Themen und Ideen, Gestaltungsmöglichkeiten, unsere Erfahrungen in der Redaktionsarbeit, viele Ideen und scharfen analytischen Verstand.

»Für alle Leute von unten«

Migration, Klassismus und Klassenbewusstsein

Eleonora Roldán Mendívil

Hip-Hop ist historisch als politisches Instrument von proletarischen Schwarzen und Latinx[1]-Jugendlichen in den Straßen der großen us-amerikanischen Städte entstanden. Diese formten sich Mitte/Ende der 1970er Jahre zu Rap-Gruppen zusammen, um gegen die politischen Missstände in ihren Nachbarschaften anzusprechen. Sie schafften eine Art Sprechgesang, welcher anfangs mit einfachen Beats untermauert wurde. Dieser Sprechgesang war inspiriert von einer Reihe mündlicher Formen der Wissensweitergabe, welche kulturell aus indigenen afrikanischen sowie indigenen Kulturen Abya Yalas[2] stammt. Überlieferungen von Geschichten der Eltern, Großeltern und Urgroßeltern wurden so an die nächsten Generationen weitergegeben. Sie fingen also an, rhythmisch, mit neuen Formen auf bekannte Beats zu sprechen. In einer neuen Sprache beschrieben Sie ihre Realitäten in Bildern und analysierten ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sprachen über sich und ihre Umgebung. Über ihre Geschichte, über ihre Träume. Und über ihre Unterdrückung.

Klassenkampf von unten

Weiterhin wird Rap heute als politisches Mittel eingesetzt, um sich »von unten«, sozusagen im Klassenkampf Gehör zu verschaffen. Sei es in den Metropolen von Abya Yala oder den Straßen von Kairo. Rap macht auch Politik. Und jede Generation von Jugendlichen erfindet Rap neu, um sich gegen das aufzulehnen, was ihnen die Luft abschnürt. Und hier lässt sich mehr als nur ein verzweifelter Aufschrei erkennen, wie ich meine. Rap ist nicht nur ein Mittel der Subalternen, sondern kann als Werkzeug für konkret klassenkämpferische Bewegungen fungieren. Und tut dies in vielen Kontexten bereits. Mit klassenkämpferisch meine ich eine klassenbewusste Herangehensweise, die anerkennt, dass es in durchkapitalisierten Gesellschaften erstens zwei ökonomisch/kulturelle Klassen gibt: die ausbeutende kapitalistische Klasse, in deren Hand die Produktionsmittel liegen, und die ausgebeutete Klasse, die Arbeiter*innenklasse, welche nur ihre körperliche und/oder geistige Arbeitskraft besitzt, und zweitens, die gezwungen ist, diese gegen Lohn auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, um überleben zu können. Also im ersten Schritt wird ein Bewusstsein davon entwickelt, dass es eine produzierende Klasse gibt, welche von einer nicht produzierenden Klasse – den Kapitalist*innen – ausgebeutet wird. Zudem muss dieses Bewusstsein einen Schritt weiter gehen und artikulieren, dass eine mehrheitliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel benötigt wird. Wenn wir die Geschichte der Menschheit als die Geschichte von Klassenkämpfen – den Kämpfen ökonomisch ungleich Gestellter – beschreiben, so sehen wir, dass historisch meist Klassenkampf von »oben« initiiert wurde. Arbeiter*innen werden unterdrückt, ausgebeutet und somit beraubt.

Einige aktuelle internationale Beispiele für klassenkämpferischen Rap wären der in den USA lebende afro-peruanische Rapper *Immortal Technique*, die in Chile lebende Rapperin *Belona MC*, der im Iran lebende Rapper *Hichkas*, der irakisch-britische Rapper *Lowkey*, die palästinensisch-britische Rapperin *Shadia Mansour* oder auch die in Köln lebende Rapperin *Akua Naru*[3]. Sie gehören alle zu einer neuen Generation von Rapper*innen, die ›Klasse‹ wieder als wichtige Analysekategorie aufgreifen, ohne ›Rasse‹ und Rassismus auszuklammern.

Hip-Hop und Klassismus

Hip-Hop wurde in den letzten Jahrzehnten jedoch als »jugendliche« Widerstandskultur von der herrschenden Klasse aufgekauft. Er wurde weiß-gewaschen (siehe *Eminem*, *FantaVier*, *Sido* etc.), seinen klassenkämpferischen Ursprüngen beraubt und klassistisch aufgeladen. Es geht heute bei *Bushido* und Co. meist darum, dicke Autos zu besitzen und möglichst viele verschiedene Frauen zu ficken. Es ist das klassistische Image eines Lifestyles, einer Fantasie von ›neureichen Armen‹, im Sinne von ›So würden die leben, die Prolls!‹ – wenn sie Geld hätten. Als Klassismus[4] bezeichne ich die diskriminierende Haltung gegenüber Menschen, die als ökonomisch arm verstanden werden, ebenso wie die (Über-)Identifizierung mit ›reichen‹ Menschen.[5] Dass dies auch anders geht, zeigen die oben genannten international bekannten linken Rapper*innen sowie eine handvoll deutsch-sprachiger Rapper, deren Lyrics klassenkämpferisch orientiert sind.[6] Ich gehe hier nur auf männliche MCs ein, da ich keine deutsch-sprachigen nicht-männlichen MCs gefunden habe, die eine deutlich klassenkämpferische Perspektive in ihrem Rap beinhalten und gleichzeitig aus einer migrantisierten/rassifizierten Perspektive sprechen.

Klassenkampf auf Ausländer-Deutsch

Wie sieht also nun der klassenkämpferische Rap aus? Hier einige Ausschnitte von den Hamburgern *Nate57* und *Telly Tellz*, sowie den Berlinern *Kaveh*, *Hayat* und *Matondo*.

> *Weißt du, wie es ist, keinen Job zu finden, weil man anders aussieht, und nicht aus Kostengründen?*
> *Wenn man dich als Schwarzkopf nicht in Clubs reinlässt?*
> *Der tägliche Rassismus dein Bewusstsein schwächt?*
> *Wenn dich die Farbe deiner Haut hilflos macht?*
> *Du keine Wohnung findest und keinen Ausbildungsplatz?*
> …
> *Was ist mit den Glatzen, die Migranten verprügeln?*
> *Oder den Verbrechen, den die Banken verüben?*
> …
> *Es ist normal, wenn hier einige verkünden, dass sie Deutsche hassen, weil sie leider nicht erwünscht sind.*
> *Man braucht nur auf die Straße zu gehen, um zu sehn, es ist immer ein soziales Problem.*
> *Kein kulturelles, sondern ein Klassenproblem.*[7]

Kaveh antwortet auf eine Reihe rassistischer und klassistischer Zuschreibungen und klärt, worum es wirklich geht: »Kein kulturelles,

sondern ein Klassenproblem.« Auch Hayat und Matondo sehen ein Ungleichgewicht, darin wie mit wem umgegangen wird:

Baut ein Ausländer Scheiß, muss er jahrelang rein.
Doch einer von diesen korrupten Bankern kommt wieder mal frei.[8]

In einem abschließendem Dialog fragen sie sich dann:

Bruder, kannst du mir sagen was passiert in diesem Land?
Wir können machen, was wir wollen, bleiben immer Immigrant!
Warum sagen die Leute immer nur »Ausländer raus«?
Sie glauben, wir sind diejenigen die immer Scheiße baun![8]

Und schließen daraus:

Aber guck, wir rebellieren und heben alle die Faust!
Die Politiker können kommen, doch keiner hält uns auf!
Wir erheben die Stimme, beginnen die Revolution!
Unser Rap ist die Waffe und die Wörter die Munition![8]

Auch wenn nicht immer explizit von Kapitalismus und Klassenkampf gesprochen wird, wird doch klar, worauf sich ihr Ärger richtet. Und nicht nur das. Es zeigt wie die parlamentarische Politik in ihren Augen versagt, die Probleme die sie in ihrem Umfeld erkennen tatsächlich anzupacken.

In ›Mischlingskind‹ von Telly Tellz fasst Nate57 die imperialistische Dimension von Kapitalismus:

Ich bin ein Mischlingskind.
Da, wo mein Vater herkommt, herrscht Krieg.
Menschen flüchten in ein anderes Land, um die Family zu stützen mit Geld aus der Ersten Welt, bis sie glücklich sind.[9]

Die Perspektive eines »Unterschichtskind, das sich hochboxt« wird hier in einem globalen Kontext der Realitäten in kapitalistisch ›entwickelteren‹ Ländern des Nordens gesetzt:

Es ist ein langer Weg, von der Heimat,
bis zu dem Zeitpunkt, wo du in Deutschland rein darfst.
Geschweige denn da bleiben darfst!
...
Und heute frage ich mich, ob er sein Ziel wirklich je erreicht hat?
Und läuft das Leben hier in Deutschland wirklich leichter?
Kapitalismus, das Leben hier ist einsam.
Immernoch pleite, doch irgendwie geht's weiter.[9]

In einem Atemzug kommt somit die Kritik an der Festung Europa sowie am kapitalistischen Normalzustand zum Zug. Und dabei trägt Telly Tellz ganz selbstverständlich ein ›Refugees Welcome‹-T-Shirt. Ein komplett anderes Narrativ macht sich auf, wenn er es trägt!

Für Klassenbewusstsein und gegen Klassismus

Es ist also nicht alles klasse hier! Weder im Hip-Hop noch in der linken Szene! Ist doch viel leichter, wenn alles irgendwie wischiwaschi Rassismus/Sexismus/Adultismus-Bla ist. Nichts greifbar und somit nichts grundlegend veränderbar.
Auch wenn's mal weh tut. Auch wenn mal nicht alles PC ist (ist bei den meisten dieser Rap Lieder auch für mich übrigens nicht!). Im Rap dieser Menschen steckt was. Erfahrung. Tägliches Überleben. Die Frage lautet: Wie können wir mit klassistischen Mythen aufräumen und gleichzeitig klassenkämpferische Strukturen aufbauen? Denn ein simples Ablehnen der diskriminierenden Haltung gegenüber ökonomisch ›Armen‹ bzw. der Glorifizierung von Reichen und Reichtum – wenn auch notwendig – wird höchstens individuelle Denkmuster verändern, jedoch kein kapitalistisches System zu Fall bringen, welches primär materiell verankert und geschützt ist. Ein erster Schritt kann sein: zuhören und sich, von unserer Seite aus, annähern. Dieser Text ist so ein Versuch. ✖

Über die Autorin

✖ *Eleonora Roldán Mendívil ist Politikwissenschaftlerin. Sie lebt in Berlin, wo sie gerne revolutionären Rap hört, zu kurdischer, iranischer und arabischer Musik tanzt und dabei ist, klassenkämpferische Strukturen aufzubauen. Ihre politischen Inspirationen kommen aus anarchistischer und kommunistischer Theorie und Praxis.*

Fußnote

1 *Ich schreibe ›Latinx‹ an Stelle des weiblichen ›Latina‹ bzw. des männlichen ›Latino‹, um alle Geschlechter einzuschließen. Seit einigen Jahren wird dies im spanisch-sprachigem Raum als gechlechtsneutrale Alternative versucht.*
2 *›Abya Yala‹ bedeutet auf Kuna »Land in voller Reife« und bezog sich bereits vor der Kolonisierung des Kontinents (Südamerika) durch Europäer*innen auf den gesamten Kontinent. ›Abya Yala‹ gilt als dekolonialer Vorschlag für die europäische Fremdbezeichnung ›Amerika‹ bzw. ›Lateinamerika‹ (bezogen auf die mehrheitlich Spanisch-, Portugiesisch- bzw. Französisch-sprachigen Gebiete des Kontinents). In diesem Sinne benutze ich diesen Begriff hier.*
3 *Ich wähle hier die Bindestrich-Schreibweise um der Selbstbezeichnung der jeweiligen Rapper*innen gerecht zu werden.*
4 *siehe hierzu: Andreas Kemper und Heike Weinbach (2009): Klassismus. Eine Einführung. Unrast Verlag, sowie: hooks, bell (2000): Where we stand. Class matters. Taylor & Fracis.*
5 *Der Unterschied von klassistisch und klassenbewusst ist für mich jener zwischen Stigmatisierung von bestimmten Klassen und einer identitätsschaffenden Selbstverortung bzw. Fremdverortung.*
6 *Ich danke Hanna AlTaher für das Teilen dieser Überlegung in ihrem Paper »Rise the Middle Finger to Orientalism – HipHop as critical perspective on academic research practice«, welches sie auf der Konferenz »What the FuK« – Kritische Perspektiven in der/auf die Friedens- und Konfliktforschung, im April 2014, vorgestellt hat (nach meinem Wissen bis heute unveröffentlicht).*
7 *Kaveh: Nur ein Augenblick? Antwort auf Harris: http://www.youtube.com/watch?v=58rlR8sq7L4*
8 *Hayat und Matondo: »Ausländer raus!?«: http://www.youtube.com/watch?v=2uX8s01LMRs*
9 *Telly Tellz feat. Nate57: Mischlingskind: http://www.youtube.com/watch?v=piaLY6m5k-I*

Überausbeutung im rassistisch segmentierten Arbeitsmarkt

Arbeitsmigrant_innen und Wanderarbeiter_innen in Deutschland

Sebastian Friedrich und Jens Zimmermann

In den vergangenen ein bis zwei Jahren berichteten Journalist_innen vermehrt über schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant_innen und Wanderarbeiter_innen in der Bauindustrie, im Care-Sektor, in der Fleischindustrie, in der Logistikbranche sowie in der Werftindustrie.

Großes mediales Aufsehen erregte im Juli 2013 der Tod zweier rumänischer Arbeitskräfte bei einem Brand in ihrer Unterkunft in Papenburg. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurde dort eine Task Force eingerichtet, die aus Vertreter_innen der IG Metall, des Betriebsrates und der Geschäftsführung der Meyer Werft bestand, bei der die beiden Männer angestellt waren. Der im Herbst 2013 veröffentlichte Zwischenbericht enthüllte: Die meist osteuropäischen Arbeitskräfte hätten häufig über zwölf Stunden pro Tag gearbeitet, im Einzelfall sogar fast 24 Stunden am Stück. Für die rumänischen Arbeitskräfte, die mit Werkverträgen beschäftigt waren, galt im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit rumänisches Arbeitsrecht, will heißen: Der Monats-Mindestlohn beträgt 173,80 EUR plus Tagespauschale, die bei 35 bis 50 EUR liegt. Unliebsame Arbeiter_innen wurden entlassen.
Dies ist kein Einzelfall. So mussten etwa in Saarbrücken im Frühjahr 2013 rumänische Arbeiter einer Großbaustelle monatelang auf ihren Lohn warten. Im August 2013 wurde bekannt, dass in Minden in einem Betonwerk eines polnischen Baukonzerns bis zu 240 Stunden im Monat gearbeitet wurde – und nicht zu annähernd branchenüblichen Löhnen. Die polnischen Arbeiter_innen bekamen via Werkvertrag etwa 4,50 EUR die Stunde. Zuletzt sorgte der Fall rumänischer Wanderarbeiter_innen in Frankfurt am Main für Aufsehen. Nachdem sie keinen Lohn gesehen haben, traten sie im Juli 2014 in einen Hungerstreik – nicht zuletzt um ebenfalls gegen die miserablen Wohnverhältnisse zu protestieren.
Wie die angeführten Beispiele zeigen, sind die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitsmigrant_innen in den aufgeführten Branchen in enormem Maße prekär, da sie kaum Arbeitsschutz genießen, unter extremen Bedingungen leben müssen und durch ausbleibende Lohnzahlungen unter das Minimum ihrer Reproduktionskosten gedrückt werden. Ein Blick auf die Lohnunterschiede anhand der Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zeigen, dass Migrant_innen in spezifischer Weise ausgebeutet werden.

Weniger Lohn, mehr Prekarität

Rechtliche Ausländer, die im Jahr 2000 eine Vollzeitbeschäftigung in Deutschland aufgenommen haben, verdienten laut einer Studie[1] der BA deutlich weniger als ihre deutsche Kollegen[2], auch wenn in diesem Zeitraum der Lohn der ausländischen Arbeitskräfte in diesem Zeitraum stärker angestiegen ist. Letzteres trifft aber nicht für alle ausländischen Arbeitskräfte im gleichen Maße zu. Während Franzosen, Spanier, Österreicher, Russen, Briten und US-Amerikaner im Jahr 2008 sogar überdurchschnittlich verdienten, lag der Durchschnittslohn bei Portugiesen, Türken, Marokkaner, Griechen, Italiener und Polen bei nur etwa 2/3 des Durchschnittslohnes von männlichen Deutschen. Gesamt betrachtet lag das durchschnittliche Lohnniveau von rechtlichen Ausländern im Jahr 2008 bei einem Anteil von 72 Prozent des durchschnittlichen Lohnniveaus von Deutschen.
Offizielle Zahlen der BA[3] zeigen, auch Migrant_innen verdienen häufiger als deutsche Arbeiter_innen so wenig, dass sie mit Hartz IV (Arbeitslosengeld II) aufstocken müssen. Insgesamt waren im Juni 2013 von den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 29,6% erwerbstätig. Der Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher_innen an der Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lag zur gleichen Zeit bei Staatsbürger_innen aus Bulgarien, Rumänien (35,9%), den griechisch, italienischen, portugiesischen und spanischen Staatsbürger_innen (35,9%) ebenso wie Staatsbürger_innen aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen (35,5%) deutlich höher. Schließlich belegt eine Analyse der BA[4] aus dem Juni 2014, dass die Arbeitslosenquote von »Ausländern« mit 13,8% deutlich höher ist als die von deutschen Staatsbürger_innen, bei denen die Quote 5,8% beträgt.
Die Zahlen der BA zeigen, dass Migrant_innen im Durchschnitt (1) einem deutlich höheren Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind und (2) deutlich niedriger entlohnt werden als deutsche Arbeitskräfte. Bezogen auf diese beiden Faktoren kann von einer rassistischen Segmentierung des Arbeitsmarktes gesprochen werden: Arbeitsmigrant_innen und Wanderarbeiter_innen werden in Deutschland in spezifischer Weise ausgebeutet; durch sie können Extraprofite realisiert werden. Diese Form der Ausbeutung kann zudem als rassistisch bezeichnet werden: »Rassistisch ist dies insofern, als bei der Vergabe von Papieren, beim Zugang zu Ressourcen und beim Verfügen über kulturelles Kapital die ganze Kette rassistischer Zuschreibung, Deklassierung und Unterwerfung zum Tragen kommt«.[5]
Gegenwärtig funktioniert die Ausbeutung und der hochflexibilisierte Einsatz von Arbeitsmigrant_innen und Wanderarbeiter_innen vor allem über die Konstruktion von Werkverträgen. Ein weiteres Instrument ist das der Leih- und Zeitarbeit, von dem wiederum vor allem Migrant_innen betroffen sind. Sandra Siebenhüter hat in einer Studie aus dem Jahr 2011 den Zusammenhang von Migration und Leiharbeit für die Otto Brenner Stiftung untersucht.[6] Zunächst lasse sich ein Zusammenhang von Leiharbeit und Konjunktur festmachen, nicht umsonst gelte Leiharbeit als Konjunkturindikator. So würden bei Konjunktureinbrüchen vor



allem Leiharbeiter_innen entlassen. In den Krisenjahren 2008/09 waren migrantische Arbeitskräfte stärker als Deutsche von Konjunktureinbrüchen am Leiharbeitsmarkt betroffen, denn sie sind weitaus häufiger als Hilfskräfte beschäftigt und werden damit als erste bei Auftragsschwankungen entlassen.
All dies bedeutet: Arbeitsmigrant_innen werden unter spezifischen strukturellen Bedingungen ausgebeutet. Leiharbeit, Werkverträge und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sind dabei zwar keine alleinigen Merkmale von Arbeitsmigration, sondern kapitalistische Alltagsrealität, aber sie funktionieren im Fall von Arbeitsmigration als rassistische Praxis, indem Arbeitsmigrant_innen eine juristische Sonderstellung (Leiharbeit zu den Bedingungen der Entsendeländer etc.) auferlegt wird und diese in Teilen politisch-symbolisch legitimiert wird (»Nicht genügend Arbeitskräfte, die schwere Arbeit machen wollen«). Zu Fragen ist aber auch nach der Funktion, die die Ausbeutung von Arbeitsmigrant_innen im Rahmen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses hat. Dies kann am Beispiel der Fleischindustrie verdeutlicht werden.

Profitentwicklung am Beispiel der Fleischindustrie

Die deutsche Schlacht- und Fleischindustrie kann als Exportbranche par excellence beschrieben werden.[7] Sie bezieht ihre Dominanz auf dem europäischen Markt vor allem aus den im Vergleich zu anderen Standorten extrem geringen Produktionskosten, welche auf schlechte Arbeitsbedingungen und besonders auf die »Dumpinglöhne« zurückzuführen sind. Insgesamt gilt Deutschland in der Schlacht- und Fleischindustrie als ausgesprochenes »Billiglohnland«.
Trotz des zuletzt schwachen Binnenabsatzes wurde in der Fleischindustrie 2012 ein Rekordumsatz von 37 Mrd. Euro eingefahren. Dies lässt sich durch den gesteigerten Export in die europäischen Nachbarländer und durch den partiell neu erschlossenen Exportmarkt China erklären. Neben der mittlerweile unangefochtenen Führungsposition auf dem europäischen Markt lassen sich aber auch zwei produktionsbedingte Veränderungen aufzeigen, die deutlich machen, wie es um die Profitentwicklung innerhalb der Branche bestellt ist. Zwischen 2008 und 2012 stieg der Umsatz pro geleisteter Arbeitsstunde von 221 auf 267 Euro. Sukzessive wurde mehr Umsatz bei gleicher Arbeitszeit gemacht. Auf der anderen Seite sank die Lohnquote, die das Verhältnis von Bruttolohn und Umsatz misst, im gleichen Zeitraum von 6,6% auf 5,8%. Festzuhalten ist: Die Ausbeutung der Arbeitskraft ist für die Arbeitgeber profitabler geworden.
Ein Großteil der in der Fleischindustrie angestellten Arbeiter_innen wird mittlerweile über Leiharbeit und Werkverträge angestellt – nach Schätzungen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in manchen Betrieben bis zu 90%. In ihrem Branchenbericht 2013 verweist die NGG darauf, dass ein Großteil der Arbeiter_innen dabei aus mittel- und osteuropäischen Ländern kommt. Die beachtliche Produktivitäts- und Profitsteigerung innerhalb der Fleischindustrie wurde also maßgeblich durch die intensive Ausbeutung von Arbeitsmigrant_innen möglich.
Arbeitsmigrant_innen werden in der Fleischindustrie eingesetzt, um erstens massiv die Lohn- und damit Produktionskosten zu senken, zweitens dadurch Lohndruck auf die sozialversicherungspflichtig angestellte Rumpfbelegschaft auszuüben, drittens die Arbeitskraft strategisch und politisch durch eine Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse zu fragmentieren und viertens soziale Verhältnisse zu produzieren, die durch rassistische Diskurse kapitalistische Ausbeutung legitimieren. Alle vier genannten Dimensionen bilden die Grundlage des exportbasierten Akkumulationsmodells der hiesigen Fleischindustrie.

Überausbeutung als Analysekategorie

Arbeitsmigrant_innen und Wanderarbeiter_innen werden aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarkts in spezifischer Weise ausgebeutet. Die angesprochenen Mechanismen, die eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft möglich machen, sind aber kein Exklusivmerkmal von Arbeitsmigrant_innen. Der offensive Angriff auf gewerkschaftliche Organisationen, massive Senkung der Löhne, verschlechterte Arbeitsbedingungen und prekäre Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Werkverträge etc.) sind auf gesellschaftlicher Ebene seit der Durchsetzung neoliberaler Klassenherrschaft Ende der 1970er (David Harvey) bittere Realität. Mit der rot-grünen Agenda 2010 wurden in Deutschland soziale und ökonomische Bedingungen geschaffen, die eine bis daher ungeahnte Profitakkumulation durch prekäre Arbeitsverhältnisse möglich gemacht haben. Leiharbeit, Werkverträge und Scheinselbständigkeit dienen als »flexible Reserve«, mit der nach Bedarf der Unternehmen verfahren werden kann. Es handelt sich aus unserer Sicht hierbei um eine allgemeine Tendenz des gegenwärtigen Kapitalismus. Arbeitsmigrant_innen sind durch einen rassistisch segmentierten Arbeitsmarkt von dieser Tendenz allerdings besonders betroffen. Im Zuge der forcierten Ausbeutung der Arbeitskraft sind sie einer doppelten Prekarität ausgesetzt: einerseits auf einer strukturell-ökonomischen Ebene, auf der sie die besonderes unsicheren, arbeitsintensiven und schlechtbezahlten Stellen einnehmen und systematisch (teil-)ausgeschlossen werden von Sozialleistungen – andererseits auf einer sozialen Ebene, auf der ihnen aufgrund der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen die tägliche Reproduktion ungemein erschwert wird.

Die Spezifika solcher Ausbeutung im Rahmen kapitalistischer Normalität lässt sich aus unserer Sicht analytisch mit dem Begriff der Überausbeutung fassen. Diese lässt sich von der grundlegenden Ausbeutung unterscheiden, welche analytisch die Aneignung der Mehrarbeit durch das Kapital bezeichnet, die Vorbedingung des Profits.

Überausbeutung wird möglich durch rechtliche Konstruktionen (Staatsbürgerschaft, Leiharbeit, Werkverträge), rassistische Diskurse und Klassenkampf von oben. Arbeitsmigrant_innen sei laut Klaus Dörre ein »auf relativer Entrechtung und Entwurzelung basierender Sonderstatus« zu eigen, der »bewirken soll, dass kostengünstige Arbeitskraft vorhanden ist, welche sich für die unattraktiven Segmente des Arbeitsmarktes mit ihren wenig qualifizierten, stark belastenden und gering entlohnten Arbeiten mobilisieren lässt«.[8]

Überausbeutung macht es möglich, dass über Leiharbeit Arbeitsmigrant_innen juristisch-legal zu extrem niedrigen Löhnen angestellt werden. Dies erlaubt eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft durch Verringerung der Produktionskosten, entweder, indem ein im Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnitt geringerer Lohn gezahlt wird oder, indem die Arbeitszeit im Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnitt verlängert wird. Überausbeutung ist insofern eine ökonomische Kategorie, Teil kapitalistischer Aneignung von Mehrarbeit.

Überausbeutung, wie wir sie beschrieben haben, funktioniert nur, wenn es Diskurse sowie juristische, politische und ökonomische Praktiken gibt, die »migrantische Arbeitskraft« formieren und ihre Ausbeutung »unter dem Schnitt« legitimieren. Rassismus als soziale Praxis findet sich in kapitalistischen Klassenverhältnissen daher nicht allein auf der Ebene diskursiver Zuschreibungen, sondern sedimentiert sich in spezifischen Formen kapitalistischer Ausbeutung. Diese aktuellen Prozesse und Zustände unterliegen Aktualisierungen und Modifizierungen, die rasant stattfinden. Eine Linke sollte diese Prozesse auch begrifflich benennen, um bei moralischer Empörung stehenzubleiben. Wir appellieren deshalb, den *Zusammenhang* von Migration und Kapitalismus nicht auf rassistische Zuschreibungen zu verengen und die ökonomischen Dimensionen und Dynamiken aus dem Blick zu verlieren. Nur eine Analyse, die die ökonomischen Dimensionen mit einbezieht, kann aus unserer Sicht eine antirassistisch-antikapitalistische Strategie entwickeln.

✖

Fußnoten

1 *Lehmer, Florian / Ludsteck, Johannes 2013: Das Herkunftsland ist von hoher Bedeutung. IAB-Kurzbericht 1/2013, Januar 2013. http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb0113.pdf.*

2 *Es wurden lediglich die Löhne von vollzeitbeschäftigten Männern erfasst.*

3 *Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen: Erwerbstätige ALG II-Bezieher nach ausgewählten EU-Mitgliedstaaten-Gruppen. Empfängerin: Fr. Zimmermann, MdB Die Linke, Erstellungsdatum 8.1.2014.*

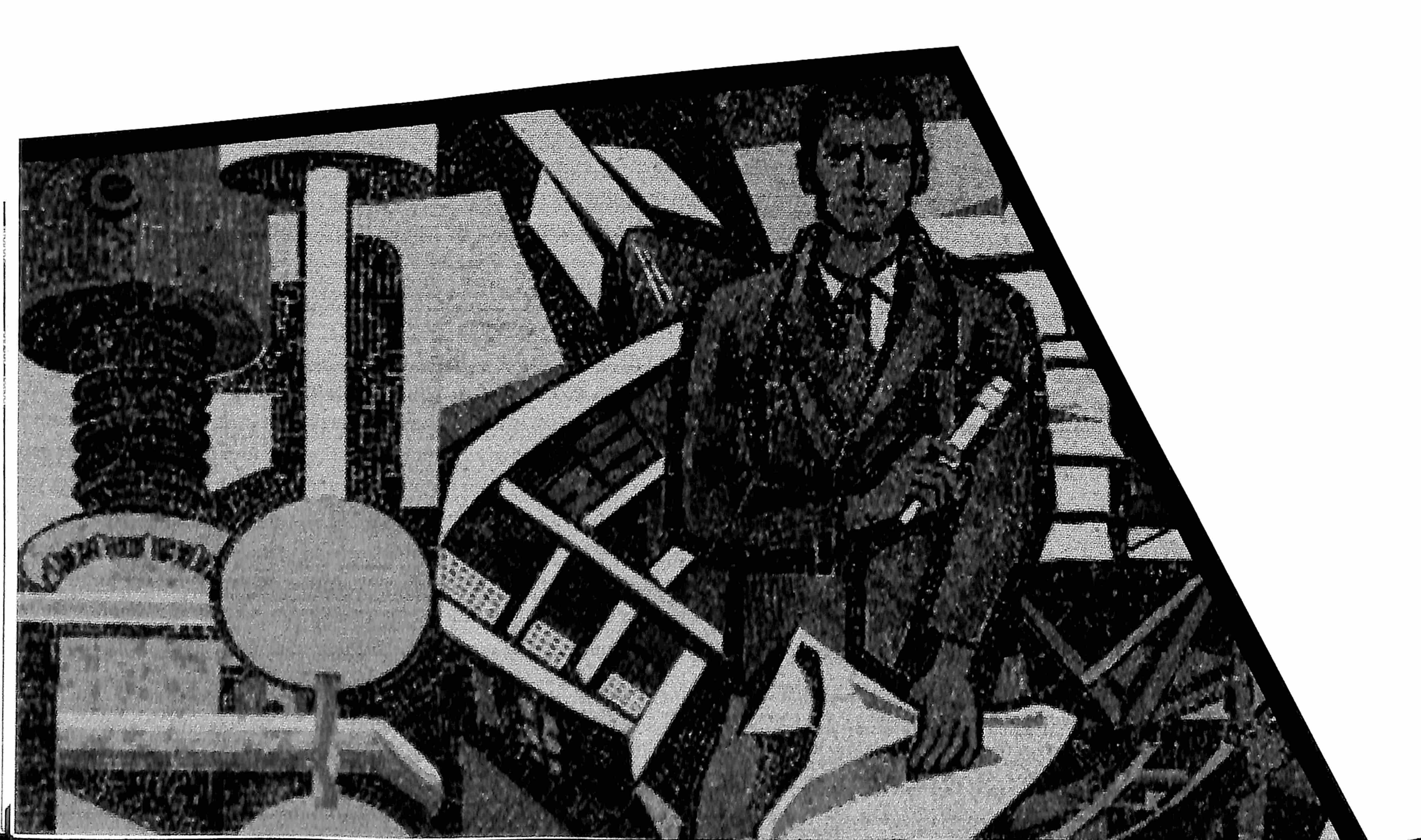
4 *Bundesagentur für Arbeit 2014: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer Juni 2014. Online: http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201406.pdf.*

5 *Klingbein, Stefan 2008: Gib's mir. Über den Erkenntnisgewinn des Prekären. In: Hinterland Nr. 7, S. 54.*

6 *Siebenhüter, Sandra 2011: Integrationshemmnis Leiharbeit. Auswirkungen von Leiharbeit auf Menschen mit Migrationshintergrund. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt/Main.*

7 *Alle Informationen zur Fleischindustrie aus: Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten 2013: Branchenbericht 2013. Schlachten und Fleischverarbeitung. http://www.ngg.net/branche_betrieb/fleisch/branchen_info/branchenbericht-fleisch-2013.pdf.*

8 *Dörre, Klaus 2011: Landnahme und soziale Klassen. In: Thien, Hans-Günter (Hg.): Klassen im Postfordismus. Münster, S. 125.*





Die unterschiedlichen Schichten der Unterdrückten und Ausgebeuteten

Deborah Gülsen

Der Kern der Arbeiter/innenklasse in Deutschland in den Industriebetrieben besteht aus gelernten Arbeiterinnen und Arbeitern, der Facharbeiterschaft und einer sehr großen Zahl angelernter Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die auch die große Masse der körperlich anstrengenden Arbeit leisten und in der »Hierarchie« unter der Facharbeiterschaft stehen. Auch außerhalb der klassischen Industriearbeiterschaft sind Hunderttausende von Menschen in Logistik und Dienstleistungen, sozialen Berufen wie Altenpflege usw. beschäftigt, die oft weniger Lohn erhalten als die Facharbeiterschaft und Teile der fest beschäftigten ungelernten Arbeiterinnen und Arbeiter. Damit ist die Analyse bei weitem nicht abgeschlossen. Denn nun gibt es Hunderttausende von sogenannte prekär Beschäftigten in Industrie, Handel und anderen Bereichen, die in unterschiedlichem Ausmaß zu extremen Billiglöhnen am unteren Ende der Lohnskala der Beschäftigten stehen und oft zusätzlich mit Zahlungen durch den Staat unterstützt werden, damit sie überhaupt das offizielle Existenzminimum erhalten. Auch ihr Kampf und ihre Organisation für den Kampf ist von enormer Bedeutung, wird aber dadurch erschwert, dass der Arbeitsplatz sehr oft wechselt. Die extrem unsichere Lage macht zwar einerseits ihren Kampf umso nötiger, erleichtert andererseits aber auch Repressionen gegen sie wesentlich. Diese Gruppe ist z.T. identisch bzw. überschneidet sich mit der im letzten Jahrzehnt stark angewachsenen Zahl sogenannter »Leiharbeiter« oder der auf Basis von Werksverträgen Beschäftigten.

Die Systeme der Unterdrückung

All diese Schichten der arbeitenden Bevölkerung sind in unterschiedlicher Form in staatliche Systeme eingebunden, in Krankenkassen und soziale Versicherungen bis hin zum Anrecht bei Arbeitslosigkeit auf (ALG I) bzw. späterhin »Hartz IV«.
Ein Blick auf die Gruppe der beschäftigungslosen »Hartz IV-Empfänger« zeigt, dass das staatlich bestimmte Existenzminimum hoch genug ist, damit diese Gruppe keinen Aufstand macht, jedoch so niedrig, dass das tägliche Leben – insbesondere im Vergleich mit den legal Beschäftigten – wesentliche Elemente von Armut und Elend beinhaltet. Hinzu kommt, dass die staatlichen Repressionen gegen »Hartz IV-Empfänger« einen ständigen mentalen Druck erzeugen: Einerseits erhalten sie wenigstens für eine gewisse Zeit ohne arbeiten zu müssen Geld, bis sie zur »Zwangsarbeit« verpflichtet werden. Andererseits ist es nur logisch, dass große Teile von ihnen auch zusätzlich ohne Anmeldung und offiziell »illegal« zu oft extrem niedrigem Lohn Arbeiten durchführen, um irgendwie durchzukommen. Bei einer genaueren Zergliederung der sozialen Gruppen, die ALG 1 und »Hartz IV« erhalten, wird auch deutlich, warum es so schwierig ist, gerade in diesem Sektor wirkliche Kämpfe zu organisieren und durchzuführen.
An erster Stelle sei hier die große Zahl derjenigen genannt, die zur »industriellen Reservearmee« (Marx) gehören. Das sind Arbeiterinnen und Arbeiter, die schon in fester Anstellung waren, dann aber z.B. durch Schließungen von Betrieben ihre Beschäftigung verloren haben und, wenn für das Kapital nötig, teilweise wieder in den Prozess der Ausbeutung in den Fabriken eingegliedert werden. Die Erwerbslosigkeit insgesamt ist ein wichtiger Hebel der Kapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen, Löhne zu drücken. Das zeigt angesichts der millionenfachen Reservearmee und der Drohung mit »Hartz IV« besonders große Wirkung.

Damit nicht genug, spielt es zunehmend eine Rolle, dass junge Erwachsene, die noch nie oder nur sehr kurz regelmäßig gearbeitet haben, von vornherein in das »Hartz IV«-System gepresst werden. Dort werden sie oft genug zermürbt und in ihrem Kampf- und Lebenswillen stark beeinträchtigt, in Krankheit und Verzweiflung getrieben.
Die Zahlung von staatlichen Geldern dient auch als Auffangbecken für die nicht geringe Zahl von durch Krankheit Gezeichneten, deren niedrige Renten (etwa bei Frührente) dann noch etwas »aufgestockt« werden.

Alle bis jetzt aufgezählten Schichten sind trotz Elend und Repression auf die eine oder andere Weise in das Sozialsystem eingebunden und weitgehend vor Obdachlosigkeit geschützt. Politisch von Bedeutung ist, dass gerade hier die Reaktionäre ihr Unwesen treiben, um Teile dieser »Hartz IV-Empfänger« in den Repressionsapparat (Bundeswehr, Sicherheitsdienste usw.) einzubeziehen.
Die Schwierigkeiten für die Kämpfe der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland hängen mit dem gigantischen Programm der Spaltung der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter/innenklasse zusammen. Teile und herrsche, die

Konkurrenz unter den Arbeiterinnen und Arbeitern schüren, hier zuschlagen, da ein Zugeständnis machen, also »Zuckerbrot und Peitsche« – gerade die Imperialisten in Deutschland haben eine große jahrzehntelange Erfahrung mit all diesen Mechanismen.
Dieses gigantische Programm hat der deutsche Imperialismus immer weiter ausgebaut und verfeinert: von »Hartz IV« bis zum Meister und Vorarbeiter im Betrieb, von gekauften Betriebsräten und bestochenen Gewerkschaftsfürsten über das sog. »Betriebsverfassungsgesetz« bis zur sog. »Sozialpartnerschaft«, der »Standort Deutschland«-Ideologie und der »Gewinnbeteiligung« – um nur einige wichtige Mittel zu benennen.
Die Bedeutung des gigantischen staatlichen Unterdrückungsinstruments »Hartz IV« besteht nicht nur in der Schikanierung, Bedrohung und Bespitzelung derjenigen, die in das »Hartz IV«-System gezwungen werden. »Hartz IV« ist auch eine allgegenwärtige mächtige Drohung all jener, die noch beschäftigt sind, aber vorgeführt bekommen, was passiert, wenn sich die Kapitalisten etwa für eine so genannte »Standortverlegung« entscheiden.

Rechtlos und Ausgebeutet: Sans Papiers

Aber es gibt auch noch einen anderen Faktor, der ebenfalls von großem Gewicht ist. Mehrere Millionen Menschen ohne deutschen Pass – ob sie jahrzehntelang oder erst seit einem Monat hier arbeiten – sind im Gegensatz zu Menschen mit deutschem Pass von Abschiebung oder Ausweisung bedroht, z.B. wenn sie eine »Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung« darstellen, d.h. sich im Kampf gegen den deutschen Imperialismus engagieren.
Im eigentlichen Sinne die unterste Schicht der Arbeiterklasse in Deutschland ist ein sehr großer Teil derjenigen, die ohne Papiere hier leben und unter rechtlosen Bedingungen weit über 40 Stunden in der Woche zu extrem niedrigen Löhnen arbeiten, in verelendeten Wohnverhältnissen leben und aus dem Sozialsystem vollkommen ausgeschlossen sind. Hinzu kommt, dass diese Schicht vor allem die körperlich extrem anstrengenden und verschleißenden Tätigkeiten wie Bauarbeit, Saisonarbeit in der Landwirtschaft, Lebensmittel verarbeitende Industrie usw. ausübt. Und hier nun beginnt die Überschneidung mit der sozialen Lage in jenen Ländern, aus denen die Menschen ohne Papiere ursprünglich stammen. Denn zum großen Teil lebt und arbeitet diese Schicht teilweise in Deutschland, aber oftmals auch zeitweise in ihren Herkunftsländern.

Einen besonderen Status haben auch die über hunderttausend gemeldeten Flüchtlinge, die extrem schikaniert werden und von Ausweisung in ihre Herkunftsländer bedroht sind, wo oftmals Ermordung und Folter auf sie warten. Sie werden häufig kaserniert und nur sehr eingeschränkt zur Arbeit zugelassen.

Über jede Gruppe und jede Schicht der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Menschen müssen Fakten und Zahlen vor allem durch eigene Analyse und Forschung erhoben werden, um ein realistisches Gesamtbild für die Probleme des Kampfes erstellen und richtig agieren zu können.

Arbeiter/Innenklasse: Die fortschrittlichste Kraft

Bei fortschrittlichen Kräften in Deutschland, bei Kräften, die wirklich gegen Verbrechen des deutschen Imperialismus kämpfen wollen und auch kämpfen, ist relativ weit verbreitet, dass es ja nicht sein kann, dass man mit »dieser Arbeiterklasse in Deutschland« eine »Revolution« machen und gewinnen kann. Diese Auffassung, die von wirklich wunden Punkten, von den Schwächen des Bewusstseins der heutigen Arbeiterbewegung in Deutschland ausgeht, muss hinterfragt werden:
Wenn nicht das Proletariat, wer soll dann die Verhältnisse ändern?

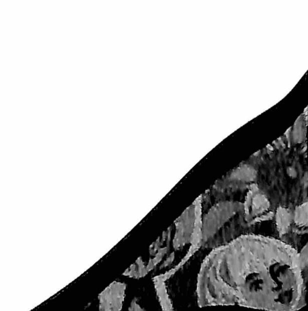
Warum ist für den wissenschaftlichen Kommunismus die Arbeiterklasse die revolutionärste Kraft? Die entscheidenden Argumente sind in Kürze:

1. Die Arbeiterklasse besitzt keinerlei Produktionsmittel und ist von Leitung, Organisierung und Planung der Produktion ausgeschlossen, muss aber ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, um leben zu können. Die Kapitalisten können nicht ohne die Arbeiterklasse leben, denn sie ist die Quelle ihres Mehrwerts. Das Proletariat kann sehr wohl ohne die Bourgeoisie leben.

2. Die Arbeiterklasse ist mit der Großproduktion, der fortgeschrittensten Form der Produktion, der grundlegenden Produktionsform des Sozialismus und Kommunismus verbunden und ist eine internationale Klasse, die in jedem Land der Welt existiert und trotz aller Unterschiede wesentlich dasselbe Interesse hat. Das Proletariat hat deshalb als Klasse eine wirkliche Zukunft.

3. Die Konzentrierung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken erleichtert ihre Bewusstmachung, ihre Organisierung, die Schaffung einer bewussten Disziplin bei ihnen, die nötig ist, um im Kampf gegen den Imperialismus die notwendige Zielklarheit, Ausdauer und Kraft zu entwickeln.

Die Charakterisierung der Klasse aus Arbeiterinnen und Arbeitern als fortschrittlichste Kraft bedeutet jedoch nicht, dass sie auto-



matisch, »von selbst« und spontan in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen.

Die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter muss begreifen, dass sie die aktuellen Verhältnisse nur aus den Angeln heben kann, wenn sie unter den anderen Ausgebeuteten Verbündete gewinnt.

Daher darf es nicht nur darum gehen, dass Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihrer eigenen Lage bewusst werden, sondern sie müssen auch alles wissen über sämtliche Klassen und Schichten, über ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat und untereinander. Denn nur so können sie wirklich den Klassenfeind, seine Parteien und seine Politik durchschauen, ihre eigene führende Rolle verstehen und durchsetzen lernen.

Diese nur sehr knappe Aufzählung macht angesichts des heutigen extrem niedrigen Bewusstseinstands der Arbeiterklasse in Deutschland deutlich, welche riesigen Aufgaben noch zu leisten sind. Dies schließt das mangelnde Verständnis davon, was eine Klasse ist, mit ein. Dabei geht es auch darum, sich von falschen Freunden innerhalb der Schicht der Arbeiter/innen – wie Gewerkschaftsfürsten, Opportunisten und sonstigen Helfershelfern, die das System stabilisieren – abzugrenzen, ja diese zu bekämpfen.

Zur Lage in Deutschland

Es gibt ernste Gründe für einen eher pessimistischen Blick auf die Bewusstseinslage der Arbeiterklasse in Deutschland und der Masse der Beschäftigten in Deutschland insgesamt.
Von wirklichen Kämpfen in Deutschland kann gegenwärtig keine Rede sein. Es gibt Streiks. Jedoch sind diese meistens von Gewerkschaftsfunktionären initiiert, um Dampf abzulassen und mögliche weitergehende Kämpfe zu verhindern.

Meistens sind es kurze Warnstreiks, wie z.B. auch die Warnstreiks vom März 2014 im sog. »Öffentlichen Dienst«. Wenn die Streikenden es nicht schaffen, gegen und ohne die Gewerkschaftsführung den Kampf selbständig zu führen, dann werden solche Kämpfe mehr oder weniger schnell abgewürgt. Denn von Ausnahmen abgesehen (der langwierige Streik bei Neupack) werden solche Kämpfe meist rasch im Sinne der Ideologie der Klassenversöhnung, der »Sozialpartnerschaft« von der Gewerkschaftsführung beendet und beerdigt.

Es ist eine Tatsache, dass die Anzahl der Streikenden und der Streiktage in einem Land wie Deutschland extrem niedrig ist. Hier ist interessant, wie unterschiedlich Statistiken Dinge darstellen. Es gab 2012 Warnstreiks mit ca. 800.000 IG-Metall-Mitgliedern. Ähnlich gab es 2014 auch wieder Warnstreiks im »Öffentlichen Dienst«. Sicher war und ist das nicht unwichtig. Das hat aber mit einem klassischen Streik wenig, wenn nicht gar nichts zu tun. Diese 800.000 Personen nun als »Streikende« in eine Streikstatistik aufzunehmen bedeutet, sich in die Tasche zu lügen. Aber selbst bei dieser mehr als merkwürdigen Methode, bei der im Durchschnitt dann in Deutschland jeder der ca. insgesamt eine Million Streikenden im Jahr 2012 etwa 25 min. gestreikt hat, bleibt, dass die Streiks in einem Land wie Frankreich das Zehnfache umfassen.

Anders als etwa in Frankreich, anders als vor allem in Ländern wie Bangladesch, Kampuchea oder Südafrika sind in Deutschland ernste Auseinandersetzungen in den Betrieben selbst um einfache gewerkschaftliche Fragen – gegen Entlassungen, für bessere Arbeitsbedingungen oder für höhere Löhne – in den letzten Jahren eher zurückgegangen, obwohl sich die Ausbeutung verschärft und die Lebensbedingungen sich verschlechtern.
Bei der Beantwortung der Frage geht es auf lange Sicht gesehen jedoch nicht nur um die Entfaltung von Kämpfen gegen verschärfte Ausbeutung oder um die Entfaltung von politischen Kämpfen gegen Unterdrückung. Es geht vor allem um die weitergehende Frage, welchen Anteil die Arbeiterklasse in Deutschland am ganzen Prozess von revolutionären Umgestaltungen in allen Ländern der Erde durch eine eigene wirkliche revolutionäre Erhebung haben kann und haben wird.
Die wichtigste Aufgabe für die Entfaltung der Kämpfe der Arbeitenden ist es, die gesetzmäßig von Kapitalismus und Imperialismus erzeugte Spaltung zu bekämpfen und zu überwinden – in erster Linie international, aber zwingend unbedingt auch im »eigenen« Land.
Das Problem ist nicht, dass Menschen mit ausgesprochen geringen finanziellen Möglichkeiten in Deutschland moralisch zu verurteilen sind, weil auch sie billige geraubte oder zu extrem ausbeuterischen Bedingungen hergestellte Waren kaufen. Es geht darum, dass ein Bewusstsein von dieser Lage der arbeitenden Menschen in anderen Ländern entsteht. Die entscheidende moralische Frage ist eine einzige:
Ist man bereit, selbst wenn es kurzfristig die eigenen Lebensbedingungen verschlechtern sollte, mit internationalistischen Vorstellungen im Kopf gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern zu kämpfen oder nicht? ✖

Über den AutorIn
✖ *Deborah Gülsen engagiert sich im Frauenkollektiv für die Revolution.*



Die Klassenfrage an der Kaufhauskasse

Ist »weniger« wirklich mehr? Über Konsumkritik und Infrastruktursozialismus

Anne Steckner und Mario Candeias

Laut Meinhard Miegel liegt das Geheimnis eines erfüllten Lebens heutzutage statt im Konsum in Verzicht, Maß und Muße. Auch manch linke Konsumkritik moniert die »Konsumgeilheit« vieler Menschen in der Überflussgesellschaft. Sie mahnt, sich auf die Erfüllung »echter« Bedürfnisse zu beschränken, auf Teilen, Selbstmachen oder Instandsetzen.

Linke Konsumkritik verweist häufig auch auf miserable Arbeitsbedingungen in besonders ausbeuterischen Unternehmen, macht aufmerksam auf die Produktion schädlicher Waren und ruft zum bewussten Konsum mündiger BürgerInnen oder zum Boykott bestimmter Marken auf. Damit beschwört sie die Macht individueller Konsumentscheidungen.

KritikerInnen dieser Position bemängeln daran den Gestus des moralischen Zeigefingers, der »wahre« gegen »falsche« Bedürfnisse ausspiele und die umfassende Einbindung der Individuen über den Warenkonsum ausblende. Allerdings neigt die Kritik der Konsumkritik dazu, vor allem auf den gesamtgesellschaftlichen Verblendungszusammenhang zu verweisen, in welchem jede Lebensweise entfremdet ist. Ausweg? Fehlanzeige.

Die diversen Spielarten von Konsumkritik greifen drängende Probleme auf, zeigen mögliche Alternativen auf und werden doch der Problematik nicht gerecht. Denn was in den meisten Interventionen zu kurz kommt, sind die Fragen, was den Klassencharakter von Konsum auszeichnet und wie sich eine alltagstaugliche politische Praxis in den Widersprüchen der kapitalistischen Konsumwelt bewegen kann.

Konsum ist nichts Individuelles, sondern eine »gesellschaftlich bestimmte Tätigkeit«, aufs Engste mit der Produktions- und Lebensweise einer bestimmten Gesellschaft verwoben. Seit der Verdrängung der Subsistenzproduktion muss in arbeitsteiligen Warengesellschaften ein Großteil der menschlichen Bedürfnisse über den geldvermittelten Konsum befriedigt werden: Wir nehmen uns nicht, was wir brauchen, sondern wir kaufen ein, was wir bezahlen können. Im Kapitalismus ist die Reproduktion der Arbeitskraft – also die alltäglichen Ausgaben der Lohnabhängigen für Ernährung, Bekleidung, Bildung, Wohnen, Kinderaufzucht, Freizeit etc. – zugleich ein treibendes Moment der Verwertung des Kapitals. Warenkonsum und Kapitalkreislauf bilden einen Zusammenhang von Produktion, Zirkulation und Konsumtion.

Auch Bedürfnisse sind weder individuell noch zeitlos. Folglich sind sie nicht an sich richtig oder falsch, sondern historisch bedingt, gesellschaftlich geprägt und normativ überformt. Im Zuge der permanenten Revolutionierung der kapitalistischen Produktion werden immer wieder neue Bedürfnisse geschaffen, neue Maßstäbe gesetzt, neue Besitznormen erzwungen. Allerdings werden nicht alle Neigungen, Wünsche und Begierden gleichermaßen befriedigt, sondern vor allem die profitablen.

Konsum ist also keine Tätigkeit Einzelner oder eines bestimmten Menschenschlags, sondern eine verallgemeinerte Lebensführung, eine Konsumweise. Gleichwohl verfügen nicht alle über dieselben Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, zumal sich das Konsumverhalten je nach Geldbeutel, Sozialisation und Status bedeutend unterscheidet.

Obschon in der Figur des Konsumenten jeder Unterschied von Klasse, Race und Geschlecht ausgelöscht ist, verfolgt die Werbung zum Beispiel milieu- oder geschlechterspezifische Verkaufsstrategien und spricht Kundengruppen gezielt an. Das Konsumverhalten wird klassenförmig angeordnet: Dem Luxuskonsum stehen die Tafeln, dem Einkauf im Bio-Supermarkt der Besuch bei Aldi und Lidl gegenüber. Das hat Folgen für die Konsumkritik.

Wie konsumieren Arme?

Wie konsumieren Arme, wie Reiche, wie die Mittelklassen? Klassenspezifische Konsummuster wirken auf zahlreichen Feldern: Menschen mit dem nötigen Kleingeld, die über die Konsumgewohnheiten breiter Teile der Bevölkerung zuweilen die Nase rümpfen, erreichen Distinktion über Preis, Qualität und Exklusivität. Ihr Konsumverhalten wirft nicht nur die ökologische Frage anders auf, sondern offenbart vor allem Verhältnisse sozialer Ungleichheit.

Aber was ist mit den mittleren und Einkommensgruppen des »Mitte-unten«, deren Konsum die Masse der gekauften Güter ausmacht? Sie erwerben jedes Jahr ein neues Handy, tragen die gerade angesagten Markenklamotten, stellen sich einen riesigen Flachbildschirm in ihr 14-Quadratmeter-Zimmer und düsen mit easyJet übers verlängerte Wochenende in eine andere Stadt. Das mag vielfach zutreffen. Die Folgen dieses Konsumverhaltens sind problematisch. Und der Alltagsverstand weiß, dass das ökologisch nicht tragbar ist.

Doch in der Warengesellschaft ist Konsum neben Bedürfnisbefriedigung auch ein Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und Mobilität. So dienen etwa Laptops und Smartphones keineswegs nur der technischen Ausrüstung in der »Wissensgesellschaft«, sondern sind die Eintrittskarte in soziale Netzwerke, dort, wo Kontakte geknüpft und gepflegt, Neuigkeiten ausgetauscht werden, auch Hierarchie und Konkurrenz regieren, kurz: wo Gesellschaft stattfindet. An dieser Gesellschaft teilhaben zu können ist für all jene



besonders wichtig, die nicht über andere Mittel von Macht und Einfluss verfügen – eine Klassenfrage.

In entfremdeten Verhältnissen ist Konsum auch Kompensation. Er bietet kurzfristige Sinnstiftung und ermöglicht Beteiligung an den Glücksversprechen der Gesellschaft. Erich Fromm hat die identitätsstiftende Wirkung von Besitz für das eigene Selbstwertgefühl auf den Punkt gebracht: »Man ist, was man hat.« Neben dem allgegenwärtigen Anreiz zum Konsumieren – ausgelöst durch aggressive Werbung vor allem im Netz – kann Konsumfähigkeit zum Ein- und Ausschlusskriterium für gesellschaftliches Ansehen, für Status, Kultur, Prestige und Geschmack werden. Mit Pierre Bourdieu ließe sich fragen: Wer ist wie und warum auf diese Formen der Anerkennung besonders angewiesen, wer distinguiert sich auf welche Weise? Eine Klassenfrage.

Angesichts fehlender Möglichkeiten von zahlreichen abhängig Beschäftigten, ihre Arbeit sinnstiftend und selbstbestimmt zu gestalten, bietet Konsum eine vorübergehende Flucht aus der Fremdbestimmung: als Ventil gegenüber Druck, Frust oder Erschöpfung in der Erwerbsarbeit, als Ablenkung von perspektivloser Erwerbslosigkeit, als kurzzeitiger Ausstieg aus Langeweile, Isolation oder Stress in der häuslichen Reproduktionsarbeit. Konsum erlaubt die »effektivste Erholung von physischer und nervlicher Anstrengung« in kürzester Zeit – über den Kaufakt. Doch nicht alle Arbeit im Kapitalismus ist schlecht bezahlt, sterbenslangweilig oder wenig anerkannt. Ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben braucht weniger über Konsumgüter vermittelte Erfüllung und über Statussymbole vermittelte Anerkennung. Kompensatorischer Konsum ist – eine Klassenfrage.

Konsum hat auch eine integrativ-disziplinierende Wirkung. Wer einen Bankkredit bedient, muss die dazugehörige Lebensweise erfolgreich bewältigen: ein geregeltes Einkommen, Fügsamkeit im Falle drohenden Jobverlustes, keine längeren Krankheitsausfälle, eine verlässliche Selbstführung. Wo echte politische Beteiligung an der Gestaltung von Ökonomie und Gesellschaft versagt bleibt, gibt privater Konsum ein Stück Kontrolle über persönliche Entscheidungen und Präferenzen zurück. Das damit verbundene Freiheitsversprechen bietet vorübergehende Selbstbestimmung zum Preis der dauerhaften, noch härteren Unterwerfung unter Schuldendienst und Erwerbszwang. Sich dieser Logik entziehen können nur diejenigen, die nicht darauf angewiesen sind, Einkommen aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft zu beziehen, sondern andere für sich arbeiten lassen – selbstredend eine Klassenfrage.

Und was passiert mit den Nichtkonsumfähigen? Sie haben in der Warengesellschaft keine Alternative zum geldvermittelten Konsum für ihre Bedürfnisbefriedigung. Abgesehen vom Rückzug in den Schrebergarten, in solidarische Auffangnetze des nahen Umfeldes (so vorhanden) oder in die finanzielle Abhängigkeit vom Ehepartner gibt es keine Exit-Option. Damit »wird der Verlust der Kreditwürdigkeit zum größten anzunehmenden Unfall«. Wer seine Kreditwürdigkeit und damit Konsumfähigkeit verliert, ist ausgeschlossen von den etablierten Formen der Geselligkeit und von einem Großteil sozialer Kontakte.

Es gibt keine Exit Option

Die allgemeine Forderung »weniger wachsen, weniger konsumieren« ist klassenblind. Eine Antwort darauf, wie die mit Konsum, Wachstum und Verschwendung behafteten Probleme angegangen werden können, muss differenzierter ausfallen. Das bedeutet zum Beispiel, für die unteren Klassen – so absurd es klingen mag – zunächst mehr Konsummöglichkeiten einzufordern. Die damit verbundene politisch-gesellschaftliche (nicht moralisch-individuelle) Frage ist: Was für ein Konsum?

Eine sozialökologische Transformationsperspektive muss sich mit dem Dilemma herumschlagen, dass eine radikale Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß entweder mit deutlichen Preisanstiegen infolge konsequenter Ökosteuern verbunden ist oder mit gesetzlich eingeschränkter Nutzung bestimmter Güter. Die erste Variante führt zu einer unverhältnismäßigen Belastung ärmerer Haushalte, die zweite zu einer Einschränkung der individuellen Freiheit. Dieses Dilemma offenbart die Widersprüche, innerhalb derer die Wege zu einer sozial gerechten und ökologischen Konsumweise auszuloten sind.

Die Forderung nach mehr Konsum mag sich merkwürdig ausnehmen. Doch Jahrzehnte neoliberaler Politik haben in vielen Bereichen soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen ausgedünnt, die Grundbedürfnisse abdeckten. Diese bleiben nun vielfach unbefriedigt, was zu Überlastung, Stress, Krankheit und Armut führt. Entsprechend treten Kämpfe um Reproduktion und Lebensweisen wieder in den Vordergrund. An sie lässt sich anknüpfen: für bessere Kinderbetreuung und Schulen, für Mobilität, Bildung und Gesundheit für alle, für bezahlbares Wohnen oder Kämpfe um Zeit. Sie alle drehen sich um moderne menschliche Grundbedürfnisse, die nicht in jedem Fall über den Preis zu regeln sind. Sie sollten jedem Einzelnen, unabhängig von sonstigen Konsumentscheidungen, zur Verfügung stehen, entgeltfrei oder zu sehr geringen Kosten.

Für eine sozial gerechte Konsumweise

Eine verbindende Perspektive dieser Kämpfe wäre die Forderung nach einer entgeltfreien sozialen Infrastruktur. Sie umfasst eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität, Internet etc., sowie kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung und ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Auch hier könnte – wie bei der Energie – zur Kasse gebeten werden, wer viel verbraucht: also ein entgeltfreies Trinkwasserkontingent pro Kopf, aber Verteuerung des privaten Swimmingpools; entgeltfreier öffentlicher Nahverkehr, aber Aufschläge für häufige Flugreisen, entgeltfreier Zugang zum Internet und zu digitalen Gütern, aber Preissteigerungen für riesige Datentransfers etc. Notwendige Gesundheitsversorgung, Erstausbildung und bestimmte Zeiten der Weiterbildung sollten für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Bezahlbarer (auch innerstädtischer) Wohnraum kann über eine Mischung aus Mietpreisregulierung, sozialem Wohnungsbau, Förderung nicht profitorientierten kollektiven Eigentums und einer entsprechenden Liegenschaftspolitik erreicht werden.

Eine solche Orientierung auf kollektiven Konsum moderner Lebensmittel im Sinne eines (kommunalen) »Infrastruktursozialismus« wäre die Grundlage für individuelle Freiheit jenseits von Existenzängsten – und somit für eine sozialökologische Lebensweise. Die entgeltfreien, öffentlichen und kollektiven Konsumformen radikal auszuweiten hieße auch, das Geld als »Kuppler zwischen dem Bedürfnis und dem Gegenstand« und damit die individuelle Geldbörse weniger relevant werden zu lassen, die Kultur des Marktes zurückzudrängen, das Öffentliche und Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken. Über die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse hinausgehende individuelle Konsumentscheidungen wären so in eine angstfreie Lebensgestaltung mit weniger (Konsum-) Druck eingebettet.

Die Voraussetzung für diese substanzielle Ausweitung sozialer Infrastruktur und eine entsprechende Ausstattung des Öffentlichen wäre eine radikale Politik der Umverteilung von oben nach unten – notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung aller linken Politik. Die Ausweitung finanzieller Gestaltungsspielräume ist unverzichtbar im Kampf für eine bedingungslose Grundversorgung als selbstverständliche Konsumweise.

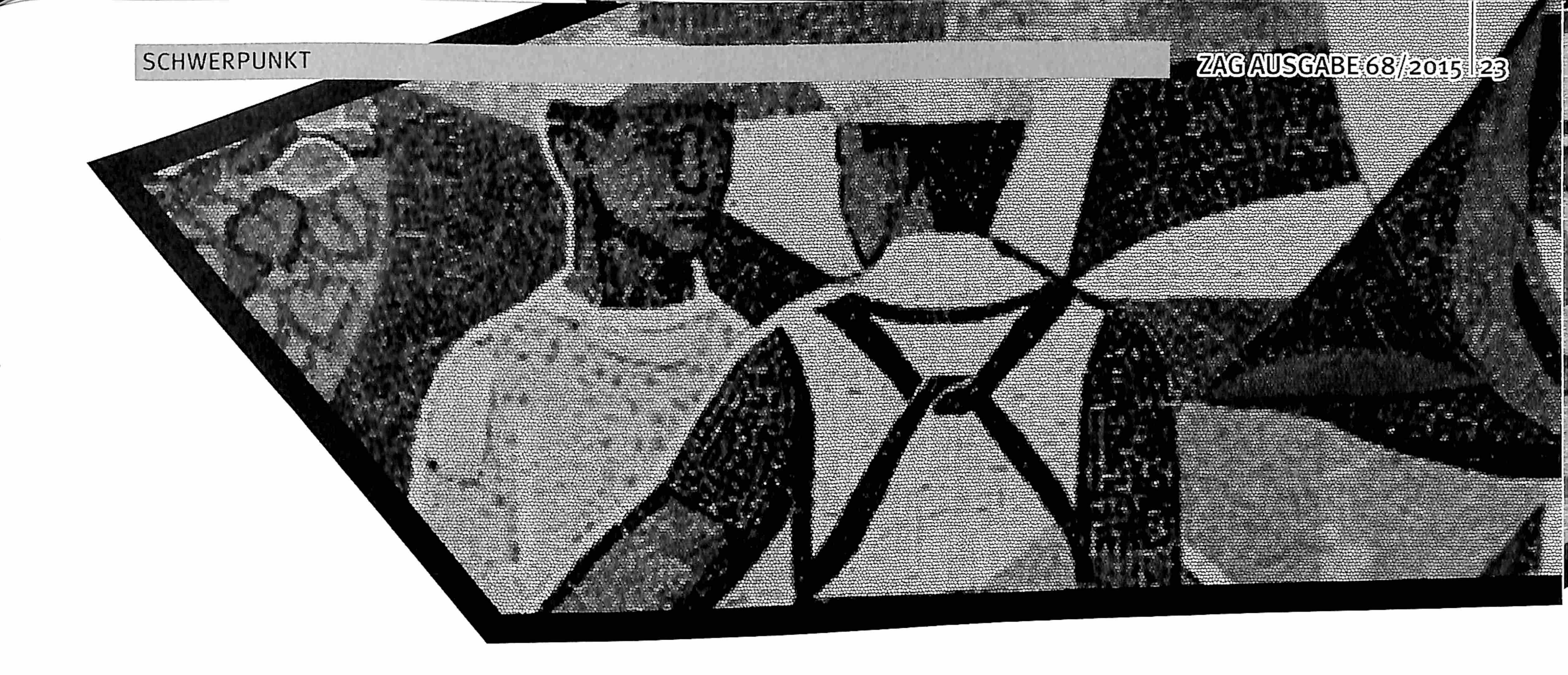
Neben der Etablierung des öffentlichen Sektors als eigener Ökonomie macht der »Infrastruktursozialismus« auch einen tief greifenden sozialökologischen Umbau der Produktion notwendig, ebenso wie eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitswelt. Zugleich gelte es, alle unbezahlten Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsökonomie als gesellschaftlich unabdingbare Reproduktionsarbeit anzuerkennen und ins Zentrum des kollektiven Konsums zu stellen: Die Pflege Alter und Kranker, die Kinderbetreuung, die Gesundheit etc. wären nicht länger eine Frage individueller Kaufkraft oder persönlicher Zeitbudgets, sondern eine nicht warenförmige, nicht geldvermittelte Leistung, für die es entsprechende Infrastruktur gibt.

Mit dem hieraus gewonnenen Wohlstand an Zeit – raus aus dem Hamsterrad – öffnen sich dann auch Perspektiven, die Konsumverzicht in anderen Bereichen attraktiv machen. ✖

AutorInneninformation

✖ *Anne Steckner arbeitet im Bereich politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Linkspartei. Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*
Der Text erschien in der Jungen Welt.





Klassenstruktur oder soziale Mobilität?

Wieviel Chance ist real?

Joana-Eve Rendelmann

Die meisten Menschen bleiben in den sozialen Klassen ihrer Eltern. Das Forschungsfeld der sozialen Mobilität beschäftigt sich mit der Frage, wie viele Menschen die Klassenposition verlassen, in die sie hineingeboren werden. In der öffentlichen Diskussion wird die Stabilität der Klassenstruktur kaum noch wahrgenommen. Warum wird die Chance des sozialen Aufstiegs jenseits soziologischer Forschung aufgeblasen, während keiner mehr von Klassen spricht?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), welche als Allgemeinwissen deklarierte Fakten des politischen Lebens in Deutschland zur Verfügung stellt, erörtert beispielsweise die Klassengesellschaft in der Vergangenheitsform, während soziale Mobilität als im gesellschaftlichen Raum gegeben definiert wird.[1]

Um überhaupt von sozialer Mobilität und ihrer Debatte sprechen zu können, muss Mensch sich über die Basis des Mechanismus klar sein. Das Konzept der sozialen Mobilität existiert geknüpft an eine Gesellschaft, welche ein »oben« und ein »unten« aufweist, so die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs). Die sozialen Positionen, in welche die Gesellschaft aufgebrochen werden kann, werden zum Großteil anhand von ökonomischen Faktoren festgelegt. Eine gehobene soziale Position, in einer privilegierten Klasse, geht mit einem bestimmten Einkommen und Erwerbssicherheit einher und vice versa. Soziale Mobilität beschreibt somit den Positionswechsel innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges. Die Wahrscheinlichkeit eines sozialen Auf-, oder Abstiegs wird mit der Mobilitätsrate gemessen.
Es sind Klichees, Sagen und Biographien, welche den Aufstieg aus einer unpriviligierten Klasse in höhere Sphären erzählt. Von der Currywurstbude ins Hilton/ von dem Toilettenmann auf den roten Teppich. Diese Extreme und andere soziale Positionswechsel über die befindliche Klasse hinaus, werden im Mobilitätskonzept als vertikale Mobilität bezeichnet. Gegenpol bietet die horizontale Mobilität, welche eine Bewegung innerhalb einer Klasse beschreibt.
Auf- beziehungsweise Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der (intergenerationalen) sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngeneration, so die öffentliche Definition der bpb.[2]

Das Wie

Entscheidend für die soziale Mobilität und die Debatte über Ihre Existenz und Wirkung ist der Weg, welcher zum sozialen Aufstieg gezeichnet wird. Nach drei liberalen Revolutionen (England, Frankreich, USA) hat die bürgerliche Individualität einen politischen Status errungen und somit den Weg des/der Einzelnen in der Verantwortung des/der Einzelnen übergeben. Die ›errungene‹ Freiheit von Individuen in liberalen Staaten zog die Eigenverantwortung für die eigene soziale Position mit sich. Wer sich also in eine andere Klasse begibt oder begeben möchte, muss dies selbst initiieren. Den erstrebenswerten und möglichen Weg zum sozialen Aufstieg können alle mit Glück, Intelligenz, Disziplin und vor allem harter Arbeit begehen. Die religiös begründete calvinistische Arbeitsethik hat in Form der Tugenden »des fleißigen Bürgers« den Bedeutungsverlust der Kirchen in den liberalen Staaten überdauert und die calvinistischen Werte werden weiter gepriesen. Abgesehen von der Prise Glück, sind die Attribute des »Aufsteigers« klar definiert. Intelligenz, nach dem staatlichen Bildungssystem definiert, wird vorausgesetzt.
Die Frage nach dem »Wie« des sozialen Aufstiegs wird mit Disziplin und harter Arbeit beantwortet. Bewusste Selbstregulierung in ›freien‹ Arbeitsstrukturen ist der Schlüssel zu privilegierten Positionen.

Das Warum

Diese Merkmale der individuellen Verantwortung sind jedoch eher als Projektion elitärer Selbstbilder zu begreifen. Gesellschaftlich privilegierte Menschen, also jene, die ökonomisch besser gestellt sind, haben ein bestimmtes Selbstbild, welches die Attribute von Intelligenz, Härte, Fleiß und Selbstdisziplin beinhaltet und diese Attribute dienen dazu, ihre Besserstellung im sozialen Raum zu legitimieren. Sie haben hart gearbeitet und durch ihre Intelligenz und Selbstregulierung eine höhere Position erlangt – und diese daher auch verdient. Es wird somit ein Maßstab festgelegt, der nötig ist um die Position der»reichen« Klasse zu legitimieren und die soziale Ungleichheit und Armut zu rechtfertigen. So scheint in der Möbilitätsdebatte der Zugang zum Reichtum für alle möglich zu sein. Es steht allen Bürger*innen eines Staates frei und offen, sich durch Fleiß, Intelligenz und so weiter den sozialen Aufstieg zu erkämpfen.
Dieser Maßstab wird in Bildung, Charakter und der Beziehung zu Arbeit per se angelegt. Entspricht ein Individuum diesen disziplinären Maßen, so steht ihm nichts im Wege in eine höhere Klasse aufzusteigen.
So die Reflexion und äußere Darstellung der Mensche, die bereits »oben« sind.

Es stellt sich jedoch die Frage, warum diese Darstellung und Vorstellung von sozialer Mobilität wichtig ist und für wen.

Die Idee der liberalen Leistungsgesellschaft behauptet, dass Chancengleichheit im ökonomischen Sektor bestehe und diese Behauptung wird durch die rechtliche Gleichheit (Gleichstellung) aller Bürger*innen noch unterstrichen. Auf diese Weise wird aber verschleiert, dass die Ausgangsbedingungen unterschiedliche sind und dass die rechtliche Institution des Privateigentums zwar für alle gilt, aber nur den Interessen der Besitzenden wirklich nützt.

»Ungleichheit lässt sich viel leichter tolerieren, wenn jeder das Gefühl hat, dass er es schaffen kann.«

(Verteilungsökonom Berthold Vogel) F.A.S.

Mobilität gibt den Menschen nicht nur ein Gefühl von Sicherheit; sie wird benötigt um Ziele zu stecken. Aufstiegschancen, ob suggeriert oder real, halten das Individuum am Laufen. Um eine Maschine am Laufen zu halten muss ein Prozess von statten gehen. Der Prozess der Arbeit, als gepriesenes Aufstiegswerkzeug in einen besseren Zustand, ist von Nöten um den Profitierenden zu dienen. Es besteht eine geringe, aber vorhandene Wahrscheinlichkeit, durch harte Arbeit an einen privilegierteren Platz in der Gesellschaftsordnung zu gelangen. Eine so geringe Wahrscheinlichkeit ist zu irrelevant, um ein jedes Individuum am Laufen zu halten. Somit dient das Aufblasen der Wahrscheinlichkeit von sozialem Aufstieg denen, die von der Arbeit profitieren.

Ohne die hohe Wahrscheinlichkeit der positiven Veränderung im sozialen Raum, würde der Zweck des Arbeitens im kapitalistischen Sinne bezweifelt.
Um Arbeit als Mehr erscheinen zu lassen, als nur für die Reproduktion jedes/r Einzelnen Nötiges; dafür ist eine calvinistische Aufwertung des Begriffes notwendig. Arbeit wurde zum Identitätsstifter*in gemacht und das Selbstbild der Elite ist nun Maßstab aller Glückseligkeit.

Durch die gesellschaftliche Priorisierung von Arbeit und ihrer Verankerung im Staatsapparat durch Steuern beim Gelingen und durch Sozialleistungen beim Scheitern der Teilhabe durch Arbeit, wird die Problematik auf das gesellschaftliche Gesamtwohl projiziert. Es ist somit nicht nur ein individuelles Thema, ob Mensch sich harter Arbeit verschreibt um »Aufstiegschancen« nutzen zu können. Es wird eine identitätsstiftende Akzeptanz »der Anderen« auf das Selbst überschrieben, welches die Selbstregulierung und Disziplin zu harter Arbeit weiter antreibt, um einen Exklusions- oder Stigmatisierungsprozess zu vermeiden.

Die absolute Hoffnung

Durch die Relevanz der sozialen Mobilität für ein liberales nationales- und internationales Gefüge, sind die Kritiken sowie Versuche, sie zu belegen, weitreichend im wissenschaftlichen Diskurs verankert. Die Heinrich-Böll-Stiftung(hbs), sowie die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) haben sich des Konstrukts der sozialen Mobilität angenommen und überprüft, ob die Fetzen der Hoffnung, die immer wieder am Medienhimmel aufblitzen, einer tätsächlichen Tendenz zu einer liberaleren und chancengleicheren Gesellschaft entsprechen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung zieht nach den absoluten Zahlen sozialer Mobilität von Frauen und Männern in West-und Ostdeutschland folgendes Fazit:
»Wie setzen sich die Auf- und Abstiege in Deutschland zusammen? Schaffen es Personen von «ganz unten» nach «ganz oben» bzw. stürzen Personen von «ganz oben» nach «ganz unten» ab? Oder sind es vielmehr Auf- und Abstiege in benachbarte Klassenpositionen, die die soziale Mobilität in Deutschland prägen? Es gibt natürlich immer Fälle, in denen der Vater Tellerwäscher war und der Sohn oder die Tochter selbst Millionär*in geworden ist. Nach den vorliegenden Daten schaffen es weniger als 1% der Kinder aus ungelernten Arbeiterpositionen selbst eine leitende Angestelltenposition zu erhalten – und sind damit noch lange nicht



zwangsläufig Millionär*innen geworden.[3] Geschichten von sagenhaften Aufstiegen mögen sich in der Presse oder im politischen Diskurs gut verkaufen, jedoch sind sie die absolute Ausnahme und haben keinerlei direkten Einfluss auf die Sozialstruktur unserer Gesellschaft. Sie bedienen bestenfalls die Traumvorstellungen an einen solchen Aufstieg. Die Realität sieht aber für über 99% der Gesellschaft anders aus.« (-hbs)

Nach den eingängigen Zahlen der intergenerationellen Mobilität, welche teilweise eine höhere Mobilität aufzeichnen, sind diese absoluten Zahlen in relative umzudenken, um die strukturellen Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, insbesondere in Deutschland, miteinzubeziehen.[4]
Die Modernisierung und Industrialisierung von Produktionsprozessen und ganzen Berufssparten, sowie der Ausbau des Dienstleistungssektors hat einen bedeutenden Einfluss auf die Untersuchungen von sozialer Mobilität und dem Ungleichheit absoluter und relativer Zahlen.
In der Sozialforschung benennt Mensch diesen Effekt als Fahrstuhleffekt. Die hbs und die FES sind sich einig in ihrem Ergebnis, dass dieser Effekt in der sozialen Mobilitätsdebatte greift. Es ist zwar intergenerationelle Mobilität in Deutschland sichtbar, diese ist jedoch größtenteils auf eben diese strukturellen Veränderungen zurück zu führen und haben somit nur die gesamte gesellschaftliche Klassenstruktur auf ein höheres Level befördert. Einfach ausgedrückt, nur weil es absolut allen besser geht, sind Ungleichheiten nicht reduziert, sondern weiterhin im gleichen Maße relativ erhalten.

Migrant*in ist nochmal was Anderes

Die hbs hat sich nochmal gesondert den Auf-und Abstiegschancen der Migrant*innen in Deutschland gewidmet, mit dem Ergebnis der weiteren Erschwerung von sozialen Aufstiegschancen. »Von den Personen mit Migrationshintergrund, deren Vater keinen Bildungsabschluss hat, erreicht die übergroße Mehrheit von 74% nur eine ungelernte Arbeiterposition. Dass jemand mit diesem familiären Hintergrund eine leitende oder (hoch) qualifizierte Angestelltenposition erreicht, ist mit 3% sehr selten.« (hbs).[5]

Wichtig ist hierzu ebenfalls die Stabilität der privilegierten Positionen und ihre Reproduktion in der oberen Klasse. Nach der hbs-Studie über soziale Mobilität werden 60% der Kinder oberer Klassen selbst wieder in einer privilegierten sozialen Position verortet. Zum Vergleich sind es 38% der Kinder von privilegierten Menschen mit Migrationshitergrund, welche sich in der »oberen« Klasse positionieren. Die privilegierten sozialen Klassen weisen demnach die größte Stabilität im intergenerationellen Vergleich auf.

Alles Klasse

Diese Studien und viele andere zeigen den interessanten Kontrast zwischen den immer wiederkehrenden Verlautbarungen von absoluten Zahlen und beeindruckenden Einzelbeispielen sozialer Aufstiege auf der einen Seite und den relativen Enttäuschungen auf der anderen Seite die sich daraus ergeben, dass nur ein kleiner Prozentsatz der jeweiligen Schichten tatsächlich soziale Mobilität erlebt. Die seriöse soziologische Mobilitätsforschung beobachtet seit zwanzig Jahren eine zunehmenden Abschottung sozialer Schichten, die mit der zunehmenden sozialen Ungleichheit in dem Zeitraum einhergeht. Die Bezeichnung Mobilitätsforschung wurde eingeführt, weil der Eindruck entstand, dass das Konzept »Klasse« zu starr sei, um die reale soziale Mobilität der Nachkriegszeit in Deutschland abzubilden. Und so kommt es zu einer feinen Ironie der Geschichte, dass die Mobilitätsforschung, deren Bezeichnung mehr Durchlässigkeit suggeriert heute die Aufgabe übernimmt zu dokumentieren wie sich eine zunehmend hermetische Klassengesellschaft entwickelt.
Ist somit die Skizze der Klassengesellschaft der bpb nicht eher eine Bestandsaufnahme der heutigen (nationalen) Gesellschaftsverhältnisse statt eine historische Beschreibung einer längst überholten Gesellschaft?
»›Besitzbürger*innen‹. Darunter verstand man diejenigen, denen Land gehörte, die Eigentum besaßen. Das waren Fabrikbesitzer*innen, leitende Angestellte oder auch Beamt*innen. An der schmalen Spitze der Pyramide fand man die wirklich reichen Leute. Sie konnten allein von den Zinsen ihres Kapitals leben und beeinflussten auf Grund ihres Reichtums die Wirtschafts- und Finanzwelt ebenso wie die Politik.«

Wie Studien belegen, ist die soziale Positionierung weiterhin von ökonomischen und rassistischen Faktoren dominiert. ✖

Fußnoten

1 *http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161304/klassengesellschaft*
2 *http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/sozialstruktur-und-soziale-lagen/173542/soziale-mobilitaet*
3 *Die ungelernte Arbeiter*innen Position, sowie die leitende Angestellt*innen Position, sind Klassen, welche aus dem von der HBS zur Hand genommenen Erikson-Goldthorp-Klassenschema entnommen sind.*
4 *Trotz anwachsender Furcht vor sozialem Abstieg, ist die intragenerationelle Mobilität, also die Mobilität eines Individuums im Lebenslauf, weniger relevant für die Untersuchung von gesellschaftlicher Chancengleichheit.*
5 *Die Zahlen der Migrant*innen sind hier kritisch zu betrachten, da es sich um ein geringeres Datenvolumen handelt, und Menschen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft aber Migrationshintergrund berücksichtigt wurden.*

Feindbild Bettler*in

Sozialdarwinismus als ›Extremismus der Mitte‹ im Kapitalismus

Lucius Teidelbaum

»Das Gesetz macht alle auf erhabene Weise gleich. Es verbietet allen Menschen, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln oder Brot zu stehlen – den Armen ebenso wie den Reichen.«

Anatole France, französischer Schriftsteller, 1894

Von großen Teilen der Bevölkerung werden soziale Randgruppen abgewertet und angefeindet. Diese Geringschätzung und Anfeindung soll im Folgenden als ›Sozialdarwinismus‹ bezeichnet werden. Alternative Analysekategorien für die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und/oder der Nichtbeteiligung an Lohnarbeit wären Sozialchauvinismus, Sozialrassismus, Nützlichkeitsrassismus oder Klassismus. Im deutschsprachigen Raum hat sich in diesem Zusammenhang bisher noch keine feste Begrifflichkeit etabliert. Im Gegensatz dazu ist die Bezeichnung ›classism‹ im englischen Sprachraum stärker verbreitet. Andreas Kemper und Heike Weinbach definieren den Begriff wie folgt: *»Klassismus, verstanden als eigenständige Form der Unterdrückung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen, selbst oder fremd zugeschriebenen oder vermuteten Klassenzugehörigkeit* [...].«[1]

Mit ›Sozialdarwinismus‹ soll an dieser Stelle nicht nur die alleinige Abwertung auf der Basis von Klasse gemeint sein. Sozialdarwinismus basiert auf dem Arbeitsethos und Leistungsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Beim Sozialdarwinismus geht es auch um die Abwertung und Diskriminierung vor allem von Transferleistungs-Empfänger*innen und sozialen Randgruppen seitens breiter gesellschaftlicher Schichten. Arbeiter*innen können ebenfalls z.B. Arbeitslose abwerten und selbst Obdachlose können sich untereinander aus sozialdarwinistischen Motiven abwerten.

Der Begriff ›Darwinismus‹ im Wort Sozialdarwinismus weist auf die Konkurrenz-Setzung von Bevölkerungsschichten und auf den Glauben an ein »Recht des Stärkeren« hin.

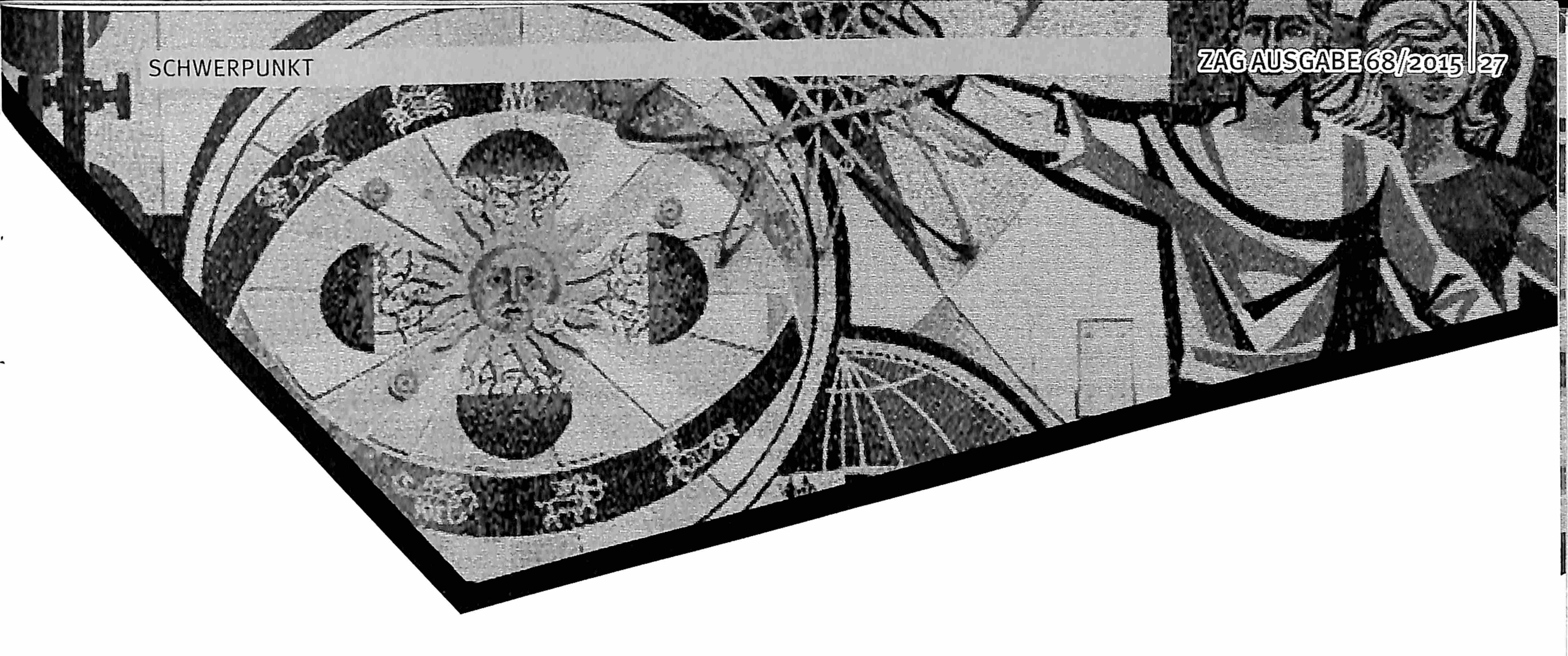
Vor allem Bettler*innen, Wohnungs- und Obdachlose, (Langzeit-) Erwerbslose und/oder Suchtkranke als (vermeintliche) Transferleistungs-Empfänger*innen werden durch den Sozialdarwinismus im Endeffekt zu Außenseiter*innen der Gesellschaft, zu Deklassierten, zu (vermeintlich) Unangepassten, zu Abgehängten, zu ›Überflüssigen‹ und sozial Marginalisierten gemacht. Dies geschieht dadurch, dass in der herrschenden Leistungsgesellschaft Transferleistungs-Empfänger*innen von den Leistungsträger*innen als Konkurrenz bei der Verteilung von staatlichen Mitteln bzw. der Um- und Wiederverteilung von Steuereinnahmen betrachtet werden. Damit geht eine Individualisierung gesellschaftlicher Zustände nach dem Motto »selbst verschuldet« einher. Diese Haltung ist mit dem Glücksversprechen der neoliberalen Risikogesellschaft im Kapitalismus verbunden. Eigentlich, so die Behauptung, könne es in dieser Gesellschaft jede*r zu einem guten Auskommen bringen, vorausgesetzt sie oder er habe den festen Willen dazu. Eine systemische Analyse wird solcherart verweigert. Dabei ist Erfolg herkunftsbedingt (Geburts- bzw. Wohnort, Klasse bzw. Schicht, Hautfarbe, Geschlecht, Religion usw.) und außerdem stark abhängig von Zufällen.

In jüngerer Zeit lässt sich beobachten, dass bei der Abwertung von sozialen Randgruppen wieder verstärkt biologistische Theorien zum Tragen kommen. Unzweifelhaft ist das auch ein ›Verdienst‹ des deutschen Sozialdemokraten Thilo Sarrazin und seines 2010 erschienenen Bestsellers »Deutschland schafft sich ab«. Bei Sarrazin findet erkennbar eine Biologisierung bzw. Naturalisierung des Sozialen statt. Sarrazin geht in seinem Buch von einer Vererbbarkeit von Intelligenz aus, der er im Gegensatz zu anderen Faktoren eine dominante Rolle zuspricht. Nach Sarrazins Auffassung ist die Unterschicht somit eine ›natürliche‹ Ansammlung von Menschen mit minderen Fähigkeiten.[2]

Gegen Bettler*innen gerichteter Sozialdarwinismus

Das mehrheitsgesellschaftliche Bild von Bettler*innen ist stark sozialdarwinistisch geprägt. Als Angehörige einer sozialen Randgruppe werden sie gemeinhin höchstens toleriert, aber so gut wie nie akzeptiert. Meist gelten sie als ›unnütz‹ und werden als »Schmarotzer« und »Parasiten« diffamiert, da ihre Tätigkeit in einer ökonomistisch geprägten Logik nicht als produktiv angesehen wird. Für Bettler*innen selbst ist das Betteln allerdings eine Überlebensstrategie.

Da das Konstrukt einer nationalen Gemeinschaft sich heutzutage stärker als Leistungsgesellschaft definiert, werden Einkommensarme schnell von der Solidarität der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Statt allen Menschen oder wenigstens allen Staatsbürger*innen Zugang zu den Innenstädten, Geschäftspassagen oder Bahnhöfen zu gewähren, bleiben de facto bestimmte Gruppen von diesen allgemeinen Rechten ausgeschlossen, obwohl es sich



oft um so genannte ›öffentliche Güter‹ handelt. Dazu gehören häufig Obdachlose und Bettler*innen.

Die Anerkennung und die Zutrittsrechte für Angehörige von sozialen Randgruppen zur bürgerlichen Gesellschaft unterliegen dabei politischen Konjunkturen, je nachdem wie zugespitzt der öffentliche Diskurs gegen soziale Randgruppen ist – nicht selten abhängig von der wirtschaftlichen Lage und daraus resultierenden gesteigerten Abstiegs- und Verlustängsten des Bürgertums.

In Wirtschaftskrisen ist dann abwertend von »Pleite-Griechen« und »Armutseinwanderern« die Rede. Diese nicht dem eigenen – und konstruierten – Wir-Kollektiv zugeordneten Personen werden in der Folge von der Solidarität ausgeschlossen. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von einer »rohen Bürgerlichkeit«.

Bettler*innen werden zusätzlich offenbar besonders in der Mittelschicht – zumindest unbewusst – als Armutssymbole und -manifestationen wahrgenommen. Sie sind Indikatoren für die Existenz von Armut und der potenziellen Bedrohung aller durch Armut. Statt aber Armut zu bekämpfen, werden im Sozialdarwinismus Arme bekämpft.

Rechtliche Lage in der Bundesrepublik: zunehmende Re-Kriminalisierung von Betteln

Betteln unterliegt in Deutschland gesetzlichen Bestimmungen. Diese verändern sich im Laufe der Zeit und können daher von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich ausfallen.

Generell verboten ist das so genannte »aggressive Betteln«, was bundesweit als Ordnungswidrigkeit verfolgt wird (»Belästigung der Allgemeinheit«, § 118 Ordnungswidrigkeitengesetz). Dabei bleibt unklar und im Einzelnen Interpretationssache, was genau »aggressives Betteln« sein soll.

Generell verboten ist auch das Betteln von Minderjährigen und mit nicht artgerecht gehaltenen Tieren. Bei ersteren ist es auch Auslegungssache, da es unbekannt ist, dass bisher die Praxis zu Fasching mit Kostüm zu Betteln je kriminalisiert wurde. Ebenfalls verboten ist der Bettelbetrug, d.h. die Vortäuschung falscher Verhältnisse (z.B. »Bin Obdachlos«). Das so genannte »stille Betteln« ist dagegen seit 1974 generell erlaubt. Bis dahin war Betteln als »gemeinschädliche Straftat« strafbar, wobei die enorme Strafhöhe von bis zu sechs Monaten Haft ein Erbe des Nationalsozialismus war. Damals wurden nicht nur das Betteln, sondern auch andere Erscheinungsformen von Armut kriminalisiert. Hintergrund bildete laut dem Jurist Ron Steinke eine »repressive Fürsorge«.

Derzeit lässt sich die Tendenz zu einer zunehmend repressiven Behandlung dieser Thematik beobachten. Sprich: Die Bettel-Verbote nehmen zu. Statt auf Bundesebene werden die Verbote und Teil-Verbote seit den 1990er-Jahren auf Kommunalebene erlassen. Diese ›repressive Antwort‹ der Legislative kommt häufig erst durch Forderungen von Anwohner*innen, lokalen Geschäftsleuten, der Handelskammer und kommunalen politischen Vertreter*innen zustande. In den offiziellen Begründungen ist dann zum Beispiel die Rede vom »subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung«.

Da bis 1974 alle Formen von Betteln unter Strafe standen und sich eine zunehmende Verbotspraxis beobachten lässt, kann durchaus von einer Re-Kriminalisierung gesprochen werden.

Steinke resümiert: »*Der Staat begegnet der wachsenden Armut mit repressiven Mitteln. Damit sollen die zugrunde liegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den ›sauberen Städten‹ aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwinden.*«[3]

Von den Kommunen zunehmend verboten werden außerdem »Demutsbetteln« (z.B. auf Knien betend um Geld bitten), »Schock-Betteln« (körperliche Gebrechen zur Schau stellen) und »organisiertes Betteln«. Auch hier ist unklar, was genau darunter zu verstehen ist. Offenbar wird es der Polizei und den Beamt*innen vom städtischen Vollzugsdienst überlassen zu entscheiden, ob etwas als »organisiertes Betteln« eingeschätzt wird.

Mythen, Klischees, rassistische und antiziganistische Vorurteile

Um Bettler*innen ranken sich einige Mythen, die aber in breiten Teilen der Öffentlichkeit von Medien, Politik und Beamt*innen als Gewissheiten verkauft werden, ohne bewiesen worden zu sein.

So wird vielen Bettler*innen unterstellt, sie würden ein enormes Einkommen erbetteln, »ohne etwas zu tun«. In einer Leistungsgesellschaft gilt der Erhalt von Geld oder Leistungen ohne »echte« Lohnarbeit als skandalös und wird von Neid und Hass begleitet. Besonders die Mittelschicht inszeniert sich gerne als »ehrlich« und »hart arbeitend«. Der Unterschicht aus Einkommensarmen

und (Langzeit-)Arbeitslosen wird vorgeworfen, auf »unsere Kosten« zu leben.
Der Mythos der »Bettler-Mafia« mit ominösen »Hintermännern« scheint sich speziell gegen (vermeintliche) osteuropäische Bettler*-innen zu richten. Zumeist ohne Unterschiede zu machen wird Bettler*innen aus Osteuropa unterstellt, sie gehörten einer mafiösen Struktur an. Manchmal werden Beobachtungen über eine gemeinsame Anfahrt oder eine Absprache bei der Platzvergabe als ›Beweise‹ angeführt. Das beweist aber keinerlei Hierarchie, sondern nur eine Kooperation. Die Forderung, nichts zu geben, fördert eine rassistische Einteilung von Bettler*innen in »gute, einheimische« und »schlechte, fremde« Bettler*innen. Im Grunde ist das eine Form von racial profiling.
Neben dem Klischee von der »osteuropäischen Bettelmafia« gibt es auch erkennbar inhaltliche Überschneidungen zwischen dem Sozialdarwinismus gegen Bettler*innen und Antiziganismus gegen Sinti und Roma. Die Vorurteils-Bilder der Mehrheitsgesellschaft über beide Gruppen ähneln sich teilweise. Ihnen wird unterstellt, ›arbeitsscheu‹ und selbst an ihrer sozialen Lage Schuld zu sein. Besonders die sozialrassistische Komponente hat inhaltliche Überschneidungen zur sozialdarwinistisch motivierten Bettler*innen-Feindlichkeit. Man könnte Bettler*innen- und Obdachlosen-Feindlichkeit teilweise als eine Art »strukturellen Antiziganismus« analysieren. Besonders von ausländischen Bettler*-innen wird angenommen, sie seien Angehörige der Roma-Minderheiten in ihrem Herkunftsland.
Sozialdarwinistisch geprägte Diskurse über Bettler*innen und Obdachlose finden sich in Europa in größeren Bereichen der Gesellschaft. Das Aufgreifen und Verstärken von rechten Diskursen oder die rechte Aufladung dieser Mehrheits-Diskurse ist typisch für einen rechtspopulistischen Politik-Stil. Rechtspopulismus, verstanden als Stil des ›Politik-Machens‹, verfolgt die Strategie, solche Diskurse aufzugreifen, zuzuspitzen und als Anbieter autoritärer Lösungen davon zu profitieren. Deswegen werden Bettelnde schnell das angefeindete Subjekt einer rechtspopulistischen Politik.
Anders als bei den Parteien FPÖ und BZÖ in Österreich, wurde das Thema bei der organisierten extremen Rechten in der Bundesrepublik nur regional aufgegriffen. Im September 2014 forderte beispielsweise der NPD-Stadtrat Gerhard Pietsch in Halle, Bettler*innen aus der Innenstadt zu verbannen Dabei sprach er von einer »in letzter Zeit immer häufiger auftretende Bettelei ausländischer, mafiaartigen Bettlerbanden« und zielte vor allem auf »Bettler mit osteuropäischem Hintergrund«[4].

Fazit: Bettelfeindlichkeit führt zu Ausgrenzung, Vertreibung und Gewalt

Während die einen sich ›nur‹ negativ und abwertend über Bettler*-innen äußern, fordern andere von den Behörden Maßnahmen und Dritte schreiten sogar selbst zur Tat. Generell wird Betteln gesellschaftlich kriminalisiert und Bettelnde werden wie andere Randgruppen in die Peripherie der Städte verdrängt. Das Ziel ist eine »saubere Innenstadt« ohne sichtbare Verwerfungen des Kapitalismus oder andere Erscheinungen, die Bürgertum und Tourismus stören könnten.
Besonders stark ist die Annahme einer »Bettel-Mafia«, ein bisher weitgehend unbewiesener Mythos. Es wird argumentiert, dass durch Bettelverbote Bettelnde vor Ausbeutung durch mafiöse Strukturen geschützt werden sollen. Doch handelt es sich um eine autoritäre ‹Lösung› durch Vertreibung und Verdrängung derer, die angeblich die Opfer sind. Neben der Gewalt der Inhaber*innen des Gewaltmonopols gibt es wohl auch individuelle physische Übergriffe gegen Bettler*innen, über die zu wenig bekannt ist.
Es lässt sich feststellen, dass die forcierte Abwertung und Vertreibung von Bettler*innen und die Vermischung mit Rassismus und Antiziganismus ein Klima der Feindseligkeit gegen ausländische Bettler*innen schafft, das tätlichen Angriffen offenbar förderlich ist.
Wichtig ist es, zu begreifen, wie der Charakter der Gesellschaft als Leistungs- und Arbeitsgesellschaft mit dem Sozialdarwinismus verbunden ist. Der Sozialdarwinismus entspringt den vorherrschenden Verhältnissen einer Wirtschaftsform, die immer aufs neue Verlierer*innen und Gewinner*innen hervorbringt. Die Abwertung der Verlierer*innen der Gesellschaft, darunter auch Bettler*innen, ist dabei auch eine Art des Umgangs mit der möglichen Gefahr, eines Tages selbst zu den Verlierer*innen zu gehören. ✖

Ungekürzte Fassung

- *nachlesbar auf www.zag-berlin.de*

Infos zum Autor

- *Lucius Teidelbaum, hat 2013 im Unrast-Verlag das Buch »Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus« veröffentlicht und betreibt den Blog http://berberinfo.blogsport.de, der sich vor allem der Gewalt gegen Obdachlose widmet*

Quellen

- *Kemper, Andreas/Weinbach, Heike: Klassismus. Eine Einführung, Münster 2009.*
- *Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab, München 2010.*
- *Steinke, Ron: Betteln verboten! Die Rückkehr einer Kriminalisierung, in: Transnational Concerns: Facetten der Globalisierung, Heft 4/2006, S. 128-130.*

Fußnote

1 *Andreas Kemper und Heike Weinbach: Klassismus. Eine Einführung, Münster 2009, S. 47.*
2 *Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab, München, 13. Auflage 2010, S. 79-80.*
3 *Ron Steinke: Betteln verboten! Die Rückkehr einer Kriminalisierung, in: Transnational Concerns: Facetten der Globalisierung, Heft 4/2006, S. 128-130, http://www.forum-recht-online.de/2006/406/406steinke.htm.*
4 *NPD-Stadtrat will Bettler verbannen, 13. September 2014, http://hallespektrum.de/nachrichten/vermischtes/npd-stadtrat-will-bettler-verbannen/114649/*

Die schärfsten Kritiker der Elche

Vom idealen Menschen

Ursula Müller

Es ist keine Frage, das linke Biotop braucht sie – die regelmäßig durch's Dorf getriebene Sau. Sie sind notwendig, ob Historikerstreit, PC-, Antisemitismus- oder Islamdebatten, um wahllos irgendwelche zu benennen. Sie sind ein Lebenszeichen und schärfen die Wahrnehmung. Soweit so gut.

Bleiben zwei unerquickliche Aspekte. Zuerst der individuelle: Bei so gut wie jeder heraufziehenden Debatte ist neben der sachlich unaufgeregt diskutierenden und daher weniger beachteten Fraktion die Abteilung Viel-Geschrei-und-wenig-Wolle lärmend auszumachen. Dies erinnert eher an ein schlechtes Remake von »Und täglich grüßt das Murmeltier«. Zuverlässig ist hier das Bedürfnis einzelner Individuen zu beobachten, der bürgerlichen Aufmerksamkeitsökonomie Genüge zu tun. Meistens brillieren diese Zeitgenoss_innen im selbstberufenen und selbsternannten Avantgarde-Gestus. Dass es sich regelmäßig um weitgehend von eigenen Gedanken und Erkenntnissen erfrischend freie Adept_innen der jeweils ›neuen‹ Offenbarung handelt, macht die Sache nicht appetitlicher. Natürlich ist es verständlich, dass ein kleiner Hoffnungsschimmer an Aufmerksamkeitsgewinn im dunklen Orkus unseres bedeutungslosen Daseins eine enorme Sogwirkung ausübt. Und zwar auf diejenigen, die ein Problem bei ihrer ansonsten breit ignorierten Einzigartigkeit verspüren. Üblicherweise lässt dies den/die Bürger_in in die Fernsehkamera winken und treibt ihn/sie in die Shows als Kandidat_in. Da diese Möglichkeiten im linken Biotop eher wenig Resonanz erzielen würden, ist hier Winken in einer ›szene‹kompatibleren Variante notwendig. Es erfreut sich somit eine Winkvariante besonderer Beliebtheit, die auch Sekten, Erleuchtete – eben alle Wesen anderer Sphären ziert – die Variante der exklusiven Letztendlichultimativbescheidwisser_innen. Zur Etablierung ihres Nimbus ist die Disqualifizierung der blöden Nixwirklichkapierthaber_innen alternativlos. Da die Tatsächlichnixkapierthaber_innen – wir sprechen hier aus Sicht des linken Biotops, also die überwältigende Mehrheit des Erdballs – nicht einmal marginales Interesse am exklusiven Wissen dieser ›linken‹ Letztendlichultimativbescheidwisser_innen weder heucheln, noch überhaupt irgendeine Wahrnehmung auch nur simulieren, sind die Objekte der Abgrenzung – Subjekte wäre aus dieser Position zu viel der Ehre – die Genoss_innen. Sie werden als Plattform der Selbsterhöhung dringendst benötigt, denn allen anderen ist's ohnehin komplett wurscht. Dass diese Notwendigkeit des Winkens in den realexistierenden gesellschaftlichen Verhältnissen für alle gilt, die ihrem Affen ›Eitelkeit‹ Zucker geben wollen, z.B. um ihren Lebenslauf von der Tellerwäscherexistenz in Richtung Millionär zu beeinflussen, gilt selbstverständlich auch und besonders im Bildungsbereich. Dort mag der ›Affe‹ ab und an sogar einen Antriebseffekt auf die Elfenbeintürme des Wissens haben. Und keine Debatte, so klein ihre Reichweite auch sein mag, zieht ihre Relevanz aus der mathematischen Zahl der beteiligten Personen. Das einzig relevante Kriterium ist ihr Erkenntnisgewinn. In irgendeiner linken politischen Praxis wird jedoch aus der Art, in der viele Debatten geführt werden, ein Problem.

Was für ein Problem denn nun?

Zum einen ist das die unglaubliche Attraktivität einer Szene, die mit unermüdlicher Verve damit beschäftigt ist, sich vorzugsweise mit den Genoss_innen zu beschäftigen. Da werden Marginalien zum Popanz – wie beispielsweise die eben wieder in der Versenkung verschwindende Critical Whiteness-Debatte schönstens demonstrierte. Der wahre Feind ist der/die nicht komplett deckungsgleich durchfrisierte Genoss_in – denn lediglich dort besteht die Chance, auf eine selbstkritische Grundeinstellung zu treffen, die es ermöglicht, hinreichend verletzend sein zu können. Zwar gehören die individuellen Probleme, die dieses Verletzungsbedürfnis der Malirgendwaseinbisschenverstandenhaber_innen verursacht, eher im sozialen Umfeld geklärt und sollte dieses der Problematik nicht mehr gewachsen sein, professioneller Hilfe anvertraut, aber in der Regel leidet die Eigenwahrnehmung bei gravierenderen Problemen zuerst und so bleibt das eine unrealistische Hoffnung. In ihrem Sinn erfolgreich sind diese Auseinandersetzungen auf jeden Fall, denn der abschreckende Effekt auf eventuellen politischen Nachwuchs ist so hoch, dass die Exklusivität des Klüngels garantiert bleibt. Welch Katastrophe wäre es doch, wenn dank netten Umgangs und unaufgeregter Auseinandersetzungen der Masochismusgrad für ein Engagement im linken Biotop nicht behandlungsbedürftige Ausmaße erfordern würde. Die irrelevante Randgruppenexistenz – gerne durch ihre Protagonist_innen zur egostreichelnden Elite umgedeutet – wäre dahin.

Schön zu sehen ist nun wieder diese Funktionsweise in der gerade heraufziehenden Klassismusdebatte. Eigentlich müssten sich Zeitschriften wie die ZAG derartigen Themen verweigern, konnten sie aber nie und können sie auch nicht. Was ihnen bleibt, ist zu versuchen, diese Debatten ein wenig mit Inhalten und Realismus zu füllen, also die Rolle des Abklingbeckens zu spielen.

Zum inhaltlichen Aspekt

Die Debatte über Klassismus hat zuerst einmal ein typisches und allgemeineres Grundproblem, das kein inhaltliches ist – zum Inhaltlichen später. Das allgemeinere Grundproblem ist, dass prinzipiell berechtigte Gesellschaftskritik schnell grenzdebil wird durch ihre Fokussierung auf die Genoss_innen. So wird beispielsweise der Antira/Antifa im Antifaschistischen Infoblatt #102 S. 36ff Klassismus mit der Begründung attestiert, sie würde »am fragwürdigen Bild des dummen ›Nazi-Prolls‹ kräftig mitzeichnen«. Dies sei u.a. belegt durch veröffentlichte Bilder von Nazis, die dieser Kategorie entsprechen. Dass es zweifellos Nazi-Prolls gibt, dass diese durchaus auch bei Aufmärschen und Pogromen zu sehen sind und damit natürlich auch auf Bildern, macht den Vorwurf zur Forderung eines Abbildungsverbots. Durch sekundenlanges Nachdenken hätte sich vielleicht die Erkenntnis eingestellt, dass Neonazis, die sich als solche in der Öffentlichkeit präsentieren, in der Regel solchen Nazi-Proll-Kriterien entsprechen, seien es Burschenschaftler oder NPD-Anhänger_innen, ob nun ökonomisch

unter-, mittel- oder oberschichtszugehörig. Noch abstruser ist die Spekulation darüber, dass das Foto Harald Ewerts zur Symbolfigur des deutschen Rassismus aus ›klassistischen‹ Gründen avancierte. Wer mit dem Namen nichts anfangen kann, es ist das Bild vom Pogrom in Rostock 1992, auf dem der ›nette‹ Herr Ewert im Trikot der deutschen Fußballnationalmannschaft die Hand zum Hitlergruß hebt. Der Vorwurf des Klassismus bei diesem Bild setzt Blindheit oder Ignoranz des schön gezeichneten Flecks an eindeutiger Stelle im oberen Teil der Hose voraus. In dieser Dekoration abgelichtet hätten auch der Papst, Alfred E. Neumann oder Max Mustermann die attraktive Perspektive einer medialen Karriere der besonderen Art erhalten – unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit. Bei diesem Gebrabbel wird völlig unter den Tisch gekehrt, dass es wenige andere Teile des linken Spektrums gibt, die neben der Antira/Antifa seit Jahrzehnten konsequent das Hauptproblem in der Mitte der Gesellschaft verorten und dies auch permanent und offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen versuchen. So ist dieser Text ein schönes Beispiel mit Lehrbuchcharakter für Tunnelblick und Konstruktion. Hier wird demonstriert, wie mit vorgefasster Meinung ein persönlich neuentdeckter Ismus unbedingt angewendet werden muss – natürlich auf die eigenen politischen Genoss_innen. Denn wie heißt's so schön bei F.W. Bernstein: Die schärfsten Kritiker der Elche / waren früher selber welche.

Das Ende naht, also noch ein, zwei Bemerkungen zum Inhaltlichen der Klassismusdebatte: Dass elitäres Klassenbewusstsein und Unterschichtsbashing eine unleugbare Tatsache sind – geschenkt. Leider ist das Thema der Klassismusdebatte keineswegs die Aufhebung der Ursachen, also der Klassenverhältnisse, das wäre ja Kommunismus. Lauthals wird lediglich eine doch bitteschön nettere und höflichere Behandlung durch die oberen Schichten eingeklagt. Das ist ähnlich zielführend, wie es die Diversity-Projekte für den Antirassismus sind, nämlich gar nicht.

Verständlich ist das deprimierte Gejammer über die Entdeckung, dass auch innerhalb des linken Biotops keine Insel der Seeligen besteht. Nein auch hier zeigt sich wirklich und ganz real die Klassenstruktur. Ganz real schlägt sich die entsprechende, damit verbundene Sozialisation ihrer Individuen nieder. Da sind doch diese Figuren, welche sich irgendwie links sehen, tatsächlich Kinder von irgendwelchen Eltern und in einem herkunftsspezifischen Milieu mit entsprechendem Kanon an Werten und Verhaltensweisen sozialisiert worden. Erschütternd! Schon wieder platzt der Traum des idealen Menschen! Bei sich selbst mögen da gerne Abstriche gemacht werden, aber den anderen muss ihre mangelnde Perfektion unerbittlich konstatiert werden – wo kämen wir sonst hin! Der Verdacht, vorrangig von Borniertheit getrieben zu sein, liegt hier nahe. Selbstverständlich bleibt jedoch der Anspruch an jede_n Linke_n gestellt, durch voranschreitendes Handeln ständig die Defizite zu verringern – auch die persönlichen.

Ja und dann noch das!

Die heilige Kuh namens Kultur: Da wird doch in unserer Gesellschaft tatsächlich ganz klassenarrogant über kulturelle Prägungen gelästert, die mangelnde Kenntnis alter Meister und großer Opern in Verbindung zum Genuss niederer Vergnügungen gebracht usw. Wie viel Naivität und Ignoranz waren schon immer notwendig, Kultur als außergesellschaftlich anzusehen? Wozu sollte es wohl dienlich sein, einen aufwendigen Wertekatalog zu kreieren, der ein hohes Maß an Anpassungsleistung erfordert? Wer da jetzt ganz irritiert ist, sollte einmal einen Blick in gedruckte, erklärende Worte riskieren. Beispielsweise avanciert bei Bourdieu Kultur zum entscheidenden Medium zur Reproduktion von Klassenstrukturen. Und wer hier noch ein paar Illusionen über die hehre Motivation der Kulturproduzent_innen pflegt, sollte sich zumindest der Erkenntnis des Herrn Beuys über seine Berufsgruppe nicht gänzlich verschließen, der trocken feststellte: »Denn die Künstler sind zum großen Teil opportunistisch, sie sind Arschlöcher, das muss ich jetzt auch mal sagen. Die Künstler sind die reaktionärste Klasse. Eigentlich gibt es ja keine Klassen mehr, aber die Künstler sind so reaktionär, dass sie schon fast wieder eine neue Klasse bilden.« (Beuys/Jannis Bounellis/Anselm Kiefer/Enzo Cucchi, Ein Gespräch, Zürich 1986, S. 110). Das im Zuge der Klassismusdebatte wiederbelebte 1980er Thema Klasse und Kultur ist wahrlich kein unbeleuchtetes, was nicht bedeutet, sich damit nicht auseinandersetzen zu müssen. Aber so?

Was bleibt?

Die Debatte könnte einen Rückfall in die unseligen Haupt- und Nebenwiderspruchs-diskussionen der 1970er Jahre bedeuten. Es scheint so, dass dazu manche Kenntnis und Erkenntnis in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Zur Vermeidung des Effekts, das Rad ständig neu erfinden zu müssen, wurde von unseren Vorfahren die zum Glück inzwischen recht weit verbreitete Kulturtechnik ›Schreiben‹ eingeführt. Dass das parallel entstandene ›Lesen‹ einen Geheimtipp darstellen würde, kann zwar nicht behauptet werden, aber auf seine Existenz hingewiesen kann offensichtlich nicht oft genug werden.

Zu erwähnen bleibt noch, dass das Wissen, dass Klassenverhältnisse auch den Rassismus überlagern bzw. umgekehrt, beispielsweise keine aktuelle Erkenntnis ist. Schon lange ist es der Antira/Antifa bewusst, dass Rassismus und Antisemitismus eigenständige klassenübergreifende Phänomene sind. Dieses Wissen durch regelmäßige Diskussion zu vertiefen ist notwendig. Ob durch eine Klassismusdebatte dazu beigetragen wird? – Nicht auszuschließen. Dennoch wird hier die Hoffnung geäußert, dass die momentane Klassismus-Debatte aus aktuellem Anlass von einer neuen Antisemitismus-In-Der-Linken-Debatte überrollt wird. ✖

Zur Autorin

✖ *Klassenbewusstsein: Die Autorin des Textes ist in direkter Linie mit Karl dem Großen verwandt und entstammt darüber hinaus nach aktuellem genealogischem Wissen einer kleinen elitären Gruppe von migrantischen Ostafrikaner_innen.*



»Teile und herrsche«

Geflüchtete aus Syrien und den Westbalkanländern im deutschen Grenzregime

Sebastian Muy

Im September 2012 führte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Schnellverfahren für Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien ein: Die Entscheider_innen wurden angewiesen, die Anhörung möglichst noch am Tag der Antragstellung durchzuführen und den Bescheid möglichst innerhalb einer Woche zuzustellen. Genauer gesagt, den Ablehnungsbescheid, denn bei Geflüchteten aus diesen Ländern sei »bei einer Schutzquote von weit unter einem Prozent [...] von einer grundsätzlich aussichtslosen Asylantragstellung«[1] auszugehen, so das BAMF.

Zwar wiesen Pro Asyl[2] und andere Menschenrechtsorganisationen in detaillierten Berichten nach, dass Roma, aber auch Schwule, Lesben und Trans*Personen in diesen Ländern schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, die sich zu asylrelevanten Verfolgungshandlungen verdichten können. Dessen ungeachtet wurden im September 2014 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gesetzlich als »sichere Herkunftsstaaten« definiert. Die Anträge von Asylsuchenden aus diesen Ländern werden in der Regel ohne wirkliche Einzelfallprüfung als »offensichtlich unbegründet« abgefertigt. Nachdem dem schon vorher virulenten, in einen antiziganistischen Diskurs eingebetteten Vorwurf des »Asylmissbrauchs« nun Gesetzesform verliehen wurde, soll, so wollen es die Bundesregierung und verschiedene Landesregierungen, der Abschiebedruck massiv erhöht werden. Entsprechend wurde die Entscheidung der Landesregierung Schleswig-Holstein, unter anderem für die drei kürzlich als »sicher« definierten Herkunftsländer einen Winterabschiebestopp zu verhängen, vom Bundesinnenminister scharf kritisiert. Die Entscheidung, Flüchtlinge nicht bei Minusgraden in die Obdachlosigkeit abzuschieben, stehe »in deutlichem Widerspruch zu allen Bemühungen, bestehende vollziehbare Ausreisepflichten rasch durchzusetzen«, so de Maizière in einem erbosten Brief an seinen schleswig-holsteinischen Kollegen.[3]

Andere Länder, darunter nicht zuletzt das grün-rot regierte Baden-Württemberg, dessen Zustimmung dem Gesetz zur Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten im Bundesrat erst zur Mehrheit verholfen hat, unterstützen die harte Linie des Bundesinnenministeriums. Am 20. Januar wurden 140 Menschen vom Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden nach Serbien und Mazedonien abgeschoben, darunter 57 aus Baden-Württemberg. Die Abschiebung einer in Freiburg lebenden kranken Frau mit sechs ebenfalls kranken Kindern sorgte selbst bei einzelnen Vertreter_innen der für die verschärfte Abschiebepolitik verantwortlichen Regierungsparteien für Empörung.[4]

Asylschnellverfahren wurden im November 2014 auch für syrische und irakische Antragsteller_innen eingeführt – aber am anderen Ende der Anerkennungsskala. Insbesondere bei Angehörigen der christlichen oder yezidischen Minderheiten in den beiden Ländern ging das Bundesamt von einer »offensichtlichen Begründetheit« der Asylanträge aus. Diese Asylsuchenden mussten nicht mehr zur persönlichen Anhörung erscheinen, sondern erhielten einen Fragebogen zum Ankreuzen und bereits nach kurzer Zeit den Anerkennungsbescheid.[5] Aber auch für Syrer_innen, die nicht einer dieser Gruppen angehören, endet das Asylverfahren in aller Regel mit einem Anerkennungsbescheid.

Für den Bundesinnenminister sind diese beiden sehr unterschiedlichen Schnellverfahren »zwei Seiten der gleichen Medaille«, so erklärte er in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 8. Januar 2015: »Wir wollen Bürgerkriegsflüchtlingen wie jenen aus Syrien und dem Irak echten und schnellen Schutz bieten. Damit ganz schnell klar ist, dass sie eine Bleibeperspektive haben. Und wir können und wollen Menschen aus sicheren Drittstaaten wie aus Serbien nur noch bei echter Verfolgung Asyl gewähren. In beiden Fällen wollen wir das Verfahren massiv beschleunigen [...].«

Spaltung und Entrechtung

Das Interview veranschaulicht beispielhaft, wie perfide die Bundesregierung versucht, Flüchtlingsgruppen – ganz nach dem Motto »Teile und herrsche« – gegeneinander auszuspielen. Dem Sichere-Herkunftsstaaten-Gesetz soll schon bald das »Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung« folgen, das unter anderem eine massive Ausweitung von Inhaftierungsgründen und von »Einreise- und Aufenthaltsverboten« für den ganzen Schengen-Raum vorsieht. Die Argumentation,

die Ausreisepflicht müsse vehementer durchgesetzt werden, um so die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft zugunsten der »wirklich schutzbedürftigen« Flüchtlinge aus Syrien nicht überzustrapazieren, gehört zum festen Repertoire von Regierungspolitiker_innen, wenn es darum geht, die Gesetzesverschärfungen zu legitimieren. So begrüßenswert es ist, dass die Schutzbedürftigkeit und das damit verbundene Aufenthaltsrecht syrischer Geflüchteter angesichts des verfahrenen und sich immer weiter brutalisierenden Krieges selbst von konservativen Akteuren nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, muss jeder Versuch, damit die Entrechtungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge aus den Westbalkanländern zu legitimieren, entschieden zurückgewiesen werden.

Der Schutz syrischer und die Abschiebung serbischer, mazedonischer und bosnischer Flüchtlinge sind nicht zwei Seiten der gleichen Medaille. Zwei Seiten der gleichen Medaille des deutschen Grenzregimes ist vielmehr, Roma bei Minusgraden in die Obdachlosigkeit abzuschieben und die legalen Zugangswege für syrische Flüchtlinge immer mehr einzuengen.

Auch in Syrien und in den Flüchtlingslagern in dessen Nachbarländern hatten die Menschen in diesem Januar mit einem besonders harten Wintereinbruch zu kämpfen. Insbesondere die libanesische Bekaahochebene an der Grenze zu Syrien, wo 400.000 syrische Flüchtlinge in notdürftig errichteten Zeltlagern leben, war von der Kältewelle betroffen. Zelte stürzten unter den Schneemassen in sich zusammen, Menschen erfroren. Allein im Libanon, in der Türkei und in Jordanien leben 3,4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien. In den Flüchtlingslagern fehlt es oft am Notwendigsten. Nur vier Prozent der syrischen Flüchtlinge sind nach Europa geflohen.[6] Und Deutschland und die anderen EU-Staaten geben sich Mühe, dass das so bleibt, und schotten sich zunehmend ab.

Seit 2013 hat die Bundesregierung drei »Humanitäre Aufnahmeprogramme« für syrische Flüchtlinge aufgelegt, über die insgesamt 20.000 Menschen in die Bundesrepublik einreisen konnten. Neben dem humanitären Kriterium der besonderen Schutzbedürftigkeit erhielten, vor allem im zweiten und dritten Aufnahmeprogramm, vor allem diejenigen Flüchtlinge eine Zusage, die über Verwandte in Deutschland verfügten, die sich bereit erklärt hatten, sie bei Unterbringung und Lebensunterhalt zu unterstützen. Die Kontingente sind längst ausgeschöpft, auch wenn noch längst nicht alle Flüchtlinge aus dem dritten Aufnahmekontingent eingereist sind.

Die parallel aufgelegten, nicht fest kontingentierten Aufnahmeprogramme der Bundesländer sind nur für Flüchtlinge mit in Deutschland lebenden Verwandte mit hohem Einkommen zugänglich: Eine Aufnahmezusage wird nur erteilt, wenn eine Verpflichtungserklärung abgegeben wird, mit der sich der oder die Verwandte dazu verpflichtet, für Unterbringung, Lebensunterhalt und eventuell bezogene Sozialleistungen aufzukommen. Damit eine in Deutschland lebende Syrerin etwa ihren Bruder nach Deutschland holen kann, verlangt die Berliner Aufnahmeregelung von ihr ein Nettoeinkommen von 2.150 Euro, will sie auch noch ihre Eltern zu sich holen, beträgt das geforderte Nettoeinkommen schon über 4.000 Euro.[7] Es ist nur eine kleine Minderheit, die von dieser Regelung profitieren kann.

Abschottung, Abweisungen, Abschiebungen

Legale Zugangswege nach Europa gibt es für die in oder aus Syrien Geflüchteten kaum. So wagen viele Flüchtlinge den gefährlichen Versuch der irregulären Reise nach Europa. Weltweit sterben nirgends mehr Flüchtlinge als im Mittelmeer. Das europäische Asylrecht ist ein individueller Rechtsanspruch, der außerhalb der europäischen Außengrenzen nichts gilt. Wem es gelingt, über See- oder Landgrenzen in die EU und dann ohne »Dublin-Fall« auf deutsches Staatsgebiet zu gelangen und hier einen Asylantrag zu stellen, erhält schnell die Anerkennung als Flüchtling und ein Aufenthaltsrecht. Und kann dann immerhin Ehepartner_in und minderjährige Kinder zu sich nach Deutschland holen.

In der Praxis wird es aber – trotz Rechtsanspruch nach dem Aufenthaltsgesetz – auch den Ehepartner_innen und minderjährigen Kindern anerkannter Flüchtlinge schwer gemacht, aus dem Kriegsgebiet oder aus den Nachbarländern Syriens zu ihren Verwandten nach Deutschland zu kommen. Denn hierfür müssen sie bei den deutschen Auslandsvertretungen, etwa im Libanon oder der Türkei, einen Termin zur Erteilung eines Einreisevisums ergattern. Die von der Botschaft angegebenen Wege hierfür sind aber in der Praxis häufig versperrt: Telefonnummern sind dauerbesetzt, Online-Termine entweder ausgebucht oder nicht buchbar. So können viele ihr Recht auf Familiennachzug praktisch nur schwer einlösen. Mitunter werden auch Termine vergeben, die sechs Monate in der Zukunft liegen. Angesichts der Situation in Syrien und der Region eine quälend lange Zeit der Unsicherheit. Und aufgrund der extrem restriktiven Regelungen zum Familiennachzug im Aufenthaltsgesetz gilt der Anspruch auf Familiennachzug bei einer volljährigen Geflüchteten nur für deren Ehemann und deren



minderjährige Kinder – volljährige Kinder, Eltern, Geschwister, Großeltern und sonstige enge Bezugspersonen erhalten kein Visum zur Familienzusammenführung.

Aber auch diejenigen syrischen Geflüchteten, die durch einen erfolgreichen Asylantrag, über den Familiennachzug oder als Kontingentflüchtlinge schließlich Aufnahme in Deutschland finden, machen hier oft Erfahrungen, die nicht gerade von einer Willkommenskultur zeugen. Auch die syrischen Flüchtlinge mit einem anerkannten Aufenthaltsrecht sind von dem ausgerufenen »Unterbringungsnotstand« betroffen. So gibt es in Berlin nicht genügend Wohnheimplätze, von verfügbaren Wohnungen ganz zu schweigen. Die neu einreisenden Flüchtlinge müssen daher häufig in oft beengten Wohnverhältnissen bei Verwandten unterkommen, werden in provisorischen Notunterkünften untergebracht oder mit einem Gutschein in der Hand auf die Suche nach einem bezahlbaren Hotel geschickt. Je nach dem welchem Berliner Bezirk neu einreisende Flüchtlinge zugewiesen werden, was vom Zufall ihres Geburtsmonats abhängt, sind sie einem niedrigeren oder höheren Risiko ausgesetzt, dass das Jobcenter ihren Antrag auf Leistungen, Kostenübernahme für einen Wohnheimplatz und Krankenversicherungsschutz rechtswidrig ablehnt mit der falschen Begründung, sie seien mit ihrem Einreisevisum nicht leistungsberechtigt. Trotz formalrechtlichem Anspruch werden Betroffene mitunter von Amt zu Amt geschickt, grundlegende Bedürfnisse bleiben über Wochen ungedeckt. Dies gilt umso mehr für diejenigen, die ohne Kenntnis über Beratungs- und Anlaufstellen nach Berlin kommen und nicht über unterstützende soziale Netzwerke in der Stadt verfügen.

Und auch wenn Deutschland nicht nach Syrien abschiebt, bleiben syrische Flüchtlinge nicht von Abschiebungen verschont: Wer über ein anderes europäisches Land nach Deutschland eingereist ist und dort etwa seine Fingerabdrücke hinterlassen musste, gilt als »Dublin-Fall« und soll – gemäß der Dublin III-Verordnung – in das entsprechende Land zurückgeschoben werden. Abschiebungen nach Griechenland sind schon seit 2011 untersagt, angesichts der menschenrechtswidrigen Lebensumstände für Geflüchtete stoppen Gerichte immer öfter auch Abschiebungen in andere europäische Länder, z.B. nach Italien oder Ungarn. Dennoch werden weiterhin nach der Dublin-Verordnung Menschen hin und her geschoben, und der Abschiebedruck durch das Dublin-System belastet syrische Geflüchtete ebenso wie andere. Im Januar 2015 wandte sich das Berliner »Aktionsbündnis gegen Dublin«, in dem sich Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, Usbekistan und anderen Ländern zusammengeschlossen haben, mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit, in dem sie von der Bundesregierung ein Ende aller Dublin-Abschiebungen und die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des Asyllandes fordern.[8]

So sehr der hegemoniale Diskurs derzeit eine dichotome Aufspaltung suggeriert, nach der sich die Schutzbedürftigkeit und die anerkannten Rechte syrischer Flüchtlinge auf der einen Seite die vermeintliche Nicht-Schutzbedürftigkeit und die Ausschließung von Westbalkanflüchtlingen gegenüberstehen: Entrechtung lässt sich in der Praxis auch nicht auf die zweite Gruppe reduzieren. Der Entrechtungseffekt des Grenzregimes trifft mitunter auch jene, deren Schutzbedürftigkeit diskursiv, politisch und rechtlich anerkannt ist. Antirassistische und flüchtlingssolidarische Initiativen sollten daher die Aufspaltung weder in die eine noch in die andere Richtung reproduzieren. Der zunehmenden Illegalisierung und Abwehr von Flüchtlingen aus den Westbalkanländern muss aktiv entgegengetreten werden. Die Antwort auf die »Teile und herrsche«-Strategie der Bundesregierung sollte in einer solidarischen Begleitung und konkreten Unterstützung von Geflüchteten aller Statusgruppen, z.B. bei Ämtergängen und bei der Wohnungssuche, liegen, und in der Zusammenführung der Kämpfe gegen die vielfältigen Zumutungen des europäischen, des deutschen und der lokalen Grenzregime, unter denen sowohl serbische, mazedonische und bosnische als auch syrische Geflüchtete tagtäglich zu leiden haben. ✖

Fußnote

1 *BAMF, Entscheiderbrief 9/2012, S. 1.*

2 *Pro Asyl, Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina: Zur faktischen und rechtlichen Bewertung des Gesetzgebungsvorhabens der Großen Koalition zur Einstufung von Westbalkanstaaten als »sichere Herkunftsstaaten«, April 2014.*

3 *http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/demaizierestudt100.pdf.*

4 *Vgl. welt.de vom 22.01.2015, »Abschiebung von Roma-Familie empört Abgeordnete«, http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article 136632128/Abschiebung-von-Roma-Familie-empoert-Abgeordnete.html.*

5 *Vgl. Migazin vom 12.11.2014, »Jesiden und Christen sollen schneller aufgenommen werden«, http://www.migazin.de/2014/11/12/beschleunigtes-asyl-syrer-iraker-jesiden/.*

6 *Vgl. Pro Asyl, »Eiseskälte und Grenzschließungen: Syriens Nachbarländer stehen vor dem Kollaps«, 13.01.2015.*

7 *Vgl. Aufnahmeregelung des Landes Berlin für syrische Flüchtlinge mit Familienangehörigen in Berlin, http://www.berlin.de/labo/auslaender/dienststelle/aufnahme-syrische-fluechtlinge.php.*

8 *http://www.bbzberlin.de/aktuelles/aktuelles/25-offener-brief.html.*



Man könnte Böswilligkeit unterstellen

Die Verantwortung der Verwaltungen bei der Unterbringung von Geflüchteten

ZAG

Die Zahlen von Geflüchteten, die in der BRD Schutz suchen, steigen wieder. Die Verwaltungen müssen für ihre Unterbringung sorgen, während Nazis und Fremdenfeinde mit sogenannten Bürgerinitiativen gegen MigrantInnen Stimmung machen. Dabei unterläuft den Verantwortlichen in der Verwaltung häufig mehr als ein Missgeschick in der Kommunikation mit den BürgerInnen.

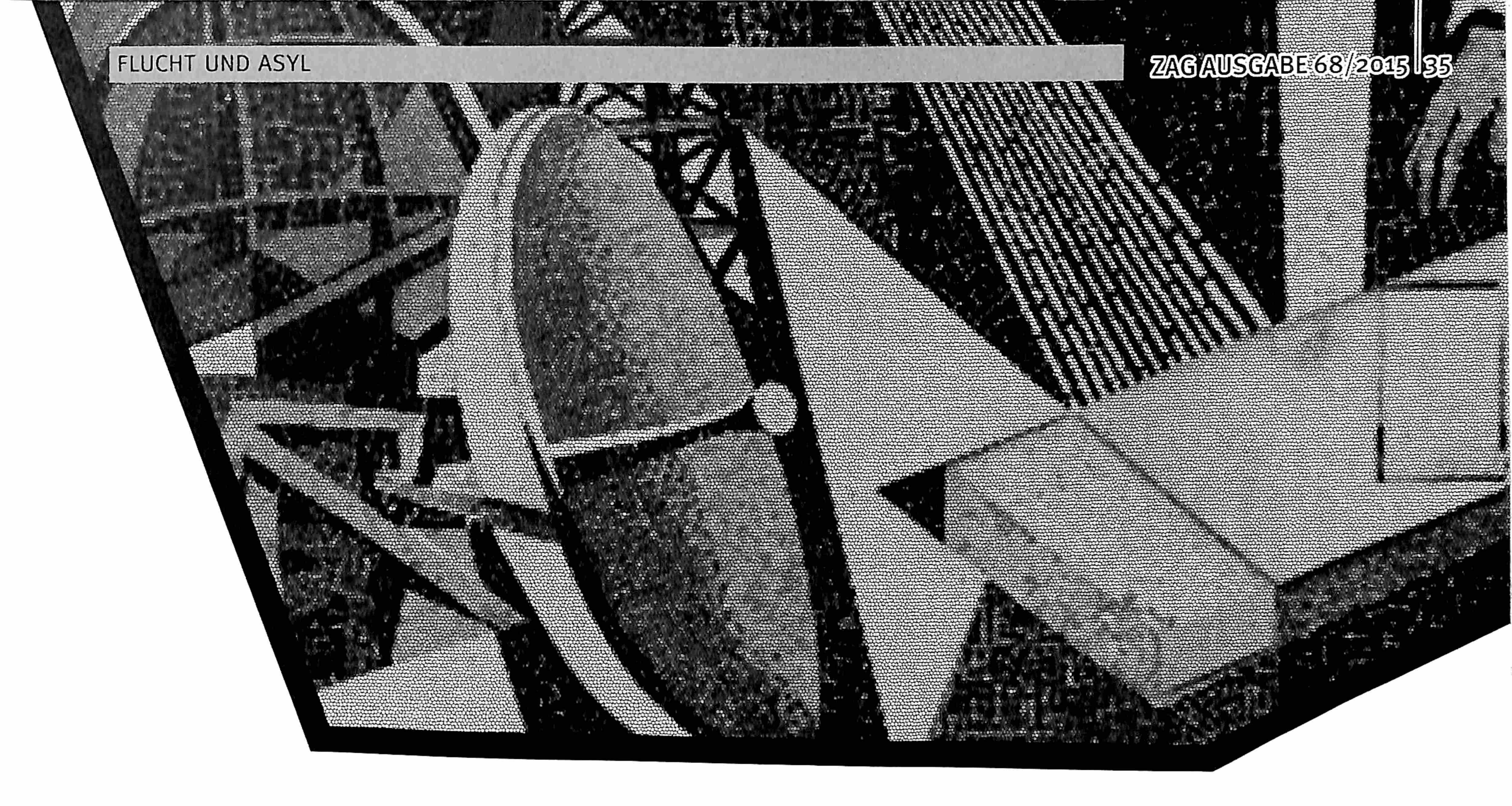
Im Berliner Allende-Viertel, im Südosten der Stadt gelegen, wurde 2013 in einem ehemaligen Altenheim, eine Gemeinschaftsunterkunft mit 300 Plätzen eingerichtet. AnwohnerInnen starteten eine Willkommensinitiative. Proteste gegen die Einrichtung blieben aus. Sicher ein Erfolg der engagierten NachbarInnen, die die Not der Geflüchteten lindern wollen. Doch wurde ein Jahr später überraschend von Seiten der zuständigen Senatsverwaltung und ihrer nachgeordneten Behörde, der LaGeSo, ohne die Einbeziehung der Bezirksämter, die Errichtung eines Containerdorfs mit einer Kapazität von 400 Plätzen 500 Meter entfernt von der ersten Gemeinschaftsunterkunft bekanntgegeben. Eins unter sechs Containerdörfern, die nun an verschiedenen Standorten zur Aufnahme von insgesamt 2.400 Menschen im Land Berlin eingerichtet werden.
Die Bekanntgabe überraschte nicht nur die Mitglieder der Willkommensinitiative, sondern auch die BezirkspolitikerInnen. Die Planungen der LaGeSo verliefen anscheinend ohne Absprache mit den politisch Verantwortlichen im Bezirk. Die ungenügende Informationspolitik der für die Errichtung verantwortlichen Landesverwaltung ist Wasser auf den Mühlen der Gegner des Sammellagers. So zitiert Info-Radio einen der Gegner des Wohnheims, Ingolf Pabst, mit den Worten: »Mich stört, dass die Leute nicht gefragt werden, dass selbst das Bezirksamt überrumpelt wurde, und wir nur aus den Medien erfahren haben, dass hier ein Containerdorf hin soll. Wir haben nicht grundsätzlich was gegen Flüchtlinge, wohl aber gegen den Standort [...].«

Sankt Florian kommt zu seinem Recht

Hier sind alle Argumente versammelt, die sich auch andernorts wiederfinden lassen: (1) Dass die Gegner keine RassistInnen seien (2), dass ohne Mitsprache der Bevölkerung entschieden würde, (3) dies viel zu übereilt geschehe und vollendete Tatsachen geschaffen würden, sowie (4) die Frage: Weshalb hier in meiner Nachbarschaft? Die Informationspolitik der Verwaltung ist aber auch ein Problem für die Willkommensinis: Zu Recht beschwerte sich die Bürgerinitiative »Welcome refugees!« im Allende-Viertel darüber, dass die Verwaltung nicht zuvor über ihre Entscheidung mit den Leuten vor Ort gesprochen hat. Sie sehen dadurch das von ihr Erreichte gefährdet. In einem offen Brief an die Verantwortlichen[1] wird gemutmaßt, ob das Vorgehen der LaGeSo und des Sozialsenators absichtsvoll war, um das Engagement zu sabotieren und mediale Aufmerksamkeit zu erreichen.
Selbst der Bürgermeister des Bezirks Treptow-Köpenick, Oliver Igel (SPD), beklagt sich über die mangelnde Mitsprache bei den Standorten für Containerdörfer. Der Sozialsenator Mario Czaja (CDU) hätte die Bezirke früher in seine Pläne zur Unterbringung von Flüchtlingen einbeziehen müssen, so rbb.[2] Dies kann man nachvollziehen, da nun der Bezirk für die Kapazitäten in Schulen, Kindergärten u.a. sorgen muss.

Das Problem heißt Sammellager

Neben den rassistischen, fremdenfeindlichen Protesten und der mangelhaften Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft der Verwaltung ist die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften selbst ein Problem. Die sechs neu geplanten Containerdörfer sind mit ihrer Kapazität von über 400 Plätzen viel zu groß. Derart viele Menschen auf engem Raum, die sich Sanitäreinrichtungen,



Küche und Waschmaschinen teilen müssen, bedeuten Konflikte und sozialen Stress sowie Isolation und Stigmatisierung. Nach Wendel sind Großunterkünfte »integrationsfeindlich und produzieren Folgeprobleme, mit denen die Kommunen nicht umgehen können.«[3] Selbst der neugegründete »Beirat für Zusammenhalt«, der vom Sozialsenator im Zusammenhang mit der Debatte zur Unterbringung von Geflüchteten gegründet wurde, hat dies erkannt. In seiner ersten Stellungnahme hat er daher kleinere Gemeinschaftsunterkünfte gefordert, die auch trotz höherer Kosten eingerichtet werden sollten.

Zudem besteht die Gefahr, dass die Notunterkünfte auf Dauer genutzt werden. Die Haltbarkeitsdauer der Containerdörfer wird mit ungefähr zehn Jahren angesetzt und die Betreibergenehmigungen sind auf zunächst zwei Jahre befristet. Wie lange aber die Wohneinheiten tatsächlich genutzt werden sollen, darüber wird keine Angabe gemacht. Doch solange der Wohnungsmarkt angespannt ist, hohe Mieten und die Konkurrenz um knappen, günstigen Wohnraum gefördert werden, solange werden auch Geflüchtete Schwierigkeiten bei der Wohnraumsuche haben. Daher ist die Frage der Unterbringung auch eine Frage der Mietenkämpfe und wohnungspolitischen Auseinandersetzungen.[4]

Letztlich verweisen all diese Notmaßnahmen und die Unbeholfenheit der Verwaltungen auf ein fehlendes Konzept nicht für die Unterbringung allein, sondern darüber hinaus für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen, die Einhaltung sozialer Mindeststandards, für Deutschkurse, Schutz vor Diskriminierung und Arbeitsmöglichkeiten.

Der Zwang des besseren Gesetzes

Die Aufgabe von Verwaltungen ist die Ausführung und Kontrolle von Anforderungen, die sich aus Gesetzen und politischen Vorgaben ergeben. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen zu beachten oder für Transparenz und Mitsprache zu sorgen. Das Verwaltungshandeln hängt zum Teil von den politischen Vorstellungen und der Durchsetzungskraft der verantwortlichen PolitikerInnen ab.

Die Zuständigkeiten für die Errichtung von Sammellagern für Geflüchtete in den anderen Bundesländern unterscheiden sich von Land zu Land.[5] Manchmal sind die Länder, ein anderes Mal die Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Diese verschiedenen politischen Ebenen gilt es unter Druck zu setzen bzw. Bündnisse zu schmieden, einerseits in Form von Unterstützungs- und Willkommensinitiativen vor Ort,[6] andererseits mit der Forderung nach Abschaffung von Sammellagern und Gemeinschaftsunterkünften als Regelunterbringung.

Fußnoten

1 *http://www.eaurich.de/Welcome/offener_brief_allende_viertel.pdf*
2 *http://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/berlin/bezirksbuergermeister-igel-treptow-koepenick-kritik-czaja-containerdoerfer.html*
3 *Wendel, Kay (2014): »Wendel: Flüchtlingsheime sind 'integrationsfeindlich'«, Interview von Anja Fähnle vom 01.10.2014, http://www.dw.de/wendel-fl%C3%BCchtlingsheime-sind-integrationsfeindlich/a-17966215 (zugegriffen am 16.1.2015).*
4 *S. a. ZAG 66 »Wohnst du schon oder kämpfst du noch für dich allein?« vom Bd. gg. Lager.*
5 *Näheres dazu findet sich in der Broschüre »Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich« von PRO ASYL und Kay Wendel http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_01.pdf*
6 *Wie dies im Rahmen von Willkommensinitiativen aussehen könnte, zeigt ansatzweise die Broschüre »Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten«, hrsg. von Pro Asyl und Amadeu Antonio Stiftung; www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_willkommen.pdf*

Das Problem heißt Rassismus

Hogesa, Pegida und die deutsche Linke

Ismail Küpeli

Seit über drei Monaten finden in Deutschland rechte Aufmärsche, vermeintlich gegen »Salafisten« (Hogesa) oder gegen die »Islamisierung Deutschlands« (Pegida) statt. Die deutsche Linke hatte (abgesehen von einzelnen Antifagruppen) die Entstehung dieser Bewegungen weitgehend verpasst und war schockiert. Inzwischen scheint zumindest dieses Problem erkannt zu sein und die rechten Kader und AktivistInnen wurden stärker unter die Lupe genommen. In Westdeutschland konnten die rechten Mobilisierungen mancherorts etwas eingedämmt werden, so dass die sich offen als Nazis bekennenden weitgehend unter sich bleiben und die rechten »Wutbürger« die Hogesa und Pegida-Aufmärsche hier eher meiden. In Dresden und einigen anderen Städten kann dagegen von Eindämmung überhaupt nicht die Rede sein. Auf einer diskursiven Ebene muss ohnehin leider bereits jetzt konstatiert werden, dass die rechten Aufmärsche die öffentliche Debatte deutlich nach rechts geschoben haben. Bis in Teilen der Linkspartei wird dafür plädiert, die »Ängste und Sorgen der Bevölkerung« (also der Pegida-Mitläufer) ernst zu nehmen – was nichts anderes bedeutet, als auf die rassistischen Forderungen der rechten Akteur_innen einzugehen. Das Gegennarrativ, dass gerade Hogesa und Pegida bei einem Teil der Bevölkerung (z.B. MuslimInnen und denjenigen, die von außen als solche angesehen werden) große Ängste und Sorgen auslösen, konnte sich in der öffentlichen Debatte nicht durchsetzen.

Charlie Hebdo

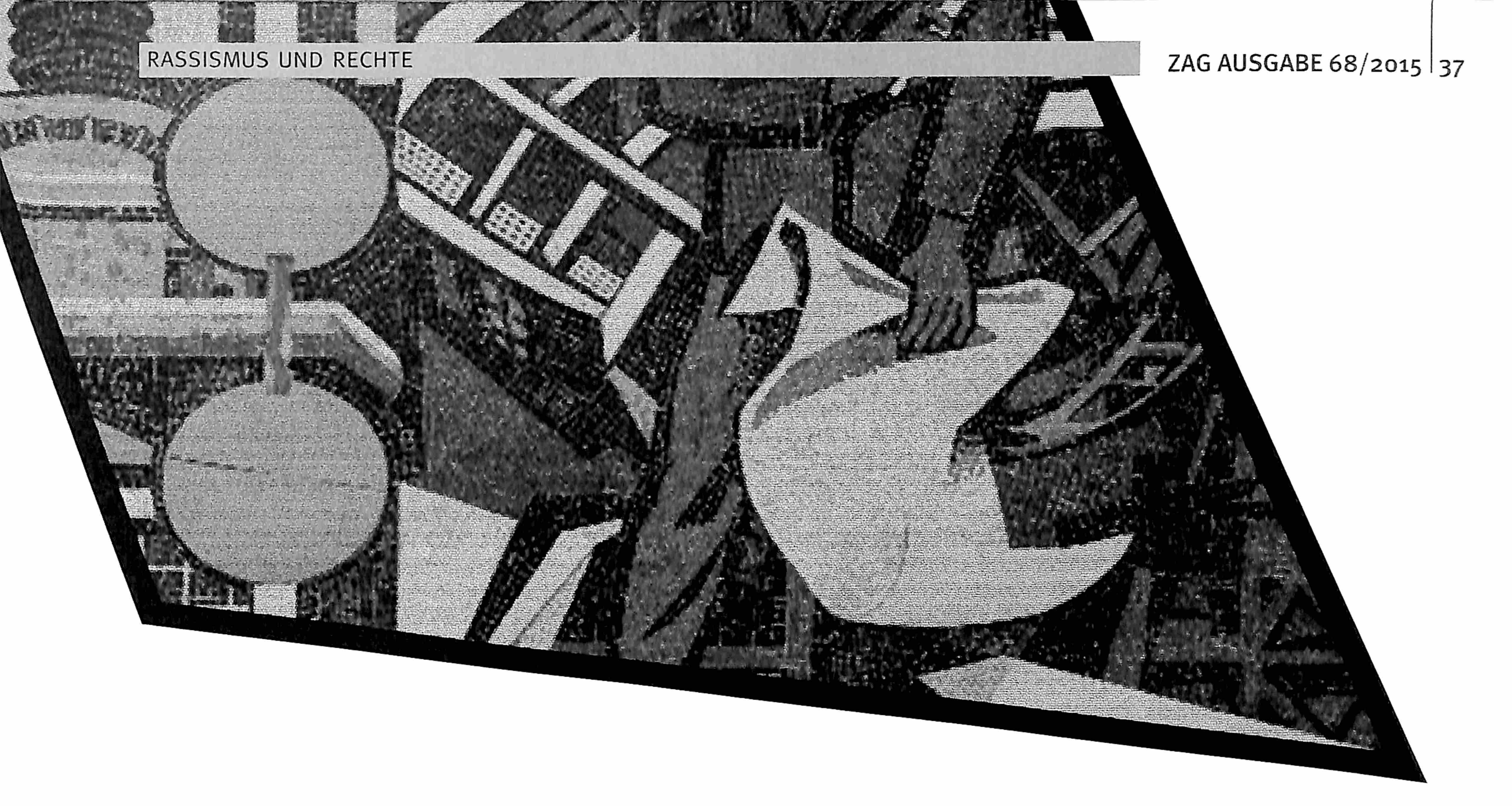
Während es bis jetzt möglich war, sich über die offiziellen Motive der rechten Akteur_innen lustig zu machen (wie etwa über die Angst vor der »Islamisierung« Dresdens), scheint mit dem Charlie Hebdo-Attentat die Zeit für Witze vorbei zu sein. In seltener Eintracht wird nach Meinungsfreiheit gerufen, die so verstanden wird, dass rassistische Bilder nicht kritisiert werden dürfen. Die Forderungen von Politiker_innen nach repressiven Verschärfungen bleiben weitgehend unwidersprochen. In diesem öffentlichen Klima trauen sich Rechtspopulist_innen einen Schritt weiter zu gehen – selbst die absurde Forderung nach »moslemfreien Fluglinien« wurde bereits aufgestellt. Die Linke hat noch keine Antwort auf die Debatten nach dem Charlie Hebdo-Attentat. Aus der berechtigten Emotion, die Tat selbst und die Täter_innen eindeutig zu verurteilen, wird gefordert, dass – zumindest vorläufig – nicht mehr über den antimuslimischen Rassismus gesprochen werden soll. Dies ist aber fatal, da bei den politischen Konsequenzen, die aus dem Attentat gezogen werden, Rassismus eine zentrale Rolle spielt und spielen wird.

Rassismus in Deutschland, Feindschaft gegen Muslime

Es erscheint absurd, 2015 immer noch betonen zu müssen, dass antimuslimischer Rassismus in Deutschland quer durch alle Bevölkerungsschichten und quer durch politische Selbstzuschreibungen wie links, liberal, rechts oder konservativ anzutreffen ist und dass in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung für rassistische Äußerungen, die sich gegen MuslimInnen richten, existiert. Als habe in den letzten zehn Jahren keine Debatte stattgefunden, als seien nicht durch zig Studien konkrete Formen und Ausprägungen von antimuslimischem Rassismus analysiert worden.

Es erscheint auch mühselig – aber leider nach wie vor notwendig –, in Erinnerung zu rufen, dass in Deutschland zahlreiche rechte Aufmärsche gegen Moscheen stattfinden, dass Anschläge gegen Moscheen eher eine Randnotiz in der Lokalpresse sind, dass über »Vorfälle« wie etwa das Aufstellen von Schweineköpfen an muslimischen Einrichtungen kaum noch berichtet wird.

Die Ignoranz gegenüber dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in Deutschland und die Ausblendung der eigenen rassistischen Vorurteile scheinen mir der Schlüssel zu sein, um zweierlei erklären zu können: erstens, warum sich so wenige für die Gegenproteste zur HoGeSa-Demo mobilisieren ließen. Zweitens, warum manche sogar eine Haltung entwickelten, die bisweilen darauf hin-



auslief, dass es gar nicht so schlimm sei, wenn sich Rechte (Hooligans) mit anderen Rechten (Salafisten) prügeln.

Wer hat das Rederecht?

Was lässt sich dagegen tun, dass die Analyse des antimuslimischen Rassismus wenig wahrgenommen wird und rassistische Angriffe unbeachtet bleiben? Ein erster notwendiger Schritt scheint zu sein, die antirassistisch interessierten Teile der Linken über dessen Ausmaß und Bedeutung zu informieren – auch wenn dies eine sehr mühselige und undankbare Arbeit ist. Das zentrale Problem für diejenigen, die diese Arbeit machen, ist der ständige Kampf gegen Relativierungen, gegen »derailing« von Debatten, gegen das Gegenrechnen (wenn etwa die Taten des Islamischen Staates als Rechtfertigung für »berechtigten« Unmut gegenüber Muslimen aufgeführt werden) und das ständige Ansetzen bei den einfachsten Grundsätzen: Nein, Bürgerrechte gelten auch für konservative und reaktionäre MuslimInnen. Nein, wenn christliche Kirchen in Deutschland anerkannt und unterstützt werden, kann man dies den islamischen Verbänden nicht vorenthalten. Nein, wenn der Islamische Staat in Syrien Menschen hinrichten lässt, ist dies kein Grund, vor hiesigen Moscheen zu demonstrieren.

Wenn erst solche Fragen beantwortet werden müssen, bevor die eigentliche inhaltliche Arbeit beginnen kann, wird die Debatte um antimuslimischen Rassismus in Deutschland nicht vorankommen. Hier tragen diejenigen, die sich als AntirassistInnen verstehen, eine Mitverantwortung dafür, dass der Raum für die inhaltliche Arbeit geschützt wird – indem etwa Wortmeldungen, die die Existenz von antimuslimischem Rassismus in Deutschland bestreiten oder relativieren, deutlich zurückgewiesen werden.

Wesentlich schwieriger als die Information über den gesamtgesellschaftlich verbreiteten antimuslimischen Rassismus ist die Reflexion und Selbstkritik innerhalb der deutschen Linken darüber, inwiefern dieser auch innerhalb der eigenen Szene anzutreffen ist und wo mögliche offene Flanken und blinde Flecken liegen. Zentrale Probleme sind hierbei allerdings gar nicht spezifisch für antimuslimischen Rassismus, sondern betreffen das generelle Verhältnis zwischen der biodeutschen Linken und den Anderen (unabhängig von der konkreten Benennung, ob »AusländerIn«, »MigrantIn« oder »nichtdeutsch«), insbesondere das Verhältnis zur »nichtdeutschen« Linken.

Nach wie vor wähnt sich die biodeutsche Linke in einer Position, aus der heraus sie die gesellschaftlichen Verhältnisse beobachten und die richtigen politischen Organisationsformen und Forderungen aufstellen kann. Der Satz »Wir brauchen euren Mut, wie ihr unsere Klugheit braucht«, gerichtet von deutschen Autonomen an die türkisch-kurdische Antifasist Gençlik, ist über 20 Jahre alt – die Haltung dahinter ist jedoch leider nicht gänzlich verschwunden. Der Anspruch auf politische Führungskraft und die Haltung, die »Nichtdeutschen« als bloßes Mobilisierungspotenzial anzusehen, ist immer noch oft anzutreffen.

Erst wenn dieses Verhältnis bewusst gemacht und zurückgewiesen wird, kann eine nachhaltige Auseinandersetzung mit antimuslimischem Rassismus innerhalb der deutschen Linken beginnen. Bis dahin wird es kaum zu vermeiden sein, dass beim nächsten rechten Aufmarsch gegen Moscheen, beim nächsten Sarrazin-Buch, beim nächsten antimuslimischen Medienhype wieder darüber diskutiert wird, ob und wie sich die deutsche Linke dazu verhalten wird – nur um nach kurzer Zeit die Debatte wieder ad acta zu legen. ✖

Infos zum Autor

✖ *Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler, Aktivist und Autor. Er beschäftigt sich mit der autoritären Entwicklung in der Türkei unter der AKP-Regierung und der Politik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerung.*

Angriffe und Hetze gegen Flüchtlinge

Eine Chronik für die BRD des Jahres 2014

ZAG

ProAsyl und die Amadeu Antonio Stiftung haben ihre Chronik zu Angriffen auf Flüchtlinge vorgestellt. Die Chronik listet die verschiedenen Vorfälle auf, die Tatbestände und die Quelle der Information. Eine gute Hilfe zur Dokumentation des rassistischen Alltags in Deutschland.

Nicht überraschend nahmen die Fälle im Jahr 2014 wieder zu. Nach Angaben der Bundesregierung von Juni 2014 wurden im Jahr 2011 18, 2012 24 und 2013 59 Straftaten gemeldet. 2014 zählt die Chronik der Stiftung 153 Angriffe auf Unterkünfte, darunter 35 Brandanschläge und 118 Sachbeschädigungen. Daneben listet sie 77 tätliche Übergriffe bzw. Körperverletzung von Flüchtlingen. Die meisten dieser rassistisch motivierten Körperverletzungen wurden in Sachsen lokalisiert, dagegen die meisten Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Nordrhein-Westfalen.

Die offiziellen Statistiken und Chroniken weisen in der Regel unterschiedliche Zahlen auf. Öffentliche Statistiken haben einen besonderen Verwendungszweck und werden aus gesetzlichen Gründen erhoben. Interessant wird es daher, wenn einmal mehr die Zahlen von der Bundesregierung zu diesem Tatspektrum abgefragt werden. Dann fällt auf, welche Blindstellen in den offiziellen Zahlen versteckt sind.

So zählt die Chronik der Stiftung auch die 256 flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen und Demos in 2014 auf. Im Gegensatz zu den Zahlen der Bundesregierung enthält diese Zahl auch kleinere Kundgebungen mit weniger als 20 Teilnehmenden. Im Wissen um die rassistische Mobilisierung durch Pegida und ihrer Ableger ist nicht nur die Anzahl der Demos, sondern auch die ihrer Teilnehmer_innen erschreckend. ⌘

Mehr Infos

- *https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03*
- *http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/klima_der_angst_rassistischer_gewalt_und_hetze_gegen_fluechtlinge_in_2014/*

Grafik

- *https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/videos/infografik-1-4-quartal_3.pdf*

Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge 2014

Rassistische Gewalt und Hetze gegenüber Flüchtlingen sind in Deutschland alltäglich



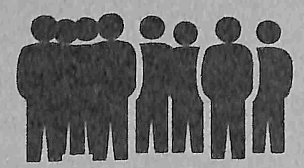
77 Übergriffe auf Flüchtlinge



35 Brandanschläge auf Unterkünfte



118 Sachbeschädigungen an Unterkünften



256 Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen

Statistisch gesehen ...

... finden jede Woche drei Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt

... werden jeden Monat mehr als sechs tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge verübt

Quelle: »Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt« abrufbar auf mut-gegen-rechte-gewalt.de

GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

PRO ASYL



Auf Kosten von Menschenleben

Frontex-Operation Triton statt Seenotrettung

AIB

Die Seenotrettungsoperation Mare Nostrum wurde Ende 2014 eingestellt. Anstatt endlich eine europäische Seenotrettung zu lancieren, setzt die EU auf Frontex – diejenige europäische Agentur, die für den »Schutz« der Außengrenzen zuständig ist, nicht für den Schutz oder die Rettung von Menschenleben. Selbst Frontex wird nicht müde zu betonen: Der zentrale Fokus von Frontex-Operationen ist Grenzkontrolle, keine Seenotrettung.

Heuchlerisches Gedenken: Jahrestag der Katastrophe vor Lampedusa

Zum Jahrestag der Schiffskatastrophe vor Lampedusa, bei der am 3. Oktober 2013 über 360 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen waren, stand der Beschluss bereits fest. Mare Nostrum, die militärisch-humanitäre Rettungsoperation Italiens, wird noch 2014 auslaufen. Der Grund dafür: Die europäischen Regierungen weigerten sich strikt, die Kosten für eine Europäisierung der Operation zu übernehmen. Zwar reiste der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, persönlich nach Lampedusa, um der Toten von damals zu gedenken. Möglicherweise erinnerte er sich dort auch an seine Worte vom Vorjahr, als er vor den aufgebahrten Särgen seine Betroffenheit bekundete: Lampedusa müsse ein Wendepunkt für die europäische Flüchtlingspolitik sein. Eine Wende, die nicht eintrat. Die Pressekonferenz zum Jahrestag auf Lampedusa wurde daher von Protesten von Menschenrechtsaktivist_innen und lokalen Gruppierungen begleitet. Die Nachricht in Richtung EU war deutlich: Der Opfer von damals zu gedenken, während weitere Todesfälle stillschweigend hingenommen werden, ist nicht nur heuchlerisch, sondern schlicht ein Skandal. Die weit über 3.000 Todesfälle im zentralen Mittelmeer allein im Jahr 2014 haben in der EU zu keinem Umdenken geführt.

Keine Solidarität: Nein zur Europäisierung von Mare Nostrum

Durch die italienische Operation Mare Nostrum konnten seit Oktober 2013 bereits über 150.000 Menschen im zentralen Mittelmeer gerettet werden. Trotz der Rettungseinsätze sind gleichzeitig allein in den Sommermonaten weit über 2.500 Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen. Mare Nostrum verfolgte außerdem das Ziel, Schlepper festzunehmen, Wissen über Migrations- und Fluchtrouten zu akkumulieren und Boote sicherzustellen und hatte damit von Beginn an keinen ausschließlich humanitären Fokus. Am 8. Juli 2014 hatten die EU-Innenminister das Anliegen der italienischen Regierung ein für alle Mal ausgeschlagen. Ein deutliches und zynisches Signal: Rund 9 Millionen Euro pro Monat waren den europäischen Regierungen zu viel, um Zehntausende Menschenleben zu retten. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière meinte sogar, Mare Nostrum habe sich als »Brücke nach Europa« herausgestellt, das könne »nicht auf Dauer so sein«. Die Operation ermutige Migrant_innen und Flüchtlinge geradezu, die Überfahrt zu wagen, so der Vorwurf. Der Druck aus Rom verhallte in Brüssel jedoch nicht vollkommen: Ende August sicherte die damalige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström ihrem italienischen Kollegen zu, dass eine Frontex-Operation eingesetzt werden solle. Arbeitstitel »Frontex Plus«.
Die Ablösung von Mare Nostrum durch eine Frontex-Operation ließ Schlimmes befürchten: Statt mehr Seenotrettung wird ein starker Fokus auf Grenzkontrolle und Abwehr gesetzt. Frontex selbst räumte bei jeder Gelegenheit ein, dass ein »Ersetzen« von Mare Nostrum durch die Agentur aus verschiedensten Gründen nicht möglich sein würde: Die Finanzierung der Operation Triton – wie sie nun in bekannter Frontex-Tradition heißt, nach der

Operationen die Namen von griechischen Gottheiten tragen – liegt deutlich unter den für die italienische Operation ausgegebenen Mitteln. Nach Angaben von Frontex belaufen sich die Kosten auf rund 2,8 Millionen Euro monatlich. Damit stehen deutlich weniger Ressourcen an Personal und Material zur Verfügung. Am 1. November 2014 startete der neue Einsatz der Agentur mit einem technischen Arsenal von zwei Flugzeugen, einem Helikopter und sieben Schiffen (zwei davon hochseetauglich). Auch die deutsche Regierung beteiligt sich an der Operation mit Bundespolizist_innen und Equipment.
Zusätzlich wurde das Einsatzgebiet massiv verkleinert. Während Mare Nostrum bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, die knapp 160 Seemeilen von Lampedusa entfernt sind, deckt Triton nur die leicht angepassten Einsatzgebiete der vorherigen Operationen Hermes und Aeneas nahe der italienischen Küste ab. Die Patrouillen reichen damit nur noch bis rund 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa. Klar ist: Die Verkleinerung der Operation wird dramatische Konsequenzen haben: Noch mehr Tote sind die absehbare Folge.

Frontex: Fokus auf Grenzkontrollen – kein Mandat zur Seenotrettung

Doch abgesehen von geringeren zur Verfügung stehenden Ressourcen und der drastischen Verkleinerung des Einsatzgebietes, entspricht Seenotrettung keineswegs dem Mandat von Frontex. Frontex-Interimsdirektor Gil Arias bestätigte bereits bei seiner Präsentation der neuen Operation vor dem Europaparlament am 4. September: »Weder die Mission, noch die Ressourcen erlauben ein Ersetzen«. Es bestehe ein »fundamentaler Unterschied« zwischen Triton und Mare Nostrum. Während letztere eine »Such- und Rettungsoperation« sei, fokussiere Triton auf »Grenzkontrollen«. In Interviews und Anfragen bestätigten Frontex-Beamte dies wiederholt. Einschätzungen, die keinen Zweifel daran lassen, dass mit der Joint Operation Triton die Todeszahlen weiter steigen werden.
Obwohl auch die Grenzagentur in den vergangenen Jahren ihre Verlautbarungen vermehrt mit humanitären Argumenten unterlegt hat, ist sie in diesem Punkt klar: Das Mandat von Frontex besteht im sogenannten »integrierten Grenzmanagement«, Such- und Rettungsoperationen sind hingegen nicht Teil ihres Repertoires – Rettung kann höchstens in Einzelfällen Nebeneffekt von Grenzkontrollpatrouillen sein. Wie bei anderen Vorstößen auf EU-Ebene – beispielsweise dem Grenzüberwachungssystem Eurosur – wiederholt die EU stumpf den scheinheiligen Trugschluss: Mehr Kontrolle rette mehr Menschenleben. Was sich jedoch stets gezeigt hat: Je engmaschiger das Überwachungsnetz, je massiver die Kontrollen, desto gefährlicher und tödlicher die Flucht- und Migrationsrouten.

Leben retten – Wege öffnen!

Frontex ist keine Seenotrettungsagentur. Nur eine zivile europäische Seenotrettung kann akut zur Rettung von Menschenleben beitragen. An dieser Forderung gilt es weiter festzuhalten, auch wenn alle Signale aus Brüssel in eine andere Richtung weisen. Begleitend zu einer umfangreichen Seenotrettungsoperation ist ein innereuropäischer Solidarmechanismus notwendig. Flüchtlinge, die zum Beispiel in Italien, Malta oder Griechenland ankommen, müssen die Möglichkeit erhalten, in andere EU-Mitgliedstaaten legal weiterzureisen. Insbesondere in Fällen, in denen Familienbindungen oder Community-Netzwerke in bestimmten Ländern bestehen.
Für die Tausende von Schutzsuchenden und Migrant_innen, die vor den Toren Europas ums Leben kommen, trägt Europa Verantwortung. Statt Rettungsoperationen als »eine Art Beihilfe für die Vermögen von Menschenhändlern« und »Brücke nach Europa« zu diffamieren, muss diese Verantwortung endlich wahrgenommen werden. Aktivist_innen haben nun über das transnationale Netzwerk »Watch the Med« eine Notrufnummer für Bootsflüchtlinge in Seenot veröffentlicht, um bei verweigerter oder verzögerter Seenotrettung zu intervenieren. Was Initiativen wie diese, Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen auf beiden Seiten des Mittelmeeres fordern, muss endlich zu einem tatsächlichen Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik führen: Öffnet gefahrenfreie Wege nach Europa! Denn das Sterben an den EU-Außengrenzen kann letztlich nur durch die Öffnung legaler Wege für Schutzsuchende beendet werden. Mit der Frontex-Operation Triton geht Europa einen Schritt weiter in die entgegengesetzte Richtung und hält einmal mehr an ihrer Strategie der Abwehr fest – auf Kosten von Menschenleben. ✖

Info zum Text

✖ *Der Text erschien im AIB #105, 4.2014. Siehe auch www.antifainfoblatt.de*





Die Jagd auf Sans Papiers

Mos Maiorum – rassistische Polizeikontrollen als EU-Standard

Christian Jakob

Dienstag, 14. Oktober, 14.20 Uhr, Hauptbahnhof München, Gleis 13. Zehn Polizisten_innen kontrollieren »Männer mit schwarzen Haaren«, die dem Eurocity aus Verona entsteigen. Oder zwei Stunden zuvor, im französischen Grenoble. Beamt_innen der als besonders rassistisch verschrienen Polizeieinheit CRS – die französische nationale Bereitschaftspolizei, greifen 20 migrantisch aussehende Personen auf und bringen sie in Handschellen zur Überprüfung aufs Revier. Ähnlich einen Tag später: Bundespolizist_innen patrouillieren im Bahnhof Hamburg-Harburg in S-Bahnen und in Intercities Richtung Ruhrgebiet.

Hunderte solcher Beobachtungen aus der ganzen EU haben Aktivist_innen auf einer interaktiven Online-Karte zusammengetragen. Was dort zu lesen ist, ist Alltag in Europa. Und trotzdem sorgten diese Berichte bei Antirassismusaktivist_innen und in den Medien für Aufregung. Die Polizeiaktionen galten als Teil der Operation »Mos Maiorum«. Der seltsame Name bedeutet übersetzt soviel wie »Die Sitten der Vorfahren«. Gemeint sind Ordnungsvorschriften aus dem römischen Reich, das sich offenbar nach Auffassung der italienischen Regierung wohltuend vom deregulierten Freizügigkeitschaos der Schengen-Ära unterschied.

Im Juli, kurz nach Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft, regte die italienische Regierung das Projekt an. Ihr Ziel: Die »Schwächung organisierter Schlepperbanden« und das Sammeln von Informationen über Migrationsbewegungen. Ähnliche Operationen hatte es in der Vergangenheit mehrfach gegeben. Die letzte namens »Archimedes« liegt erst wenige Monate zurück.

Jedes Land, das jeweils für sechs Monate den Vorsitz der EU-Staaten führt, organisiert Vergleichbares wie derzeit Italien. Nie jedoch löste eine der Aktionen vergleichbare Erregung aus. Wochenlang kursierten teilweise panikerregende Reisewarnungen für Migrant_innen im Netz. Sie erwecken den irrigen Eindruck, es geschehe etwas ganz und gar Außergewöhnliches. Medien berichteten von der »Jagd auf Sans Papiers«, das *Magazin* empörte sich, die Freizügigkeit werde »zur Makulatur«.

Dabei weiß jede und jeder, der schon einmal im Zug oder Auto die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich oder Österreich überquert hat: Der viel gerühmte Wegfall der Kontrollen im Schengen-Raum gilt nur eingeschränkt. An Flughäfen, Autobahnraststätten, in Zügen, an Bahnhöfen, auf Fähren oder überhaupt in der Nähe von Grenzen: Wer schwarz ist oder anders aussieht und von den Beamt_innen als Geflüchtete_r eingestuft wird, muss mit Kontrollen rechnen. Was von den Innenministern gern als Ausnahme hingestellt wird, ist Standard.

Es kursiert eine Zahl von 18.000 Beamt_innen, die an Mos Maiorum beteiligt sein sollen. Viel wäre das nicht: Die Bundespolizei allein hat 40.000 Beamt_innen, die italienische Guardia di Finanza 61.000. Frontex-Chef Ilka Laitiinen hat die Zahl der europäischen Grenzschützer insgesamt einmal mit 400.000 angegeben. Sie alle tun rund ums Jahr nichts anderes, als während Mos Maiorum: Sie versuchen, ohne Visum reisende Migrant_innen aufzuspüren, festzunehmen, zurückzuschieben und ihre Bewegungen nachzuvollziehen. Das Risiko, ohne Papiere bei einer Reise durch Europa aufgegriffen und in Haft genommen zu werden, dürfte deshalb nur wenig höher gewesen sein als sonst auch. Der einzige Unterschied: Die italienische Regierung hat die beteiligten Polizeieinheiten gebeten, ihre gesammelten Daten in rote (Außengrenzen) und blaue (Binnenland) Excel-Tabellen einzutragen und jeden Tag um 11 Uhr an eine bestimmte Dienststelle des italienischen Innenministeriums zu mailen.

Geplant war, dass das italienische Innenministerium dem »Strategischen Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen« der EU bei seiner nächsten Sitzung am 13. Dezember Bericht erstattet. Die Bundespolizei erklärte, es würden im Zusammenhang mit der Operation »keine personenbezogenen Daten« nach

Italien gelangen. Weitergegeben würden anonymisierte Daten zu Staatsangehörigkeit, Reiseroute, Alter, Geschlecht oder ein möglicher Zusammenhang zu einer Schleuserorganisation.
Wer der Polizei ohne Aufenthaltserlaubnis ins Netz geht, wird nach der Befragung freilich nicht einfach laufengelassen, sondern muss mit Abschiebehaft rechnen. Karl Kopp von Pro Asyl sagt, die Maßnahme, »passe ins Bild eines repressiven Europa. Die ausgelaugten und häufig traumatisierten Menschen geraten auf ihrer Flucht dann auch noch in die Fänge der Polizei.«
Die Details bekannt gemacht hatte die Organisation *Statewatch*. Dessen Direktor Tony Bunyan kritisiert, dass Polizeiaktionen wie Mos Maiorum ohne parlamentarische Kontrolle ablaufen. »Der Rat hat versucht, die Öffentlichkeit aus der Sache rauszuhalten. Die Pläne wurden als hoch geheim eingestuft. «Italien müsse Auskunft darüber geben, wie viele Menschen wie lange und wo festgehalten werden; wie viele nicht wieder freigelassen werden und was mit ihnen passiert."
Mos Maiorum war eine Propaganda-Aktion der italienischen Regierung, ähnlich den »Blitzmarathons«, mit denen die deutsche Polizei Rasern nachstellt. Sie wurde beschlossen, nachdem die Flüchtlingszahlen im Mittelmeer in diesem Sommer stark angestiegen waren. Damals wurde Italien vorgeworfen, die Geflüchteten stillschweigend nach Norden durchzulassen, statt sie in Italien zu behalten – wie es das EU-Recht verlangt. Mit Mos Maiorum dürfte Italien versucht haben, seine Treue zum europäischen Asylsystem zu belegen. Die virale Mobilisierung gegen die Aktion kritisierte den Fahndungsdruck auf Kriegsflüchtlinge und das Racial Profiling völlig zurecht. Aber sie krankt an der emotionalen Erregungsneigung vieler Aktivist_innen. Deshalb zeichnete sie Mos Maiorum größer als es war – und besorgte damit auch das Propagandageschäft Roms.
Einen substantielleren Dämpfer als durch die Mos Maiorum-Aufregung bekam die Praxis rassistischer Polizeikontrollen am 7. November 2014. Da hat das Verwaltungsgericht Koblenz die verdachtsunabhängige Kontrolle eines deutschen Ehepaars schwarzer Hautfarbe in einem Regionalzug auf dessen Klage hin für unzulässig erklärt. Die beiden waren in dem vollbesetzten Regionalzug die einzigen Fahrgäste, die kontrolliert wurden. Es habe für die Kontrolle keinen sachlichen Anlass gegeben, so das Gericht. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls ließ das Gericht aber eine Berufung zu.
Bei solchen Kontrollen beruft sich die Polizei auf den § 22 des Bundespolizeigesetzes. Das erlaubt ihnen, zur »Verhinderung illegaler Einreise ohne Vorliegen einer Gefahr« selbst entscheiden zu können, wen sie kontrollieren. Das Gericht argumentierte, dass die Polizei grundsätzlich das Recht habe, Kontrollen vorzunehmen. Dies setze aber die auf Erfahrung oder eine Lagebeurteilung gestützte Annahme voraus, dass ein Zug für solche Einreisen genutzt werde. Im vorliegenden Fall sei dies jedoch unmöglich, weil der Regionalzug, der zwischen Mainz und Köln unterwegs war, gar keine Grenze oder auch Flug- oder Seehäfen passiert oder erreicht habe.
Die Bundespolizei hatte argumentiert, bei der Strecke handele es sich um eine bekannte Schleuserroute. Auch habe das klagende Ehepaar kein Recht, eine Begründung für die Kontrolle zu erhalten. Dem widersprach das Gericht ausdrücklich.
Die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt begrüßte das Urteil als »richtungsweisend«. Auch der Göttinger Anwalt Sven Adam, der das Ehepaar vertreten hatte, maß ihm entscheidende Bedeutung zu: »Wenn sich die Auffassung der Koblenzer Richter durchsetzt, bedeutet dies die faktische Abschaffung der Kontrollen anhand der Hautfarbe zumindest in den meisten deutschen Zügen und Bahnanlagen«, sagte Adam. Er gehe jedoch davon aus, dass die Bundespolizei »wegen der grundsätzlichen Bedeutung« gegen das Urteil Berufung einlegen werde.
Damit wird sich das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz ein weiteres Mal mit den diskriminierenden Kontrollen der Bundespolizei beschäftigen müssen. Erst im Oktober 2012 hatte das Gericht mit einer Entscheidung europaweit für Aufsehen gesorgt, nach der die Kontrolle eines Studenten einzig wegen seiner »Hautfarbe« für nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar erklärt worden ist. ✖

› Info zum Text

✖ *Der Text erschien im AIB #105, 4.2014. Siehe auch www.antifainfoblatt.de*



Kein Platz für Roma

Migration, Rassismus und Antiziganismus in Portugal

Ismail Küpeli

Rassismus äußert sich in Portugal nicht nur gegenüber MigrantInnen, sondern wesentlich stärker gegenüber den ca. 40.000 - 50.000 Roma, die eine »einheimische« ethnische Minderheit bilden. Dies unterscheidet Portugal von Deutschland, wo der Rassismus sich zentral gegen die MigrantInnen richtet – und nicht gegen »einheimische« Minderheiten wie etwa Sorben.

Die portugiesische Gesellschaft ist stark geprägt durch zwei Migrationsbewegungen: a) Die Auswanderung von PortugiesInnen nach Nordeuropa (insbesondere Frankreich) und b) die Einwanderung von prekarisierten ArbeiterInnen, nicht zuletzt aus den (ehemaligen) Kolonien.
Die massive Auswanderung von PortugiesInnen ist kein neues Phänomen. Bereits unter der Salazar-Diktatur verließen viele Menschen das Land aufgrund von Armut oder politischer Verfolgung. In den 1970er Jahren lebten über eine Million PortugiesInnen im Ausland und die Bevölkerung in Portugal sank von 9,7 Millionen (1960) auf 8,5 Millionen (1970). Die Rücküberweisungen der emigrierten portugiesischen ArbeiterInnen waren bis weit in die 1980er Jahre eine wichtige finanzielle Devisenquelle für Portugal. Noch 1989 lag der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt bei über 8%. Die Zahl der PortugiesInnen im Ausland beträgt inzwischen über 5,5 Millionen[1], was bei einer Bevölkerung von zehn Millionen, die noch in Portugal leben, die immense Auswanderung deutlich macht. Unmittelbar nach der Nelkenrevolution 1974 wanderten viele Günstlinge und UnterstützerInnen der Diktatur ins Ausland, neben einigen wohlhabenderen PortugiesInnen, die ihr Vermögen sichern wollten. In den 1970er und 1980er Jahren ging die Arbeitsmigration nach Nordeuropa etwas zurück. Portugal entwickelte sich in den 1990er Jahren zu einer Art migrationspolitischer Zwischenstation, bzw. zur einer »Semiperipherie im globalen Migrationssystem«[2]. Während einerseits portugiesische ArbeiterInnen nach Nordeuropa gingen, um dort prekäre und schlecht bezahlte Jobs zu machen, kamen MigrantInnen nach Portugal, um hier prekäre und schlecht schlecht bezahlter Arbeit nachzugehen. Ab Mitte der 1990er Jahre lag die Zahl der EinwanderInnen in Portugal höher als die Zahl der PortugiesInnen, die ins Ausland auswanderten. In der gegenwärtigen Krise hat die Arbeitsmigration von PortugiesInnen deutlich zugenommen. Zielländer sind, neben den reicheren europäischen Ländern, auch die ehemaligen Kolonien. Erwähnenswert ist etwa Angola, welches mit seiner wachsenden Erdölindustrie inzwischen viele gut ausgebildete portugiesische ArbeiterInnen beschäftigt.
Durch die massive Auswanderung der PortugiesInnen und die massenhafte Einberufung von jungen Männern für die portugiesischen Kolonialkriege entstand in den 1960er Jahren in Portugal ein Mangel an Arbeitskräften. Die portugiesische Regierung antwortete hierauf mit der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den Kolonien. Diese portugiesischsprachigen EinwanderInnen aus Ländern Afrikas stellten bis Ende der 1990er Jahre die Mehrheit der MigrantInnen.[3] Sie haben, ebenso wie die EinwanderInnen aus Brasilien, in Portugal auf der rechtlichen Ebene gegenüber den anderen MigrantInnen einen bevorzugten Status. Sie können leichter eine Aufenthaltserlaubnis erhalten und bekommen schneller und unkomplizierter die portugiesische Staatsbürgerschaft.[4] Es gibt aufgrund der religiösen und sprachlichen Übereinstimmung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und dieser Gruppe der MigrantInnen wenige Debatten bezüglich der staatlichen Sprach- und Religionspolitik.
Die anerkannten MigrantInnen erhalten in Portugal eine Arbeitserlaubnis und alle ArbeiterInnen, seien es portugiesische oder ausländische, sind rechtlich gleichgestellt. Einige zehntausend »illegale« MigrantInnen wurden 1992, 1996 und 2001 legalisiert, dabei handelt es sich hauptsächlich um Menschen aus der Ukraine, Moldawien, Rumänien und Russland. Inzwischen leben ca. 500.000 MigrantInnen in Portugal, die damit etwa 5% der Gesamtbevölkerung bilden.

Rassismus gegen MigrantInnen und Roma

Allerdings unterscheiden sich die soziale Anerkennung und die ökonomische Position der MigrantInnen deutlich in ihrem rechtlichen Status. Die üblichen rassistischen und sexistischen Klischees finden sich auch in Portugal wieder: Die Bilder von »faulen Schwarzen«, »sexy Brasilianerinnen« und »diebischen Zigeunern« finden sich sowohl im Alltag als auch in den Massenmedien wieder. Insbesondere Schwarze und Roma sind häufig Opfer von verbalen rassistischen Angriffen. Viele MigrantInnen haben eher prekäre Jobs, werden oft unterbezahlt und sind wesentlich mehr von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen als die Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft. ArbeitgeberInnen nutzen die ökonomische Verwundbarkeit der MigrantInnen, insbesondere von OsteuropäerInnen, um schlecht angesehene und körperlich anstrengende Arbeiten für geringe Löhne verrichten zu lassen.
Verglichen mit Deutschland fällt die geringe Anzahl von rassistischen Gewaltakten auf.[5] Allerdings sind die vorhandenen Daten sehr lückenhaft und sozialwissenschaftliche Untersuchungen rassistischer Gewalt existieren kaum. In einer der wenigen empirischen Untersuchungen wurden für den Zeitraum zwischen 2000 und 2002 neun Fälle von rassistischer Gewalt erfasst, die in sieben der Fälle von PolizistInnen begangen wurden.[6] Es gibt auch mindestens zwei Fälle, in denen junge Migranten bei Polizeikontrollen erschossen wurden: 2003 ein 26-jähriger Kapverdianer und 2009 ein 14-jähriger Bewohner eines Lissaboner Slums. Die Polizei behauptet, dass die Opfer die PolizistInnen angegriffen hätten, die dann in Notwehr geschossen hätten. In beiden Fällen wurden

die PolizistInnen freigesprochen. Eine weitere Tätergruppe sind vereinzelte FaschistInnen – eine größere militante faschistische Bewegung existiert nicht.Die Roma sind in Portugal sozial und ökonomisch marginalisiert. Die rassistischen Diskriminierungen beginnen in den Schulen, wo portugiesische Eltern verhindern möchten, dass ihre Kinder und Roma-Kinder zusammen unterrichtet werden. Dies ging in der Vergangenheit z.T. soweit, dass an den Schultoren Schilder mit der Aufschrift »Kein Zugang für Zigeuner« aufgestellt wurden.[7] Die Schulverwaltungen sind oft nicht gewillt oder nicht interessiert, gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. In einem Fall fragte die Polizei in den Schulen, ob bei ihnen Roma unterrichtet würden und ob der Schulverwaltung kriminelle Handlungen dieser Schüler bekannt seien. Diese Anfrage der Polizei wurde Ende 2012 bekannt, nachdem ein Schulleiter in Almada, einer Kleinstadt südlich von Lissabon, sich weigerte, diese rassistischen Fragen zu beantworten und sich beim Bildungsministerium darüber beschwerte. Dies löste eine öffentliche Debatte aus.

Bei der Frage nach menschenwürdigem Leben geht die rassistische Diskriminierung weiter. Viele Roma wohnen in Blechhütten in den Slums ohne Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität, weil sie auf dem »normalen« Immobilienmarkt keinen Wohnraum erhalten. Es gibt zwar staatliche Projekte, um halbwegs akzeptable Wohnverhältnisse[8] möglich zu machen, die aber oft zu wütenden Protesten derjenigen führen, die keine Roma in »ihrer« Nachbarschaft wünschen. In einigen wenigen Fällen eskalierte dieser Protest. Es kam zur Bildung von rassistischen Bürgerwehren, die Jagd auf Roma machten, wie etwa 1997 in der nordportugiesischen Ortschaft Francelos. Eine selbsternannte Miliz beschuldigte die Roma in Francelos des Drogenhandels und organisierte Angriffe auf vermeintliche Dealer und demonstrierte gegen die Roma. Später wurden einige Mitglieder der Miliz wegen Körperverletzungen und Entführungen zu fünf Jahren Haft verurteilt. In weniger beachteten Fällen sind die lokalen Behörden oft nicht gewillt, die Roma vor solchen rassistischen Angriffen zu schützen. In manchen Fällen geht die Vertreibung der Roma aus ihren Siedlungen sogar auf die Initiative der lokalen Behörden zurück, wie etwa in der südportugiesischen Stadt Faro 2003. Daneben führt die Polizei unbegründete und gewalttätige Razzien in Roma-Siedlungen durch. Dabei kommt es auch zu Misshandlungen durch PolizistInnen. Doch müssen diese keine Konsequenzen befürchten: Bisher ist kein Fall bekannt, in dem ein Polizist oder eine Polizistin für rassistische Gewalt bestraft wurde.

Die ökonomische Marginalisierung der Roma hat viele Konsequenzen. Viele müssen auf die informelle Ökonomie ausweichen und etwa als »fliegende Händler« auf Jahrmärkten arbeiten, weil sie keine Jobs auf dem regulären Arbeitsmarkt erhalten. Die Polizei und die örtlichen staatlichen Behörden gehen gegen diese Händler mit unverhältnismäßiger Härte vor und versuchen, sie zu vertreiben. Nicht nur als ArbeiterInnen, sondern auch als KundInnen erfahren Roma Benachteiligungen – sei es, dass sie keinen Eintritt in Geschäfte erhalten[9] oder Banken ihnen keine Kredite geben.

Bisher stehen die antirassistischen NGOs wie etwa »SOS Racismo« und die selbstorganisierten Roma-Gruppen recht allein im Kampf gegen diese vielfältigen Formen des Rassismus. Positiv erwähnenswert ist lediglich, dass es in Portugal bisher keine relevante politische Kraft gibt, die öffentlich antiziganistisch auftritt – anders als in einigen anderen europäischen Ländern. ✖

Zum Autor

✖ *Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler und Aktivist, u.a. in der Bundeskoordination Internationalismus. Er lebt derzeit in Portugal und begleitet die sozialen Bewegungen vor Ort solidarisch und kritisch und berichtet regelmäßig über die Folgen der Wirtschaftskrise und die Proteste gegen die neoliberale Krisenpolitik. Mehr Infos zum Autor auf www.ismail-kupeli.eu.*

Quellen

✖ *Bruno Dias u.a. (2002): Migrants, Minorities and Employment in Portugal: Exclusion, Discrimination and Anti-discrimination. European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), Wien.*

✖ *European Commission against Racism and Intolerance (2007): Third Report on Portugal. Council of Europe, Straßburg.*

✖ *Pedro Góis, José Carlos Marques (2010): Portugal – eine Semiperipherie im globalen Migrationssystem. In: Teresa Pinheiro (Hg.): Portugiesische Migrationen – Geschichte, Repräsentation und Erinnerungskulturen. VS Verlag, Wiesbaden. 37-53.*

✖ *Tiago Santos u.a. (2009): Research Survey on Migrants' Experiences of Racism and Xenophobia in Portugal. Númena, Porto Salvo.*

Fußnoten

1 *Vgl. Santos u.a. 2009: 15.*

2 *Góis/Marques 2010: 37.*

3 *Seit Ende der 1990er Jahre gibt es verstärkt eine Arbeitsmigration aus Osteuropa, insbesondere etwa aus der Ukraine. So stieg der Anteil der UkrainerInnen an der Gesamtzahl der AusländerInnen in Portugal von 0,4% (2001) auf 20,8% (2004).*

4 *Die bevorzuge Behandlung der portugiesischsprachigen MigrantInnen setzt sich auch dort fort, wo formaljuristisch eine Gleichbehandlung vorgeschrieben ist. Während etwa 99% der Anträge auf Legalisierung von »illegalen« portugiesischsprachigen MigrantInnen erfolgreich waren, wurden 10% bis 43% der Anträge von nicht-portugiesischsprachigen MigrantInnen abgelehnt (vgl. Góis/Marques 2010: 45).*

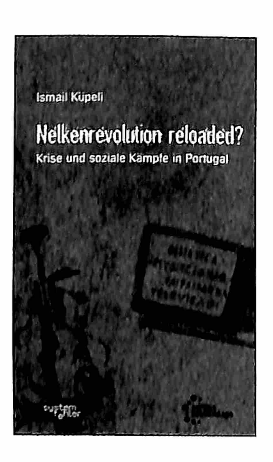
5 *Gewaltakte meinen hier den Einsatz von massiver physischer Gewalt, mit direkten Folgen wie etwa Körperverletzung. Strukturelle oder psychische Gewalt ist explizit ausgenommen.*

6 *Vgl. Dias/Seabra 2003: 36.*

7 *So etwa 2003 in der Ortschaft Teivas (vgl. ECRI 2007: 30).*

8 *Hier geht es um Selbstverständlichkeiten wie Zugang zu Wasser & Elektrizität.*

9 *Der letzte bekannte Fall ereignete sich im Dezember 2012, als ein Bankmanager einen Kunden vom Sicherheitsdienst aus der Bankfiliale werfen ließ, weil er davon ausgegangen war, dass der Kunde Roma sei.*



Zum Text

✖ *Der Beitrag ist ein Auszug aus der Publikation »Nelkenrevolution reloaded: Krise und soziale Kämpfe in Portugal«, erschienen in Edition Assemblage, 2013. 96 Seiten, 9,80 Euro. ISBN 978-3-942885-27-0*



Harte Nüsse

Das Zentralorgan nimmt nach seiner XIII. Sitzung Stellung

ZAG

Da wird die ZAG 66 in der *Konkret* November 2014 erwähnt, was uns freut, uns jedoch auch gleich zum Widerspruch herausfordert. Wir dachten schon, die ZAG würde nicht gelesen, doch eine kritische Erwähnung im Artikel »Der Kern der Sache« von Justin Monday ist uns Anlass für eine Replik – und eine ernsthafte Diskussion.

Zum Anfang eine Richtigstellung: Es ehrt uns, als Organ der autonomen antirassistischen Szene betrachtet zu werden, aber wir sind viel weniger als ihr Zentralorgan. Wir sind nur eine Publikation unter vielen. Es gibt bekanntere wie AIB, Phase 2, Arranca, AK, Lotta, Hinterland und und und. Tatsächlich ist die ZAG heute die einzige Zeitschrift, die dezidiert als antirassistische Zeitschrift firmiert, nachdem einige andere verdiente Publikationen wie Off Limits oder Morgengrauen eingestellt wurden. Das macht die ZAG sicher besonders.

Im Gegensatz zur üblichen Redaktionsarbeit halten wir einen offenen und pluralen Ansatz für wichtig. Die veröffentlichten Texte sollen das breite Spektrum des Antirassismus darstellen. Selbst in unserer kleinen Redaktionsgruppe gehen die politischen und theoretischen Ansichten weit auseinander. Ein Nenner ist allerdings die Überzeugung, dass Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Wir müssen nicht der Meinung der Autor_innen sein, um sie zu veröffentlichen. Die Beurteilung der Texte überlassen wir den Lesenden. Justin Monday hingegen fehlten unser Widerspruch und Klarstellungen durch die Redaktion zu den veröffentlichten Texten in der ZAG. Aber: Es wäre nicht nur ungewöhnlich, sondern: Wir müssen es nicht machen.

Von Schalentieren und Hülsenfrüchten

Nun kritisiert der Artikel »Der Kern der Sache«, dass innerhalb der Linken die Fähigkeit schwinde, Rassismus zu erkennen. So würde im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten verschwiegen, dass diese im Unterschied zu Obdachlosen und Hartz-IV EmpängerInnen, rassistisch ausgegrenzt seien. Der auch für die Geflüchteten verwendete Begriff der »sozial Schwachen« würde diesen Unterschied verdecken.

»Mit Vorstellungen wie dieser verschließt die Linke die Augen vor dem Staatsvolk, das sich auf seine rassistische Differenz etwas einbildet und aus ihr Anspruch auf Stütze und Identität bezieht. Auch letzteres darf in antirassistischen Zeitungen offenbar nicht mehr geschrieben werden, weswegen das R-Wort auch hier lieber gemieden wird.«

Ebenso weise die Rede von diffusen Ängsten gegenüber Fremden in diese Richtung, da sie Rassismus auf Rechtsextreme reduziere und so die rassistische Bevölkerung entlaste. Im Gegensatz hierzu sei klarzustellen, dass Rassismus zu ihrer Subjektkonstitution beitrage. Als dritte vergessene These des »autonomen Antirassismus« wird genannt, dass Fluchtgründe keine Rolle spielen sollten, da in einer rassistisch hierarchisierten Welt die Gründe miteinander untrennbar verschränkt wären, man demnach nicht nach guten oder schlechten, wirtschaftlichen oder politischen Fluchtgründen unterscheiden könnte. Dies würde aber durch die aktuellen politischen Mobilisierungen der bzw. für die Geflüchteten nicht mehr beachtet und stattdessen versucht, die Rechte der Geflüchteten politisch anschlussfähig zu legitimieren.

Monday sieht in dem von ihm festgestellten »Rollback auch des Antirassismus« das Bedürfnis, linke Politik »auf die Analyse und die Beteiligung an Interessenkämpfen zu reduzieren und grundlegende Mechanismen der Herrschaft zu ignorieren.« Denn die »Quintessenz der autonom antirassistischen Debatten war die Einsicht, dass Rassismus einer eigenen Dynamik folgt, die der Bildung von Identität dient.« Rassismus ist nach Monday eine Formen, in denen Herrschaft ausgeübt wird. Der Kern des Rassismus ist die Identitätsbildung und deshalb soll der Kern des Antirassismus' Identitätspolitik sein.

Die Kritik an den Texten ist nachvollziehbar, die Behauptung eines politischen Rollbacks allerdings nicht. Denn mag man auch den damaligen autonomen Antirassismus als Avantgarde betrachten, so war die bundesdeutsche Gesellschaft davon kaum beeindruckt.

Doppler Effekt

In seinem Text »Die doppelte Natur des Rassismus« geht es Monday darum, Rassismus als eigenständiges Herrschaftsverhältnis zu behaupten. Das Problem sei nun, dass die antirassistische Rassismustheorie wie auch der Rassismus durch zwei Aspekte geprägt seien, die in der Regel nicht reflektiert würden. Die Rassismusbegriffe würden zwischen verschiedene Relationen oszillieren, von Selbstbild und Fremdbild über Geist und Natur hin zu exkludierender und inkludierender Wirkung des Rassismus. Je nach Perspektive kommen unterschiedliche Definitionen zustande. »Die antirassistische Rassismustheorie behilft sich gegen diese Widersprüche entweder mit der Ansicht, dass es eben nicht den Rassismus, sondern Rassismen gebe, oder aber mit einer leeren,

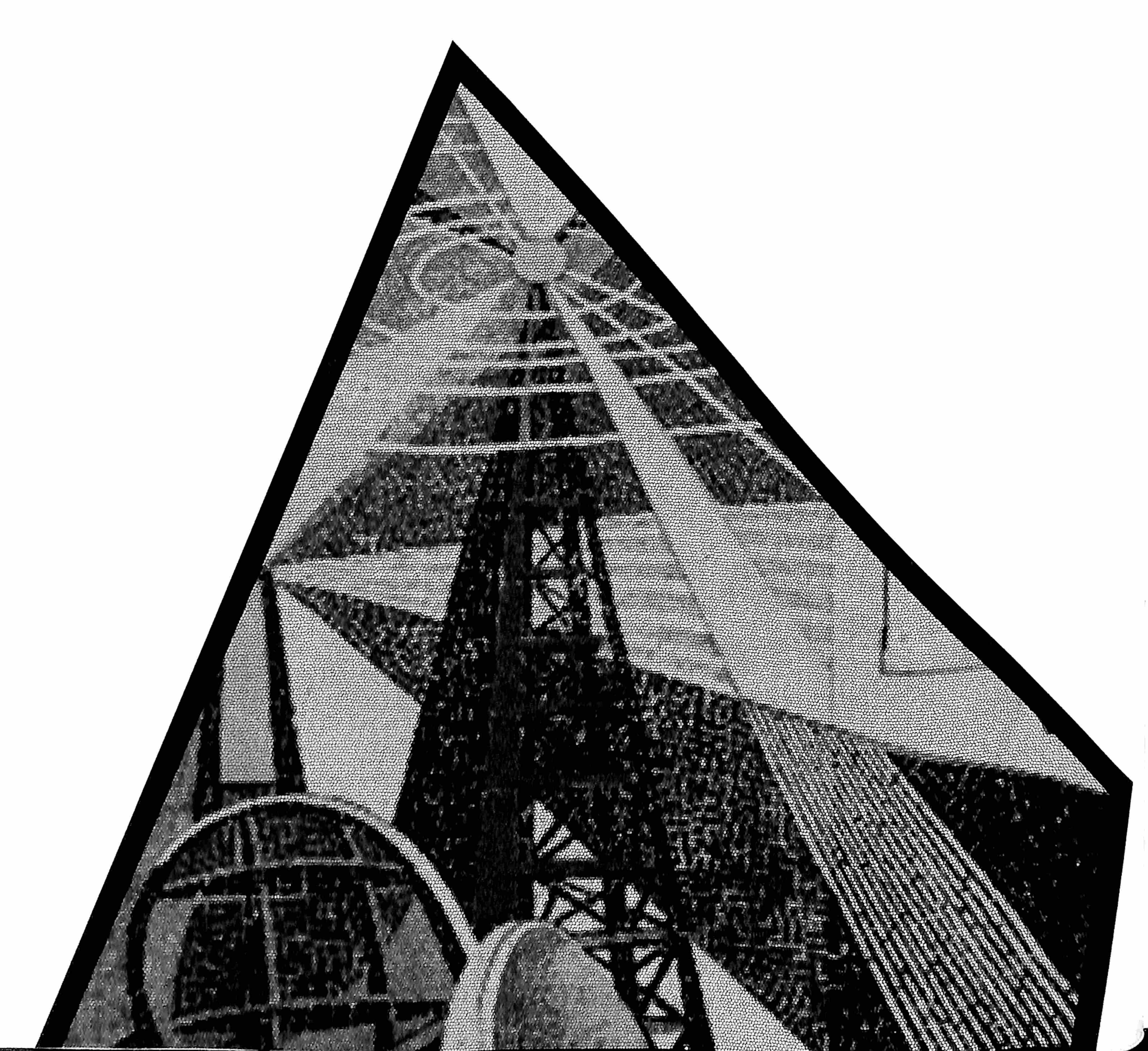
additiven soziologischen Begriffsbildung.« Monday bemängelt das Fehlen der Erkenntnis, dass es »in der Praxis um vom Rassismus beschädigte Subjekte geht, denen die Möglichkeit verstellt ist, die von ihnen gemachten Erfahrungen gesellschaftlich gültig zum Ausdruck zu bringen.«
So kritisiert er mit großer Verve gängige Rassismustheorien und -begriffe, und führt, ohne dies weiter klarzustellen, gleich einen neuen an ihre Stelle. Was aber soll uns an diesem besonders überzeugen? Es ist als ob ein Schnellzug an einem vorbeirauscht, das Bild bleibt unscharf und die Schallfrequenz verändert sich.

Aus alt mach neu

Es ist spannend, in diesem Text von 2014 alte Artikel aus der ZAG von 1995 wiederzuentdecken. Doch werden diese Texte und die ZAG als das Kernstück des autonomen Antirassismus präsentiert. Können sie das sein? Nein, aber über die Thesen und die Haltung lässt sich zumindest streiten. Dann aber ist die hier vorgelegte Deutung doch ein wenig zu post-irgendwas und überflügelt die in ihnen ausgedrückte Haltung durch ihre Krönung als Kern autonomer antirassistischer Praxis.
Die im Text behauptete verschwindende Fähigkeit der Linken, Rassismus zu erkennen, scheint für Monday in einem unangemessenen Rassismusverständnis begründet zu sein, das die beschädigten Subjekte nicht in den Blick bekommt, die Rolle der Identitätsbildung vernachlässigt und sich über die eigenen Voraussetzungen nicht im Klaren sei. Nun ist gerade dies selbst eine Fassung von Rassismus, die Vieles offen und zugleich kaum Platz für die Fragen von Herrschaft, Interessen, Bewusstseinsformen und Repräsentationen lässt. Doch, und das ist der Grund für diese Replik, wir sollten uns über unsere Vorstellungen von Rassismus Rechenschaft ablegen, was einzelne Begriffe und Theorien leisten können und wann sie Geltung haben. Worin wir uns einig zu sein scheinen: Rassismus besitzt eine eigene Dynamik, die nur unzulänglich in Form von Manipulation oder Legitimation von Herrschaft zu verstehen ist. Rassismus ist selbst gemacht.
Die kurze Version: Auch 1995 ging es um Kämpfe, in denen Interessen artikuliert wurden und es ging um den Rassismus in einer rassistischen Gesellschaft. Doch die ZAG als Zentralorgan wird sich hüten, irgendeine Identität vorzugeben – auch nicht für eine autonome antirassistische Linke. ✖

Quellen:

✖ *»Kern der Sache. Innerhalb der Linken schwindet die Fähigkeit, Rassismus wenigstens noch zu erkennen«, von: Justin Monday, in: Konkret, 11/2014, S. 14-15.*
✖ *»Die doppelte Natur des Rassismus. Über den Mythos der Gesellschaft in der Krise«, von: Justin Monday, in: Jungle World Nr. 30, 25. Juli 2013.*





Je suis Charlie. Je suis la idéologie

Der Beitrag Linker und Grüner zur eurozentrischen Hegemonie

Pierre Ro

In Zeiten, in denen der Terrorismus die Gesellschaft verunsichert und die Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe und Religionszugehörigkeit spürbar zunimmt, sollte es die Aufgabe der kritischen Zivilgesellschaft sein, Alternativen zur herrschenden Politik anzubieten. Tatsächlich bedienen sich jedoch Teile linker und grüner politischer AkteurInnen eben solcher Deutungsmuster, mit denen erstgenannte Gefahren zugleich gerechtfertigt und verursacht werden. Dieser Text soll die Konzepte in Erinnerung rufen, die vor ähnlichen Herausforderungen entstanden und fordert dazu auf, die Schuldzuweisung auf das Fremde zu Gunsten einer Herrschafts- und Selbstkritik aufzugeben.

»Man muss deutlich unterscheiden zwischen den ›Völkern, die einen Hut tragen und jenen, die einen Bart tragen‹; Was der Christ als unrein schmäht, wird vom Mohammedaner heiliggehalten. Obgleich der Gegensatz der Lebensgewohnheiten recht amüsant sein mag, so wird der erstere doch gewiß stets aufrichtig dankbar sein, daß er weder der mohammedanischen Lehre unterworfen ist, noch in ihren Grundsätzen erzogen wurde, während letztere seinerseits, der die übrige Menschheit als unreine Ungläubige betrachtet, weiterhin blind an seinem Glauben festhalten wird, bis die göttliche Vorsehung durch ein mächtiges Dazwischentreten, die moralische und geistige Dunkelheit zerstreuen wird, die gegenwärtig noch über einem so großen Teil der asiatischen Welt liegt.«

Eine Passage aus einem Buch, das wie kein zweites illustrieren kann, was Edward Said unter dem eurozentrischen *Orientalismus* verstand: James J. Morier's »Die Abenteuer des Hadschi Baba aus Isfahan«, mit dem der englische Autor 1823 zu einiger Berühmtheit gelangte und nebenbei das Bild »des Persers« im englischsprachigen Ausland mitprägte. Das Buch ist keinesfalls eine plumpe rassistische Abhandlung über den »gemeinen Orientalen«; Morier, der selbst jahrelang im Iran lebte, verstand die wesentlichen Umgangsformen des damaligen Persiens, konnte die klassischen Dichter passend zitieren und schuf einen lesenswerten Schelmenroman, dessen Übersetzung ins Farsi im Iran zeitweise für das Original gehalten wurde.

Der Grund, weshalb das Buch trotzdem nicht nur harmlos ist, ist das dichotome und kulturalistische Denken mit dem sich Morier und seine ZeitgenossInnen die Welt einteilten. Hier das aufgeklärte und demokratische Europa, dort der irrationale und despotische Orient. Hadschi Baba ist quasi die Personifizierung eines solchen Orients und natürlich hat er bloßes Unverständnis für den Idealismus und die Integrität der ihm so fremden Europäer. Morier blendete jeglichen humanistischen Aspekt der persischen Kultur aus und suchte stattdessen, die Fremdheit lieber durch das Wesen des Menschen (bzw. Mannes) zu erklären, statt in den feudalen bzw. kapitalistischen Strukturen, denen diese unterworfen waren. Delikater Weise war der Schriftsteller selbst als Chefunterhändler der englischen Krone im Iran, um dem Schah Konzessionen gegenüber den französischen Nebenbuhlern abzuringen und stützte damit gewissermaßen die feudale Despotie. Morier's Biografie und sein literarisches Werk sind in diesem Sinne die Verknüpfung kolonialistischer Politik und ihrer kulturalistischen Legitimation.

Der essentialistische Mainstream

Der Orientalismus, ein Phänomen des 20. Jahrhunderts also? Natürlich nicht. »Gehört der Islam nach Deutschland? Die bessere Frage ist, ob der Islam in unsere Zeit gehört«, diese Frage stellt sich sinngemäß ein Redakteur des *Ciceros*, einem Magazin mit eigentlich liberalem Anspruch und knüpft damit nahtlos an diesen jahrhundertealten Diskurs an.[1] Ebenso deutlich bringt es sein Kollege, der Chefredakteur des österreichischen Spiegel-Pendants anlässlich der Anschläge in Paris zum Ausdruck: »Eben jetzt darf über den Bedrohungsfall Islam und dessen Ursachen und Verursacher gesprochen werden [...] Mag sein, dass dieser aufgeklärte Westen im Kleinen Fehler gemacht hat, im Großen war er jedoch bloß seinen Idealen treu. Ich erlaube mir, zynisch zu sein und zu sagen, dass auch ein guter Teil der Muslime bloß seinen Idealen treu geblieben ist. Dort liegt die Wurzel des Übels.« Und in Erwartung auf die Aufforderung zum Differenzieren merkt er an: »Man könnte auch meinen, dass ein ›Bedrohungsfall Islam‹ gar nicht vorliege. Das meine ich alles nicht. Wen ich für ›verantwortlich‹ halte, im

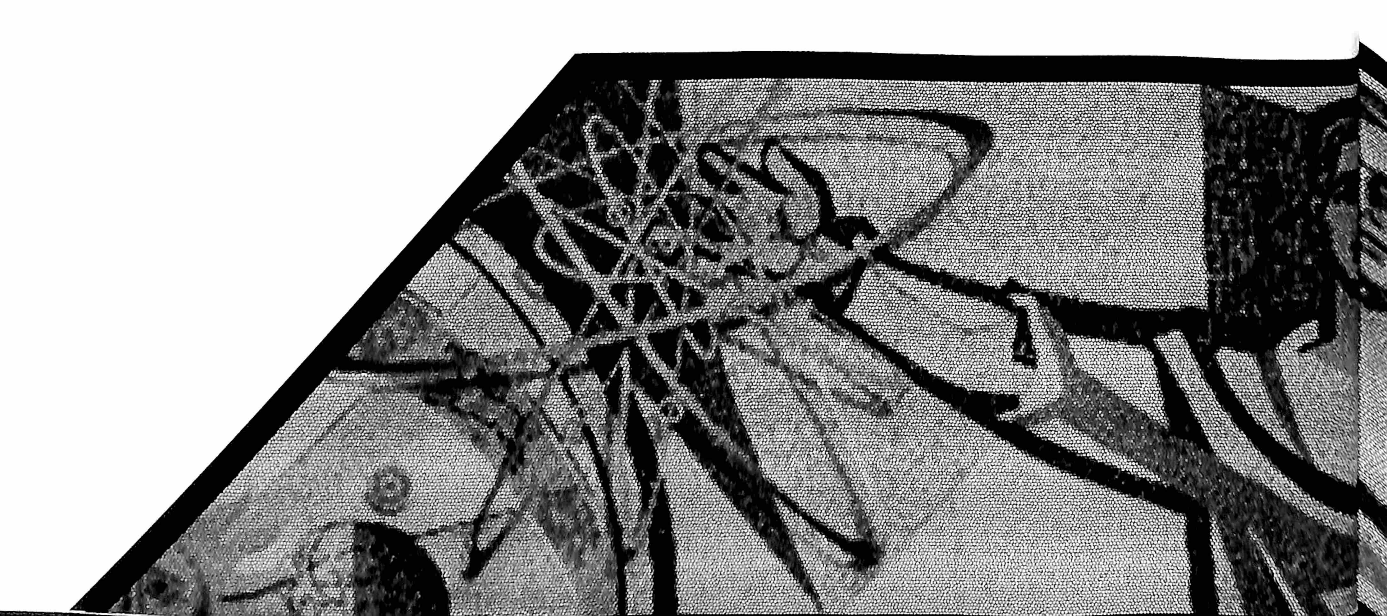
Minimum verantwortlich dafür, dass sich alles bessert, muss damit eigentlich schon klar sein: Es ist nicht der Westen; die Lösung konzentriert sich bei den Muslimen selbst.«[2]
»Der Westen« und »die Muslime« also. Möchte man diesen Kategorien allzu viel Bedeutung schenken, dann sind diese wohl kaum zu trennen: »der Westen« ist militärisch, ökonomisch und kulturell in der »muslimischen Welt« präsent, während Millionen von MuslimInnen in Europa und den USA leben. Der Eurozentrismus ist nun aber nicht nur unstimmig auf einer logischen Ebene, sondern schafft auch widersprüchliche soziale Realitäten. Solche reduktiven Aussagen legitimieren nicht nur »humanitäre Interventionen« – die zwar meist das proklamierte Ziel verfehlen, aber die Kontrolle über Ressourcen ermöglichen – sondern wirken auch innerhalb eines post-migrantischen Staates in exkludierender Art und Weise – also den egalitären Ansprüchen der europäischen Aufklärung entgegen. Die sauberste Kritik am Eurozentrismus ist daher nicht die kulturrelativistische Infragestellung der Werte, die die letztzitierten Journalisten als westlich bezeichnen würden, sondern jene an der fehlenden Reflektion über die exkludierende Wirkung von Politiken, die unter dem Banner von Demokratie und Gleichberechtigung Menschen ausschließen, wenn nicht erschießen.

Der Ausschluss aus der Demokratie

Dieser Essentialismus, der seine Aufmerksamkeit lieber der Kultur, der Ideologie und dem Wesen schenkt, als den Machtverhältnissen, ist nicht nur im liberalen bis neokonservativen Spektrum zu finden, sondern befällt auch Menschen mit alternativem Selbstverständnis. Interessanterweise ist die Differenzierung zwischen Islam und Islamismus dem politischen Mainstreamdiskurs eher eingebläut worden, als einem relevanten Teil der europäischen Linken, der die Seelenverwandtschaft des Islams und des nationalsozialistischen Faschismus als omnipräsentes Phänomen zu konstruieren versucht – sowohl im Nahen Osten als auch hier. Vassilis Tsianos spricht von einer neuen Form des Rassismus, der eine Bevölkerungsgruppe auf Grund einer unterstellten Partizipation eines »politischen Projekts, dem Islamismus« stigmatisiert und ihnen eine »transnationale Identität« aufzwingt.[3]
Beispiele finden sich zahlreich, so auch in der größten linksalternativen Zeitschrift Deutschlands, der *TAZ*; und die Argumentationen eines ihrer erfolgreichsten Journalisten, Deniz Yücel, stößt in eben dieses Horn: »Anschläge und am Ende der Mord kamen nur von einer Seite: von Muslimen. Darum haben auch die Muslime ein Problem [neben Pegida]. Sie schaden sich selbst, wenn sie sich das nicht eingestehen und sich hinter Phrasen wie ›der Terror hat keine Religion‹ verstecken. Sie schaden der Wahrheitsfindung.«
Nun, auch wenn Yücel jedes »aber« für eine Rechtfertigung der Pariser Anschläge hält, sollte – nein, muss – der soziale und historische Kontext dieser Taten hergestellt werden. Frankreich ist mit seinen Le Pens, den Dieudonnés, den *Identitaires* und dem größten Kontingent an *Daesh* in Syrien und dem Irak, nicht zufällig der Staat, der noch heute Kolonien unterhält, seine Interessen auf dem afrikanischen Kontinent am vehementesten vertritt und dessen schändliche Sozialpolitik sogar eine Möglichkeit für Katar bietet, sich als sozialer Akteur in Szene zu setzen.[4] Vor Paris leben Hunderttausende in Hochhäusern im Brachen, ohne infrastrukturelle und soziale Anbindung. Natürlich musste die räumliche Segregation auch zu einer Segregation im Denken führen. Der Ausschluss aus der Demokratie – keine französische Regierung hat sich auch nach dem Wahlkampf noch dem Projekt der Entghettoisierung verpflichtet gefühlt – trug unweigerlich zu einer Stärkung demokratiefeindlicher und in diesem Fall antisemitischer Verschwörungsideologien bei. Gefangen zwischen essentialistischen Vorschreibungen und konfrontiert mit der »Heuchelei des Westens« – von Abu Ghraib, bis zur einseitigen Auslegung der Meinungsfreiheit nach *Charlie Hebdo*[5] – dürfen die vielfältigen Identitätskrisen nicht verwundern, die ab und an einzigartige Kunst und reflektierte Theorie erschaffen; oft genug aber menschenfeindliche Weltbilder nähren.

Trügerische Zusammenhänge

Eine Welt des Guten und Bösen – laut Yücel der wörtlichen »Helden« und »Täter« – reduziert angenehm die Komplexität der sozialen Realität, schafft scheinbare Linderung gegen die empfundene Ohnmacht und bietet Erklärungen für offensichtlich Beobachtbares; Eben dies sind die Gründe, die den Menschen so anfällig für rassistische Denkmuster und Ideologien machen und aus machttheoretischer Sicht für die Beständigkeit des Eurozentrismus sorgen.



Doch Bilder lügen bekanntlich nicht: »Das Wunschdenken über die friedliche Toleranz des Islams kann nicht die Realität hinweginterpretieren: Hände werden immer noch abgeschlagen, Frauen gesteinigt und versklavt, genauso, wie es der Prophet Mohammad vor Jahrhunderten entschieden hat« schreibt Ayaan Hirsi Ali. In sich klare Worte, die direkt eine Reihe von Bildern in uns hervorrufen werden, zum Beispiel die in Ketten gelegten jesidischen Frauen und von Häuserdächern gestoßene Schwule – aber auch vollverschleierte Frauen, denen wir vielleicht ab und an in der Fußgängerzone begegnen und deren Augen uns sicherlich öfter von den Titelblättern der auflagenstärksten Journale aus bedrohen und zugleich anflehen.

Doch gerade der textliche Vergleich zwischen den Schriften, aus denen sich die monotheistischen Religionen begründen, lassen keine Rückschlüsse über *die Ursachen* der heutigen Gewalt oder sexueller Unterdrückung zu – auch die jüdischen und christlichen Quelltexte sind potenziell frauen- als auch schwulenfeindlich und lassen trotzdem tolerante Lesarten zu. Zwar kleidet der religiöse Fanatismus die Gewalt, gibt ihr also die Form und hilft dabei, die Feindbilder zu konstruieren. Doch die relevante Frage bleibt aus normativer Sicht, wann, wo und unter welchen Umständen Menschen einer fundamentalistischen, intoleranten Interpretation »Glauben« schenken – die Antwort auf diese Frage erfordert Empathie.

Stattdessen sehen sich viele alternative VertreterInnen der Mehrheitsgesellschaft durch mehr oder weniger begründete Zusammenhänge veranlasst, die »notwendige Kritik« zu intensivieren und zwar auf eine paternalistische Art und Weise. Das Schlagwort des »importierten Antisemitismus« verdeutlicht ein Beispiel, in dem der antijüdische Rassismus arabisch- und türkischstämmiger Jugendlicher generalisiert und von sich gewiesen wird. Wie groß war der Aufschrei nach den judenfeindlichen Ausrufen Berliner Jugendlicher auf einer Demonstration gegen die jüngste Gaza-Offensive und wie wenige Sensibilisierungsprojekte sind daraus entstanden? Und inwieweit wurde dieser Vorfall dazu genutzt, eine Bevölkerungsgruppe als rassistisch zu stigmatisieren – und im Kontrast dazu das Selbstbild einer geläuterten Mehrheitsgesellschaft zu entwerfen?

Bei dieser Form des *Metarassismus* – also eines Rassismus ohne »Rassen« – trägt insbesondere der Bezug auf »IslamkritikerInnen« mit entsprechendem Fluchthintergrund, wie die zuvor zitierte Hirsi Ali, zu einer Legitimation der Diskriminierung einer eigentlich heterogenen Bevölkerungsgruppe bei. Der Hinweis auf die »emanzipierten Opfer des Islams« ist wesentlich für die Reproduktion der hegemonialen Ordnung in einer Gesellschaft, die sich selbst als post-rassistisch betrachtet – aber in der zeitgleich Mohammed zigmal mehr Bewerbungen schreiben muss als Christian und die Übergriffe auf verschleierte Frauen zunehmen.

Selbst- statt Fremdkritik!

Ein Text der mit der Dekonstruktion des Westens beginnt, kann weder damit enden »den Mainstream« zum Einlenken zu bewegen, oder »die Linke« zur Katharsis aufzufordern.

Nein, es muss konkreter werden: den linken und grünen Kräften, die einen sinnvollen Beitrag zur religionskritischen Auseinandersetzung oder der politischen Sensibilisierung leisten wollen, seien daran erinnert, dass es an intellektuellen Verurteilungen und medialen Pauschalaufforderungen nicht mangelt. Woran es mangelt ist das Angebot an kreativem zivilgesellschaftlichem Engagement im weiten Feld der Antirassismus-, Integrations- und Empathiearbeit. Hier kann tatsächlich ein großer Beitrag zu emanzipatorischen, egalitären und selbst säkularen Werten geschaffen werden.[6]

Je suis Charlie, juif et Ahmed aussi.
Ensemble nous sommes la solidarité contre la hypocrisie. ✖

Fußnoten

1 *http://www.cicero.de/berliner-republik/islam-die-totalitaere-religion/58089*
2 *http://www.profil.at/articles/1502/568/378830/christian-rainer-gott*
3 *https://www.academia.edu/3372385/Interview_KONKRET_Tsianos*
4 *http://www.heise.de/tp/artikel/37/37740/1.html*
5 *https://firstlook.org/theintercept/2015/01/14/days-hosting-massive-free-speech-march-france-arrests-comedian-facebook-comments/*
6 *https://www.facebook.com/salaam.schalom.initiative*



Nous sommes ZAG

ZAG

**Die ZAG hat den Slogan »Je suis Charlie« auf ihrer Facebook Seite verwendet.
Dafür hat sie Kritik geerntet. Gut so.
Wir nehmen dies zum Anlass, unsere Position zu erläutern und freuen uns auf eine lebendige Debatte.**

Die Verwendung des Slogans war unsere spontane Reaktion auf die Anschläge in Paris gegen die Satirezeitschrift Charlie Hebdo, in deren Verlauf acht Journalisten, ein Besucher der Redaktion, der Polizist Ahmed Merabet und eine weitere Polizistin ermordet wurden, in dessen Folge es zu einer Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt kam, bei der vier KundInnen erschossen wurden.
Den Slogan haben wir begleitet mit Postings gegen antimuslimischen Rassismus und gegen die absehbare Vereinnahmung des Anschlags und von Charlie Hebdo durch rechte Gruppen wie die FN, AfD, HOGESA, PEGIDA und die etablierten rassistischen Parteien in der Mitte des politischen Spektrums.
Unser Vorgehen wurde auf Facebook als »white solidarity« kritisiert und die Frage aufgeworfen, ob die ZAG sich mit der »anti-muslimischen, sexistischen und homofeindlichen Charlie Hebdo« identifiziere.

Dies geht unseres Erachtens am Thema vorbei.

- **Wir verurteilen die Anschläge.** Wir akzeptieren keine Rechtfertigung für den Mord an unbewaffneten Menschen.
- **Wir wollten mit dem Profilbild unser Mitgefühl mit allen Opfern und deren Angehörigen ausdrücken,** mit den Opfern in der Redaktion, im jüdischen Supermarkt und in der Polizei Im Nachhinein wurde uns klar, dass mit der Wahl des Slogans die Opfer außerhalb der Redaktion unsichtbar gemacht wurden. Dem wollen wir an dieser Stelle entgegenwirken.
- **In dem Mitgefühl mit den Opfern und in der Ablehnung der Tat sehen wir uns einig mit großen muslimischen Verbänden in Frankreich und in Deutschland.** Wer meint, dass es im Zusammenhang mit diesem Attentat sinnvoll sei, eine Grenze zu ziehen zwischen der Mehrheitsgesellschaft (white solidarity) auf der einen Seite und Muslimen und AntiRa auf der anderen Seite, der oder die betreibt das Geschäft der Hardliner auf allen Seiten.
- **Wir identifizieren uns nicht mit den Inhalten von Charlie Hebdo,** weil wir sie gar nicht gut genug kennen. Charlie Hebdo ist ein Satireblatt unter vielen. Wir wollen weder für noch gegen die Karikaturen Stellung beziehen. Wir sehen die Probleme woanders.
- **»Satire darf alles«** schrieb Kurt Tucholsky. Es ließe sich darüber streiten, ob die Vorwürfe von antimuslimischem Rassismus, Sexismus und Homophobie gegen Charlie Hebdo berechtigt sind oder nicht. Die Kritik müsste an der konkreten Publikation erfolgen. Es ist uns wichtig, dass auch grenzwertige Interventionen möglich sind und weiter möglich bleiben. Angst vor weiteren Anschlägen darf die Pressefreiheit nicht noch weiter einschränken, als dies durch staatliche Instanzen oder wirtschaftliche Abhängigkeit ohnehin schon geschieht. Selber denken ist eine Herausforderung.
- **Wir wenden uns mit »Je suis Charlie« bewusst gegen die Täter und gegen deren Antisemitismus.** Wir sehen keine emanzipatorische Perspektive im Antisemitismus der Attentäter und interpretieren deren religiösen Krieg nicht als Antiimperialismus.
- **Wir verstehen uns als linksradikale und säkulare Gruppe.** Wir kritisieren Religionen grundsätzlich und lehnen es ab, dass die oft von religiösen Gruppen ausgehende Intoleranz andere Personengruppen einschränkt. Als säkulare Gruppe behalten wir uns die Möglichkeit vor, Religionen und religiöse Gruppen zu kritisieren. Ebenso wie wir rechtsextreme oder nationalchauvinistische Gruppen in Deutschland und in aller Welt kritisieren.
- **Gegen Religionen und für Religionsfreiheit.** Wir verfechten das Recht auf Religionsfreiheit. Religionsfreiheit ist in Deutschland nicht gewährleistet, solange die katholische Kirche und die protestantischen Landeskirchen massiv institutionell bevorzugt werden. Wir kritisieren, dass die Staatskirchen viel zu großen Einfluss auf das öffentliche Leben haben (Rundfunkbeirat, Schulunterricht etc.). Wir kritisieren, dass der deutsche Staat die christlichen Kirchen direkt und indirekt finanziert. Religionsfreiheit ist so lange nicht gewährleistet, wie Menschen anderer Religionen an der Ausübung ihrer Religion gehindert werden oder daraus Nachteile in Kauf nehmen müssen. Religionsfreiheit ist so lange nicht gewährleistet wie die Mehrheitsgesellschaft zum Beispiel Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus reproduziert. Aus unserer emanzipatorischen Perspektive fordern wir das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen.
- Wir kritisieren religiös motivierte Gruppen, die diese Selbstbestimmungsrechte anderer unter Bezug auf ihr religiöses Dogma einzuschränken versuchen. Kein verletztes religiöses Gefühl rechtfertigt eine Mordserie.
- **Wir distanzieren uns von allen Solidaritätsbekundungen der Marke »Je suis Charlie«, deren Motive nicht mit den hier formulierten Überlegungen übereinstimmen.** Insbesondere distanzieren wir uns vom rechten Lager, also zum Beispiel dem Front National, der AfD, PEGIDA, der CDU/CSU, aber auch der SPD. Leider können wir nicht verhindern, dass diese den Slogan aus gänzlich anderen Motiven gebrauchen.

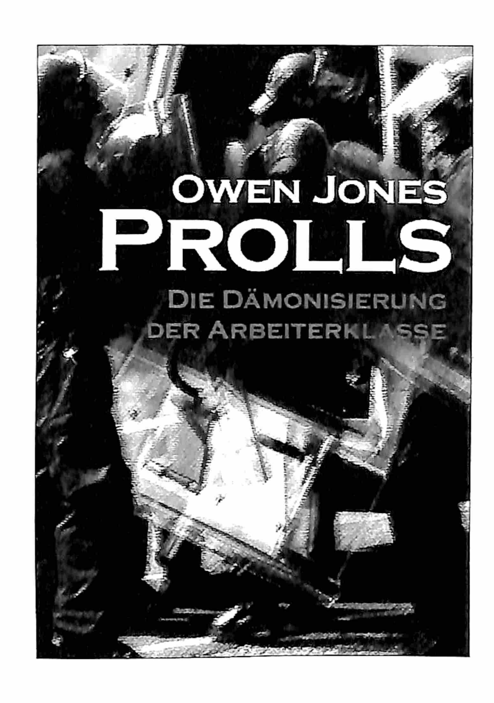
Im Nachhinein erscheint die vorübergehende Wahl des Profilbildes als kritikwürdig, weil erstens die Opfer jenseits der Redaktionsräume unsichtbar wurden, zweitens weil wir damit in einer Reihe standen mit zahlreichen rechten antimuslimischen Personen und Gruppierungen, gegen die wir seit Jahren anschreiben und drittens, weil wir die damit assoziierten politischen Inhalte nicht klar kommunizierten.

Letzteres haben wir damit nachgeholt.

Womöglich haben wir uns vom Alarmismus der Mainstream Medien zu sehr beeindrucken lassen. Denn zur gleichen Zeit hat die islamistische Miliz Boko Haram im Namen des Glaubens zwischen 150 und 2000 Zivilistinnen und Zivilisten brutal ermordet und die Stadt Baga fast dem Erdboden gleich gemacht. So gesehen hätte es an diesen Tagen heißen müssen

»Nous sommes Baga – we are Baga«.

VORGESTELLT UND NACHGEHAKT



> *Owen Jones: »Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse«. Verlag André Thiele, Mainz, 2012, 320 Seiten. 18,90 Euro. ISBN: 978-3-940884-79-4.*

Kein Ende der Klassengesellschaft

Sebastian Friedrich

Das Buch »Prolls« von Owen Jones zeigt den Klassenkampf von oben am Beispiel Großbritanniens auf und verdeutlicht die Dringlichkeit, Klassen wieder mehr ins Blickfeld zu rücken.

Als im April vergangenen Jahres die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher starb, kam es im Londoner Arbeiter_innenbezirk Brixton zu spontanen Freudenfesten auf den Straßen. Andere, insbesondere das Establishment, waren bestürzt über den Tod einer in ihren Augen zwar umstrittenen, aber letztlich großen, gar revolutionären Politikerin. Die Bewertung der Lebensleistung Thatchers in den Tagen nach ihrem Tod legt Zeugnis von der Spaltung der britischen Gesellschaft ab. Der Journalist Owen Jones beschreibt die britischen Zustände der »Dämonisierung der Arbeiterklasse« in seinem Buch »Prolls«, das in England für einiges Aufsehen gesorgt hat. Darin zeigt er ohne Umschweife die Interessen hinter der tief verankerten Verachtung gegenüber den Arbeiter_innen auf, die das Erbe einer traditionellen Klientelpolitik der Oberschicht ist und insbesondere durch Thatcher in den 1980er Jahren angeheizt wurde. Die Abscheu gegenüber der Arbeiter_innenklasse ist zwar in Großbritannien besonders stark ausgeprägt, aber sie unterscheidet sich nicht wesentlich von der in Deutschland.

»Prolls« und »Neue Unterschicht«

Jones führt unzählige Beispiele der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse an. So wirbt ein Fitnessstudio für Kurse zur »Proll-Bekämpfung« und ein Reiseveranstalter garantiert für »prollfreie Aktivurlaube«. Der Autor verfällt bei der Darstellung von solchen Exempeln nicht der beliebten Deutung, bei der »Proll«-Schelte handle es sich schlicht um ein Vorurteil oder eine Modeerscheinung. Die Abwertungen der Arbeiter_innenklasse ist nichts weniger als Produkt eines Klassenkampfes von oben. Besonders aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist das Kapitel »Klassenkämpfer«, in dem es vor allem um die konservative Partei, die Tories, und den Umbau der Gesellschaft durch Thatcher geht. Dafür entlockte Jones einem führenden Tory-Politiker des gemäßigten Flügels die Aussage, dass die konservative Partei seit jeher ein Zusammenschluss privilegierter Interessen sei. Die Partei »ist vor allem dazu da, diese Privilegien zu verteidigen. Wahlen gewinnt sie, indem sie anderen Leute gerade genug zugesteht«, fuhr der Politiker fort (S. 70). Unter Thatcher gelang es den Konservativen, die Gewerkschaften – an vorderster Stelle die gut organisierten Bergarbeiter_innen – durchschlagend zu schwächen und die verschiedenen Milieus der Arbeiter_innenklasse gegeneinander auszuspielen. Die am meisten von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen wurden für ihre soziale Situation verantwortlich gemacht, sie seien dumm, faul, stumpf, intolerant und verroht.

Jones richtet seine Kritik keineswegs nur an Medien und Tories, sondern widmet sich ebenfalls ausführlich der Rolle von New Labour. Tony Blair und Co. verordneten mit Verweis auf das Leistungsprinzip einen Marsch der Arbeiter_innenklasse in die Mittelschicht und wendeten sich von denen ab, die auf der Strecke blieben. Damit entfernte sich Labour noch weiter von der Arbeiter_innenklasse. Rhetorische Basis für die Abwendung ist das allgegenwärtige Mantra vom Ende der Klassengesellschaft. Diese gebe es nicht mehr in der Dienstleistungsgesellschaft, übrig blieben nur noch eine klitzekleine Oberschicht, eine abgehängte »Unterschicht« und eine riesige Mittelschicht. Jones nimmt diese Ideologie

geschickt auseinander und verdeutlicht überzeugend die Überschneidung zwischen denjenigen, die heute etwa in Callcentern ausgebeutet werden, und der traditionellen Arbeiter_innenklasse:

»Die neue Arbeiterschicht hat mit der alten eines gemeinsam: Sie besteht aus jenen, die für andere arbeiten und über ihre Arbeit keine Kontrolle haben. Die neuen Jobs sind weniger schmutzig und brauchen weniger Muskelkraft. Schnell tippen zu können ist wichtiger, als viel tragen zu können. Jobs in Büros, Geschäften und Callcentern sind oft schlecht bezahlt und langfristig nicht sicher. Schon vor der Rezession stagnierten die Löhne oder sanken sogar. Millionen Arbeitnehmer wechseln immer häufiger den Job. Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühle sind ebenso verschwunden, wie der Stolz auf gute Arbeit. Die Arbeitsbedingungen besonders der weitgehend rechtlosen Zeitarbeiter sind oft schlecht. Große Teile der Arbeitnehmerschaft sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Gewerkschaften haben immer weniger Einfluss.« (S. 199)

Es ließen sich Ähnlichkeiten zwischen dem britischen und dem deutschen Kontext finden, allerdings lassen sich auch Unterschiede herausstellen. Erstaunlich dünn ist das Buch an Stellen, in denen es um die Überschneidung zu Rassismus geht. Zwar stellt Jones im Vorwort zur zweiten Auflage klar, dass Rassismus eine spezifische Form der Unterdrückung und der Ausbeutung ist (S. 15), dennoch wird dieses Thema kaum noch aufgegriffen. Das kann daran liegen, dass der Autor die Reichweite des Rassismus vernachlässigt. Näher liegt aber, dass sich hier der Kontext zumindest teilweise unterscheidet. Darauf deutet die Einschätzung von Sibille Merz hin, die in einem Aufsatz des gerade erschienenen Sammelbandes »Nation – Ausgrenzung – Krise« den Zusammenhang von Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien analysierte. Laut Merz hielten längst totgeglaubte Rassismen wieder verstärkt Einzug in Debatten, zugleich bedient »sich die diskursive Produktion der Unterschicht, im Gegensatz zur Diskussion in Deutschland, erstaunlich wenig ethnisierender Konstruktionen« (Merz 2013, S. 146).

Die »Ethnisierung der Unterschicht« in Deutschland wird keinesfalls nur von Thilo Sarrazin oder Heinz Buschkowsky betrieben. Vielmehr zeigt sich, dass es vor allem die »liberalen« Kritiker_innen an Sarrazin und Co. sind, die zunehmend im Integrationsdiskurs dominieren und gewissermaßen als Entgegnung auf biologistischen und kulturalistischen Rassismus die Kategorie der vermeintlich neutralen Leistung hervorheben. Leistungswilligkeit fällt im deutschen Integrationsdiskurs mit Integrationswilligkeit zunehmend zusammen und führt im Effekt zur Einteilung zwischen »Musterbeispielen gelungener Integration« und »Integrationsverweigerern« (Friedrich/Schultes 2011). Der Erfolg der als »integriert« Begriffenen bildet den Beweis dafür, dass man »es« eben doch schaffen kann, wenn man sich richtig anstrengt – gleichzeitig werden »Musterbeispiele gelungener Integration« zu Ausnahmen stilisiert. Existierender Rassismus als Faktor für nationale und internationale Arbeitsteilung wird in dieser Weise verschleiert. Mehr noch: Bei der von der Dämonisierung der Arbeiter_innenklasse bekannten Deutung, Menschen befänden sich aufgrund selbstverschuldeter Leistungsverweigerung in Armut, entfällt struktureller Rassismus (etwa am Arbeitsmarkt) als Begründung für die Positionen vieler (Post-)Migrantinnen am unteren Ende sozialer Rangskalen. In herrschender Logik wird die Existenz einer »migrantischen Unterschicht« auf eine vermeintliche »Kultur der Leistungsverweigerung« oder »Leistungsunfähigkeit« zurückgeführt. Diese Kultur kann dann je nach Façon wieder auf Gene, Religionen, »Rassen« oder »Kulturkreise« zurückgeführt werden. Zumindest im deutschen Kontext wird Armut und soziale Marginalisierung, also verstärkt auf die Herkunft zurückgeführt.

Klassen und Kämpfe

Ausgesprochen überzeugend ist »Prolls« an jenen Stellen, an denen die Hintergründe für das negative Bild beschrieben werden. Dabei bleibt Jones nicht auf der Ebene der Skandalisierung, sondern er lässt in einfühlsamen Reportagen die Betroffenen zu Wort kommen und bietet somit eine andere Realität an. Dabei geht es ihm nicht darum, den alten Zeiten hinterher zu trauern, in denen Arbeiter_innen noch einen höheren Stellenwert hatten und das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ausgeglichener schien. Vielmehr möchte er die Klassenthematik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, weshalb er sich mit theoretischen Ausführungen weitgehend zurückhält. Das ist keinesfalls eine Schwäche, sondern vielmehr eine Stärke des Buches: Es ist verständlich, auch für Menschen, die mit der akademischen Sprache nicht bestens vertraut sind. Dass es Jones nicht einfach nur um soziale Anerkennung der ausgebeuteten Klassen geht, wie es häufig in liberalen Diversity- und Gleichstellungs-Diskursen der Fall ist, ist umso erfreulicher. Unmissverständlich heißt es dazu am Ende der ausführlichen und aufschlussreichen Einleitung:

»Vor allem geht es mir nicht darum, einfach einen Einstellungswandel zu fordern. Klassenhass gibt es nur in einer gespaltenen Gesellschaft. Letztendlich müssen wir nicht gegen Vorurteile kämpfen, sondern gegen das, was sie ermöglicht.« (S. 42) ✖

Zusätzlich verwendete Literatur

- *Baron, Christian / Steinwachs, Britta (2012): Faul, Frech, Deist. Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen. Edition Assemblage, Münster.*
- *Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah (2011): Von »Musterbeispielen« und »Integrationsverweigerern«. Repräsentationen von Migrant_innen in der »Sarrazindebatte«. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«. Edition Assemblage, Münster. S. 77-95.*
- *Merz, Sibille (2013): Zwischen »Big Society« und »Aspiration Nation«. Krise, Nation und Ausgrenzung in Großbritannien. In: Sebastian Friedrich/ Patrick Schreiner (Hg.): Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa. Edition Assemblage, Münster. S. 139-150.*
- *Nolte, Paul (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. C.H. Beck, München.*

Zum Text

- *Zuerst veröffentlicht auf kritisch-lesen.de*

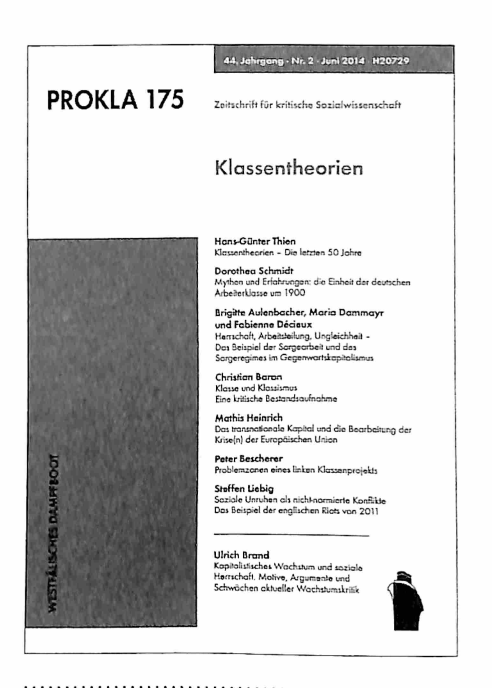
Klassentheorien

ZAG

Die Zeitschrift PROKLA widmet sich in ihrem 175. Heft dem Thema »Klassen«. Die Probleme des Klassenkampfes, wie die Zeitschrift ursprünglich hieß, gewinnen an Aktualität durch den zunehmenden Bezug auf den Begriff der Klasse in den Zustandsbeschreibungen der Welt. Angesichts der krisenhaften Momente des globalen Kapitalismus scheint dies angemessen. Doch anzunehmen, dass mit den Krisen ein entsprechendes Klassenbewusstsein oder Klassenkämpfe einhergingen, wäre verkürzt gedacht, ebenso wie die ausschließliche Bezugnahme auf das Proletariat, welches allzu oft als der kollektive Repräsentant des männlichen Facharbeiters in Europa verstanden wird.

Hans-Georg Thien zeichnet in seinem Artikel »Klassentheorien – Die letzten 50 Jahre« die Geschichte der Klassenanalyse seit den 1960er Jahren nach und macht die Problemstellungen deutlich, die sich die politische Linke seit Anfang der 70er Jahre insbesondere in Deutschland gegenübersah. Die von ihm beschriebenen »Wege zum Klassenbewusstsein«, kennzeichnen fünf relevante Antworten wie Betriebs- und Theoriearbeit, historische Rekonstruktion oder aber mit dem Abschied vom Klassenbegriff im Postmarxismus bzw. mit dem Feminismus eine Erweiterung und Infragestellung des bisherigen Klassenbegriffs. Dies zu betonen ist um so wichtiger, da das vielfach heraufbeschworene Bild einer homogenen Arbeiterklasse am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts den historischen Tatsachen nicht entspricht, wie Dorothea Schmid in »Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900« zeigt. Die Vielfalt der Klassen ist weder neu, noch löst sich diese in unterschiedlichen Konsummustern auf, wie es Mileuansätze gerne hätten. Es bleibt unerlässlich, »die grundlegenden Kräfteverhältnisse auf den Arbeitsmärkten zu erfassen«, will man die heutige Lage von Arbeitenden verstehen (206 f). Einen solchen verständigen Versuch unternehmen Aulenbacher, Dammayr und Décieux in »Herrschaft, Arbeitsteilung, Ungleichheit – Sorgearbeit und Sorgeregime«. In ihrem Beitrag untersuchen sie die Inwertsetzung von Reproduktionsarbeit, die ein verschlungenes Bild sozialer Arbeitsteilung und geschlechts- und ethnizitätsbasierter Ungleichheit hinterlässt. Am Ende konsolidiert diese Inwertsetzung die kapitalistischen Verhältnisse. Aber, so möchte man hinzufügen, entstehen zugleich Felder neuer Konflikte und Kämpfe. Christian Barons Beitrag »Klasse und Klassismus« wirft einen Blick auf die Debatte um den Begriff Klassismus. Er kritisiert insbesondere dessen kulturalistische Fassung, da u.a. die Dekonstrukion sprachlicher »Vertikalismen« unzureichend bleibt. Vielversprechender erschienen ihm Ansätze im Anschluss an Bourdieu.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wird häufig die Finanzbranche als Übeltäterin ausgemacht. Eine differenziertere Darstellung unternimmt Mathis Heinrich unter dem Titel »Das transnationale Kapital und die Bearbeitung der Krise(n) der EU«.



> *»Klassentheorien«, PROKLA, Heft 175, 44. Jg., Nr. 2, Juni 2014. 160 Seiten, 14 EUR. ISSN 0342-8176.*

Er untersucht die Rolle des europäischen Finanzsektors, produzierender Unternehmen und der EU-Institutionen. Im Rahmen seines neo-gramscianischen Ansatzes kommt er zu dem Ergebnis, dass die multinationalen Industriekonzerne im Laufe der Krise an Gewicht gewonnen haben. Solange die drei Akteure aber in der Durchsetzung weiterer Deregulierungen der Märkte übereinstimmen, wird die angekratzte Hegemonie mehr oder weniger stabil bleiben. Während Heinrich als politischen Ansatz vorschlägt die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen kenntlich zu machen, diskutiert Peter Bescherer die Möglichkeiten eines »Mitte-Unten-Bündnisses«, um sich gegen den Klassenkampf von oben zu wehren. Die Hoffnung auf ein solches Bündnis scheinen ihm gering, nennt er seinen Beitrag doch »Problemzonen eines linken Klassenprojekts«. Nicht nur gibt es keine ausgearbeiteten Konzepte, wie die unterschiedlichen Erfahrungen organisatorisch zusammengebracht werden können, es herrscht auch in der Diskussion ein Defizitansatz in Bezug auf das »Lumpenproletariat« bzw. die »Subalternen« vor, der es trotz anarchistischer und alternativ sozialistischer Gegenstimmen, die die Kreativität des »Pöbels« in alltäglichen Lebensbereichen betonen, seine Entstehung unwahrscheinlich macht. Ob ein linker Populismus eine Lösung sein kann, bleibt fraglich, solange keine organisatorischen Formen ausgearbeitet wurden, die »dem Bedürfnis nach Identifiaktion und Abgrenzung entsprechen« (269). Am Beispiel der Aufstände in England 2011 betrachtet Steffen Liebig »Soziale Unruhen als nicht-normierte Konflikte«. Politik und Medien griffen hierbei auf ein Bild der konsumistischen und depolitisierten *Underclass* zurück, das mit unter auch rassistisch geprägt ist. Im Gegensatz zu den durch Klassenkompromisse normierten sozialen Konflikten, wie sie aus Tarifauseinandersetzungen bekannt sind, stehen die Aufstände für kurzfristig erfolgreiche Regelverletzungen, die von organisatorisch ungebundenen, sich sozial ausgeschlossen fühlenden Menschen getragen werden. Dies ist auch Folge der Zerschlagung von Gewerkschaften und sozialer Bindungen durch Neoliberalismus und Deregulierung. ✖

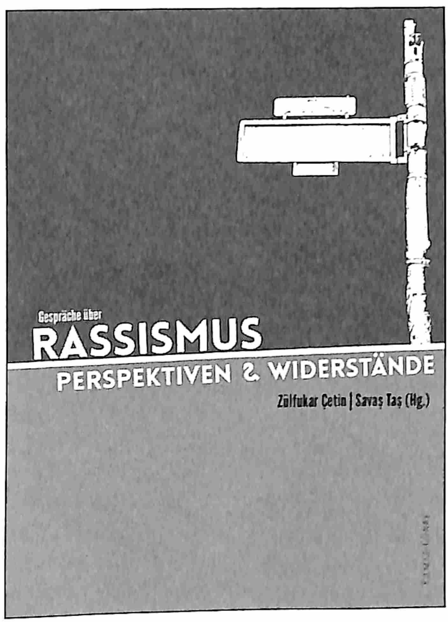


Un_mögliche Bildung

▮ ZAG

Der Sammelband »Un_mögliche Bildung« zeigt anhand von Comics, biografischen Aufsätzen und Reflexionen die Reproduktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durch Bildung und die Möglichkeiten damit umzugehen. Dabei stehen die Erfahrungen der AutorInnen im Vordergrund und machen so dieses Buch zu einer guten Lektüre für BildungsarbeiterInnen. ✖

> *Songül Bitis, Nina Borst (Hg.) (2013): Un_mögliche Bildung. Kritische Stimmen und verschränkte Perspektiven auf Bildungsun_gleichheiten, Münster, Westf: Unrast. 220 Seiten, 18,00 EUR. ISBN 978-3-89771-538-7*



Gespräche über Rassismus.

Perspektiven und Widerstände.

▮ ZAG

Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen und Künstler_innen sprechen in dem von Zülfukar Çetin und Savaş Taş herausgegebenen Band über unterschiedliche Formen des Rassismus und seine Verschränkungen mit anderen Herrschaftsverhältnissen in Deutschland. Die Texte – überwiegend eigens für diesen Band geführte Interviews – stellen in prägnanter Form aktuelle rassistische Diskussionen vor. Zudem zeigen sie Perspektiven und widerständige Praktiken aus der Sicht von rassismuserfahrenen Menschen auf. Interviews mit Iman Attia, María do Mar Castro Varela, Maisha Eggers, Mutlu Ergün-Hamaz, Elsa Fernandez, Noa Ha, Nivedita Prasad, Isidora Randjelović, Marianna Salzmann, Yasemin Shooman, Vassilis S. Tsianos, Deniz Utlu, Women in Exile, Koray Yılmaz-Günay, Anna-Esther Younes sowie weiteren Beiträge von Halil Can und Ayşe Güleç. ✖

> *Zülfukar Çetin, Savaş Taş (Hg.): Gespräche über Rassismus. Perspektiven und Widerstände. Verlag Yılmaz-Günay, Berlin ISBN: 978-3-9817227-1-0 Ca. 180 Seiten*



an.schläge. Klassismus

▮ ZAG

Die Ausgabe Oktober 2014 des feministischen Magazins an.schläge dreht sich um das Thema Klassismus. Wie wird der Begriff aktuell in der queer-feministischen Debatte verwendet? Wie äußert sich Klassismus? Dabei fokussieren die meisten Texte auf Gruppenunterschiede und Momente von Identitätspolitik, also auf die Frage, wie geht die queer-feministische Szene intern mit welchen Ungleichheiten um? Welche Benachteiligungen werden berücksichtigt und auf wen sollte mehr Rücksicht genommen werden. Das ist teilweise spannend zu lesen – insbesondere als Empowerment für Bildungsaufsteiger_innen, die dadurch merken, dass ihre individuellen Wahrnehmungen einen sozialstrukturellen Aspekt haben. Soziale Strukturen werden zum Beispiel in Form von ungleichen Chancen verschiedener Gruppen im Bildungssystem thematisiert. Allerdings bleiben gesellschaftliche Makrostrukturen weitgehend aus dem Blickfeld. An einer Stelle blitzen sie im Augenwickel auf, wenn bemerkt wird, dass es keine Gleichberechtigung der Klassen geben könne ohne die Abschaffung des Kapitalismus selbst (Nikola Staritz).

Auf den Seiten der an.schläge wie auch von migrazine.at sind Texte von Maria do Mar Castro Varela, Heike Weinbach, Andreas Kemper, Nikola Staritz, Christian Baron und anderen zu lesen. ✖

> *»Klassismus«, in: an.schläge, Oktober 2014. ISSN 1993-3002 http://anschlaege.at/feminismus/klassismus-oktober-2014/ http://www.migrazine.at/ausgabe/fokus/2014/2*

KRITIK
UND
MIGRATION EINE STUDIE

RADOSTIN KALOIANOV

> *Radostin Kaloianov: Kritik und Migration. Eine Studie. Unrast Verlag, Münster. 2014. 211 Seiten, 16 EUR. ISBN 978-3-89771-572-1*

no-where und now-here

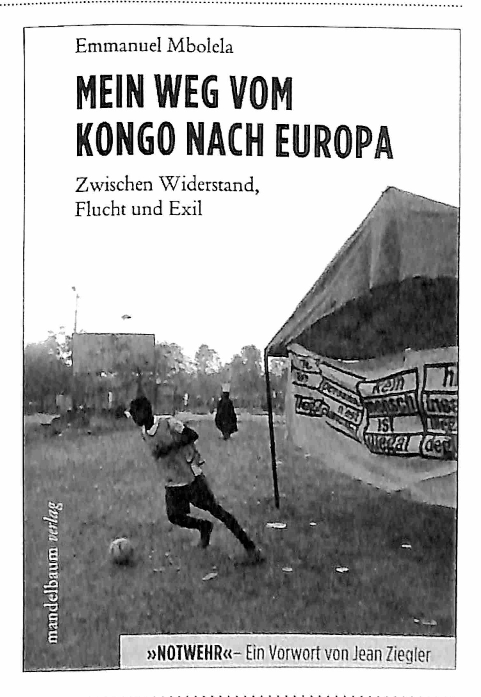
Matthias Köberlein

Radostin Kaloianov konzipiert in seiner Studie »Kritik und Migration« die kritische Migrationsforschung als »atopisch«.
In der gegenwärtigen kritischen Gesellschaftstheorie unterscheidet der Autor zwei Theorieschulen: Exzellenz- und Existenzkritik. Erstere prüft die sozialen Verhältnisse anhand von Normen – beispielhaft die Frankfurter Schule der Gegenwart (Habermas, Forst, Honneth). Letztere dient als Instrument zur Artikulation der Betroffenenperspektive – dort, im Feld der »studies« (postcolonial, gender, usw), verortet Kaloianov die kritische Migrationsforschung. Sie definiert Migration als soziale Lebensform und behandelt Diskriminierung, Subalternität, Verspätung, Gerechtigkeit und Assimilation. Ihre Position ist das »no-whereland« bzw. »now-hereland«: Sie ist »atopisch«, hat keinen Platz – genau wie ihr Gegenstand. Kaloianovs realistische – fast fatalistische – Analyse lässt konkrete Solidarität mit Migrant*innen umso notwendiger erscheinen. ✖

Flucht und Exil, einmal nicht abstrakt

Klaus Müller

Emmanuel Mbolela beschreibt seine Gründe, den Kongo zu verlassen und die Erlebnisse während seiner Migration.
In den deutschen Medien werden Flüchtlinge häufig nur aus zwei verkürzten Perspektiven wahrgenommen: Als leidende Vertriebene aus ihren Herkunftsstaaten, die – besonders zu Weihnachten – in ihren Flüchtlingscamps unserer Spende bedürfen und als »von illegalen Schlepperbanden Eingeschleuste«, die am europäischem Wohlstand teilhaben wollen.
Das Flucht und Exil mit realen Erlebnissen einer Reise, mit Angst, Mut, Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch mit Widerstand zu tun hat, geht in unseren Medien dabei gerne unter – außer es handelt sich um historische Berichte über geflüchtete Deutsche von 1945 ff., dargeboten in Form des unterhaltsamen Abendfernsehens.
Emmanuel Mbolela legt nun in Form einer autobiografischen Erzählung ein Buch vor, dass so gar nicht diese Erwartungen bedient. Schreibt er doch von der absichtsvollen Entscheidung, nach Erlebnissen brutaler Repression der staatlichen Sicherheitsorgane den Kongo zu verlassen und sich auf den Weg zu machen; jedoch nicht als Opfer der Verhoältnisse, sondern als handelndes Subjekt. Trotz widriger und gefährlicher Umstände setzt er seinen Weg durch die Sahara fort bis nach Marokko. Dort hilft er beim Aufbau einer Organisation kongolesischer Geflüchteter. Vier Jahre später reist er nach Europa und erlebt in Niederlanden die extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, denen vor allem migrantische Arbeitskräfte unterliegen. Heute arbeitet er als Referent und antirassistischer Aktivist in den Niederlanden.
Trotz der zugegebener Maßen »harten Kost« bediehnt sich die Erzählung einer gewissen Leichtigkeit; mehr als Roman, denn als Sachbericht – was aber das Interesse, es zu lesen durchaus fördert. Zu wünschen ist dem Autor, dass er mit seinem Buch auch und gerade die Menschen in Europa erreicht, die sich der Thematik Flucht und Migration sonst eher verschließen. ✖



> *Mein Weg vom Kongo nach Europa – zwischen Widerstand, Flucht und Exil von Emmanuel Mbolela, mit einem Vorwort von Jean Ziegler, erschienen im Mandelbaum Verlag, 2014, Taschenbuch 14.90 €, ISBN: 978385476-456-4.*

Die Naziclique und das Sonnenblumenhaus

Der erste Spielfilm über die tagelange rassistische, antiziganistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen vor 23 Jahren kommt jetzt ins Kino.

Gaston Kirsche

»Ich war noch sehr klein, als die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen stattfanden«, so der 1980 in Erkelenz im Rheinland geborene Regisseur Burhan Qurbani: »Ich kann mich erinnern, dass ich mich plötzlich sehr fremd gefühlt habe«. Qurbanis Eltern sind aus Afghanistan eingewandert, er selbst habe sich nach der pogromartigen Gewalt von Lichtenhagen als Ausländer gesehen.

Fünf Tage lang versammelte sich im August 1992 die deutsche Nachbarschaft neben dem Sonnenblumenhaus. Die Hochhaussiedlung in Ostseenähe war zu DDR-Zeiten beliebt, hier zogen Ingenieure, Lehrer, Werftarbeiter gerne mit ihren Familien ein. Ein Querschnitt der Bevölkerung kam hier an den lauen Sommerabenden zusammen, um gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber, ZAST, zu protestieren. Die ZAST war für das ganze Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gedacht, hatte aber nur 150 Plätze und war permanent überbelegt. Anstatt für eine menschenwürdige Unterbringung der zum Teil vor dem Gebäude notdürftig kampierenden Flüchtlinge einzusetzen, wurden die Asylsuchenden beschimpft. Vor laufenden Fernsehkameras wurde den Aggressionen gegen »Zigeuner« freien Lauf gelassen. Der offen artikulierte Rassismus der Nachbarschaft war derart aggressiv, dass sich kaum abweichende Meinungen fanden. Seit dem 20. August fand man sich abendlich vor der ZAST zusammen. Nazikader aus Westdeutschland reisten an und machten Erinnerungsfotos. Direkt neben der ZAST lag seit DDR-Zeiten das Wohnheim für »ausländische Arbeiter« aus Vietnam, die dort noch in ihren Wohnungen lebten.
Burhan Qurbanis Film »Wir sind jung. Wir sind stark.« zeigt die Ereignisse an einem Tag, dem 24. August, dem Höhepunkt der pogromartigen Gewalt, aus verschiedenen Perspektiven. Da ist Lien, eine vietnamesische ehemalige Vertragsarbeiterin, die in einer Großwäscherei Geld verdient. Mit ihrem Bruder Thao und dessen hochschwangerer Frau Minh streitet sie darüber, ob es besser ist, nach Vietnam zurückzukehren oder im veränderten Deutschland zu bleiben.

Jugendliche Freizeitgestaltung oder buntes Pogrom?

Hauptprotagonisten aber sind die Jungs aus der Naziclique. Mit Stefan, Robbie, Sandro, Tabor und den anderen aus der Clique beginnt und endet der Film. Zwei Mädchen sind auch dabei, aber Jennie und Ramona laufen mehr oder weniger nur mit als Freundinnen. Zwischen den 12-stöckigen langgezogenen Plattenbauten mit einem Aufgang neben dem anderen sind ein paar Garagen zu sehen, Wiese, Wege, Straßen. Die Clique trifft sich in einem alten Barkas 3000, eine Kiste Bier, Oi-Musik mit Nazitexten, ein paar rechte und dumme Sprüche, fertig ist die Freizeitgestaltung. Die Gruppendynamik der Clique wird dargestellt, wer Schwäche zeigt wird heruntergemacht, Gehorsam ist gefragt.
Als Riots von rechts inszeniert der Regisseur, wie sich die Clique ausagiert: eine Polizeistreife wird provoziert, Eltern schockiert, vor linken Punks mit Hitlergruß Stärke markiert. Der Höhepunkt aber ist die abendliche Gewalt gegen die BewohnerInnen der ZAST und des Sonnenblumenhauses. Langsam füllt sich ab den Nachmittagsstunden die Wiese davor, viele der Älteren bringen sich Campingstühle und Bier mit. Auf den Garagen bauen sich mehrere Fernsehteams für die Liveberichterstattung auf. Die Naziclique kommt vom Badenachmittag am nahe gelegenen Ostseestrand zurück, wird sogleich interviewt. Der bis dahin zwecks Unterstreichung der Tristesse in schwarz-weiß gedrehte Film wird jetzt plötzlich farbig. Das Interview wirkt harmlos, die Jugendlichen erzählen von ihren Träumen, bringen coole Sprüche, sind zwar aggressiv und roh, aber nur zaghaft rassistisch. Vor allem sind sie: aufgeregt. Der Menschenmenge gegenüber stehen vor der ZAST und dem Sonnenblumenhaus Polizeiketten. Rufe sind zu hören: Haut ab, haut ab!

Lien, Thao und Minh beobachten von oben die zunehmende Brutalität des Angriffes, flüchten auf den Dachboden des Hauses. Die ZAST ist zu diesem Zeitpunkt geräumt, am Nachmittag sind die Flüchtlinge auf andere Unterkünfte verteilt worden.



> »Wir sind jung. Wir sind stark.«, Deutschland 2014, 128 Min.; Regie: Burhan Qurbani; Drehbuch: Burhan Qurbani, Martin Behnke; Kamera: Yoshi Heimrath; Mit: Jonas Nay, Trang Le Hong, Devid Striesow, Joel Basman, Saskia Rosendahl. Kinostart: 22. Januar. Internetseite: http://jungundstark.de/#site

Die konfus agierende Polizei zieht sich am späten Abend zurück, die Häuser bleiben schutzlos. Jetzt werden nicht nur Steine geworfen. Robbie drückt Stefan einen der von der Gruppe vorbereiten Molotow-Cocktails in die Hand, steckt den Zündlappen an. Gemeinsam dringen sie in eine Wohnung ein, zünden unter dem Gejohle der Menschenmenge Gardinen an, fangen an alles kaputt zu schmeißen, was sie in der Wohnung finden. Es sind – surprise, surprise – die Sachen von Lien, Thao und Minh. Stefan lehnt sich aus dem Balkonfenster, macht den Hitlergruß, ihm wird applaudiert. Sein Vater sieht ihn von unten, machtlos. Während die Nazijungs nach dem Zerstörungsrausch das Haus verlassen, müssen die VietnamesInnen vor Rauch und Flammen weiter fliehen, sie retten sich in das Nachbarhaus. Aber niemand öffnet ihnen trotz ihrer panischen Angst die Wohnungstüren. Endlich – die Arbeitskollegin von Lien lässt sie rein.

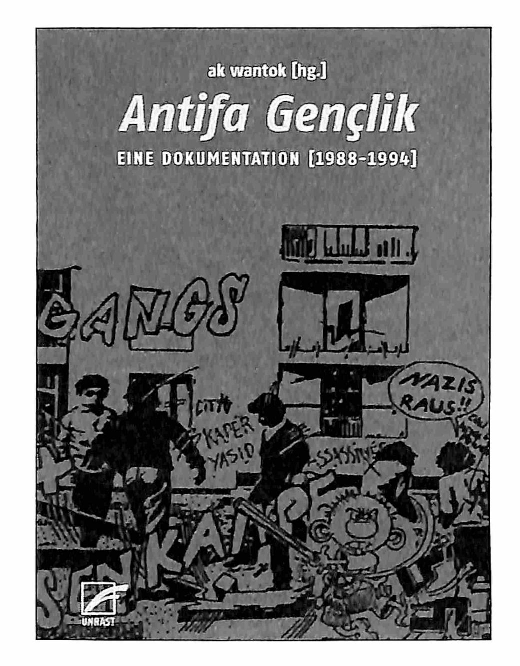
Die Realität war nicht so harmlos

Trotz der sehr symbolischen Überraschung am Ende des Filmes: Die Geschichte ist nicht nur streckenweise hölzern erzählt, der Film ist auch verharmlosend. Die realen Ereignisse an diesem brutalen Montag, dem 24. August 1992 in der Mecklenburger Straße in Rostock-Lichtenhagen werden abgehakt, aber zum Großteil nur in abgeschwächter Form inszeniert. Vor allem der volksgemeinschaftliche, eliminatorische Rassismus. Als die vor allem aus Rumänien eingereisten Asylsuchenden aus der ZAST evakuiert wurden, blieb es nicht bei ein paar Buh-Rufen einiger deutscher Nachbarn wie im Film gezeigt. Mit Steinen wurden Busfenster eingeschmissen, die Flüchtlinge duckten sich in Panik auf den Boden der Busse. Auch die nächtliche Flucht der Vietnamesen aus dem Sonnenblumenhaus ist auf dokumentarischen Filmaufnahmen viel dramatischer: So ließ sich der Durchgang zum Nachbarhaus länger nicht öffnen, während die Flammen näher kamen. Die Gesichter der mit einem Brecheisen verzweifelt an der Tür Hantierenden bleiben im Gedächtnis.

In der Menschenmenge tauchen dann zu allem Überfluss auch noch antirassistische Langhaarige mit Transparenten auf, die sich für die Asylsuchenden und die ehemaligen VertragsarbeiterInnen einsetzen und fordern: keine Gewalt. Real war es 1992 so, dass sich die aufgrund der tagelangen Berichterstattung angereisten vielleicht 300 antirassistischen radikalen Linken und die sich im alternativen Jugend Aktiv Zentrum, JAZ e.V. eingefundenen versprengten RostockerInnen sich nicht trauten, abends vor das Sonnenblumenhaus und die ZAST zu ziehen.

Die Geflüchteten bleiben außen vor

»Wir sind jung. Wir sind stark.« wird der Bedeutung des antiziganistisch motivierten Pogroms auch in anderer Hinsicht nicht gerecht: Zwar bebildert Qurbani, dass hauptsächlich Roma in und vor der ZAST untergebracht waren. Aber sie bleiben namenlose Objekte, keine Romnja, kein Rom sagt auch nur einen Satz in die Kamera, niemand von ihnen wird als Persönlichkeit dargestellt. Nur einmal ist zu sehen, wie eine Romnja empört den Arm wegzieht, als ein Polizist sie anpacken will, damit sie schneller in den Bus zum Abtransport einsteigt. Der etwas konstruierten Dramaturgie des Filmes hätte es nicht geschadet, wenn er auch in der Perspektive einiger Roma spielen würde. Gerade auch, um antirassistisch Roma aus der Objektrolle zu holen, auf die alle möglichen Klischees projiziert werden.
Dass Qurbani davor zurückschreckt, die Dynamik der pogromartigen Gewalt im aggressiven Rassismus der gewöhnlichen Deutschen in Rostock-Lichtenhagen zu zeigen und nicht in der testosterongesteuerten Aggression dazu auch noch ziemlich unbewusst agierender Jungnazis, macht den Film zu einer zwar sehenswerten, aber verschenkten Gelegenheit. So wird in der Menschenmenge in Film vor allem »Haut ab!« gegen die Polizei gerufen, erst später ist dass zu hören, was in der Realität andauernd gerufen wurde: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« Laut, aggressiv wurden so die Steinwürfe begleitet. Bei Treffern, auch mit Brandsätzen, wurde gejohlt und geklatscht. ⌘



Antifa Gençlik

▮ ZAG

Der ak wantok, der bereits mit »Perspektiven autonomer Politik« eine Dokumentation vorgelegt hat, hat sich mit der Antifa Gençlik eine für die BRD besondere Organisation vorgenommen. Ihre Darstellung in Dokumenten wird durch die notwendigen beiden Vor- und Nachworte gerahmt. Als besonders erscheint die migrantische Selbstorganisation Jugendlicher, die Ende der 80er und Anfang der 90er weit über Berlin hinaus Wirkung zeigte. Ihr Ende fand sie mit der Repression und den Diskussionen zu einem tödlich verlaufenen Angriff auf rechte Kader unter anderem der Partei »Die Republikaner«. Das Buch ist nötig, um diese Erfahrungen nicht vergessen zu lassen und neue Anknüpfungspunkte für neue Bündnisse zu diskutieren. ✖

› *ak wantok (Hrsg.) (2014): Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988-1994), Münster, Westf: Unrast. 164 Seiten, 13,00 EUR. ISBN 978-3-89771-566-0*

Der Aufstieg der AfD

▮ ZAG

Die AfD, als Partei im April 2013 gegründet, hat mit ihrem Einzug ins EU-Parlament und in drei östliche Landesparlamente für Aufregung gesorgt. Damit zeigte sich rechts von der CDU eine politische Partei erfolgreich, die nach den Wahldesastern der FDP scheinbar deren Platz einnahm.
Ihr konservatives und national orientiertes neoliberales Programm geht über die Rückkehr zur D-Mark hinaus. Schon im Wahlkampf zum EU-Parlament trat die Abschaffung des Euros zugunsten von Forderungen nach Wettbewerb und Deregulierung in den Hintergrund. In den drei Landtagswahlkämpfen schwenkte die Partei weit nach rechts. Themen wie innere Sicherheit, Familie und Migration wurden garniert mit antimuslimischen Forderungen nach Volksabstimmungen zu Moscheebauten und Stimmungsmache gegen »Genderismus«. Friedrich stellt anhand dieser Wahlkämpfe die innerparteilichen Auseinandersetzung der verschiedenen Flügel dar und geht der Frage nach: Wer sind die WählerInnen der Afd? Er gibt einen schnellen, lesenswerten Einstieg zu diesem Phänomen, welches er als Produkt einer neuen Konfiguration der Rechten versteht – und das hoffentlich bald wieder in der Versenkung verschwindet. ✖

› *Friedrich, Sebastian (2015): Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland, Berlin: Bertz und Fischer. 112 Seiten, 7,90 EUR. ISBN 978-3-86505731-0.*

Sebastian Friedrich
Der Aufstieg der AfD
Neokonservative Mobilmachung in Deutschland
Alternative für Deutschland
BERTZ+FISCHER

CALL ZAG AUSGABE 69

Polizei. Staat. Rassismus.

ZAG

Zum Gedenken an den Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße vor zehn Jahren wurde in Berlin ein großes Transparent aufgehängt. Kurz darauf kam die Berliner Polizei und entfernte mit großem Aufwand einen Teil des Plakats. Der Spruch »Staat und Nazis Hand in Hand« hatte sie aufmerken lassen. Dieser Kommentar zum Umgang staatlicher Stellen mit den Verbrechen rechter TerroristInnen im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex schien ihnen strafwürdig.
Dieses Ereignis ist Anlass für das Thema »Polizei. Staat. Rassismus.« der ZAG 69. Wir möchten die verschiedenen Formen von Rassismus in Polizei und Staat auf personeller, institutioneller und struktureller Ebene beleuchten. Denn die Konsequenzen sind mörderisch! Doch trotz scheinbar eindeutiger Indizien, ist es schwierig, diesen Standpunkt zu vermitteln. Einzelne Polizeiskandale werden meist entweder auf »menschliches Versagen« beschränkt oder die Ermittlungen mangels an Beweisen eingestellt. Die Kolleg*innen weigern sich in der Regel, gegen die Kolleg*innen auszusagen und manchmal weigern sie sich sogar zu ermitteln. Was heißt struktureller bzw. institutioneller Rassismus? Was bedeutet das konkret in der Arbeit dieser Institutionen? Weshalb gibt es diesen blinden Fleck des staatlichen Handelns?
Der NSU-Komplex scheint eindeutig in die Richtung strukturellen Rassismus zu weisen. Die polizeilichen Ermittlungen der NSU-Morde waren von Anfang an durch rassistische Vorurteile gekennzeichnet. Die Opfer wurden zu Täter*innen gemacht. Werden die Ermittlungsbehörden nun weniger rassistische Vorannahmen in ihre Arbeit einfließen lassen? Das aktuelle und traurige Beispiel der Nichtermittlung durch die Dresdner Polizei im Fall von Khaled Idris Bahray spricht dagegen.
Ein ähnliches Bild ergibt sich bei dem Blick auf die Statistiken und Chroniken zu Opfern rechter Gewalt und rechten Straftaten. Die Unterschiede zwischen den Zahlen staatlicher Stellen und engagierter Gruppen sind eklatant. Wann gelten Straftaten als politisch motiviert oder als »Hasskriminalität«? Was bedeutet diese scheinbare »Neutralität« staatlicher Institutionen gegenüber den Täter*innen und ihren Taten?

Offensichtlich muss man angesichts des NSA-Skandals die Frage stellen, ob der »freie Westen« zum Polizei- und Überwachungsstaat wird? Die NSA und andere Geheimdienste fischen global E-mails und Mobilfunkdaten ab. Bei einer Blockade gegen Nazis in Dresden, wurden von der sächsischen Polizei Millionen Datensätze von 320.000 Bürger*innen durch Funkzellenabfragen erfasst und als Verdächtige behandelt.
Während an den Grenzen Frontex Flüchtlingsboote aufspürt und zurückschleppt, wird in Deutschland Aufstandsbekämpfung geübt. Tagelang wurden Wohngegenden durch die Polizei abgeriegelt und belagert, wie am Beispiel der Gerhard-Hauptmann-Schule in Berlin Kreuzberg oder der Ausrufung des »Gefahrengebiets« in Hamburg rund um die Davidwache zu erleben war. Auf der kommunalen Ebene wird über das Ordnungsrecht das Betteln oder der Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen verboten. »Nervwischer« titelte die Springerpresse und eröffnete den Reigen der Maßnahmen gegen Roma: »Armut wird strafbar«. Zeitgleich mit den zunehmenden Repressionen, beobachten wir die Privatisierung hoheitlichen Handelns und öffentlicher Daseinsvorsorge. Mit dieser Strategie der Privatisierung wird staatliches Handeln der demokratischen Kontrolle entzogen. So werden z.B. Flüchtlingsheime in private Regie etabliert. Dass es dann immer wieder zu solchen Szenen kommen kann wie in NRW, wo private Sicherheitsleute die Lagerbewohner*innen quälen und rassistisch beschimpfen, liegt dann »ausschließlich in der Verantwortung der privaten Träger«. Doch können sich die Verantwortlichen in den Ämtern so einfach davon stehlen?
Polizist*innen gehen häufiger straffrei aus als andere Berufsgruppen. So wurde zum Beispiel Oury Jalloh auf bestialische Weise in einer deutschen Polizeizelle verbrannt. Anschließend blockierten Polizei und Staatsanwaltschaft die Ermittlungen und behinderten das Einbringen von Gutachten durch die »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh«.
Die Bilder von den Protesten in Ferguson, Cleveland, zeigten eindrucksvoll die militärische Aufrüstung der dortigen Polizei. Dorfpolizist*innen fahren mit minensicheren Panzerwagen durch die Gegend. Rund 400 Unschuldige werden jedes Jahr legal von der Polizei getötet und Bürgerrechtler*innen zählten 5000 Todesfälle durch überzogene Polizeigewalt. Der Rassismus in den Institutionen führt dazu, dass die Opfer überwiegend »Nicht-Weiße« sind.

Für die nächste Ausgabe der ZAG wünschen wir uns deshalb von euch Artikel zum Thema Polizei und Staat, strukturellem und institutionellem Rassismus. Themen könnten sein:

- Racial Profiling: Wie kann man sich dagegen wehren, weshalb gibt es so etwas?
- Militarisierung von Polizei und neue Polizeistrategien: Welche Interessen stehen dahinter und gäbe es Alternativen?
- NSU-Komplex: Wie weit sind die Ermittlungsbehörden verstrickt und hat sich seit der Aufdeckung der NSU-Strukturen in der Arbeit der Ermittlungsbehörden etwas verändert?
- Überwachung, Kontrolle und Geheimdienste: Weshalb sind linke Initiativen immer noch so interessant für den Staatsschutz und VS, obwohl eine umfassende digitale Überwachung besteht und Linke ja bekanntlich »jeden Furz aufschreiben und öffentlich / im Netz / auf Facebook diskutieren«?
- Grenzschutz und Migration, was kommt nach Frontex?

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu den von uns angerissenen Themen und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel für den Schwerpunkt der ZAG sollten nicht mehr als 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch gerne zu.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der Redaktionsschluss ist der 07.06.2015. Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge sowie Lob und Kritik an redaktion@zag-berlin.de.
- Mehr Infos über die ZAG unter www.zag-berlin.de.
- Wir freuen uns auch über Texte für alle anderen Rubriken des Heftes, die dann jedoch nur max. 8000 Zeichen haben sollten.

Backlist

2014 **#67** Rechtspopulismus **#66** Hellersdorf und die Folgen **#65** Flüchtlingsbewegungen **2013** **#64** Linke Diskussionskultur **#63** Repressive Toleranz **2012** **#62** 20 Jahre neue antir. Bewegung **#61** Critical Whiteness* **#60** Rassismus in der Krise **2011** **#59** Antiziganismus in Europa **#58** It's All Natural **2010** **#57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **#56** Islambilder 2 **2009** **#55** rasse·kultur·macht **#54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **#53** Homophobie **#52** Antidiskriminierung **2007** **#51** Grenzerfahrungen **#50** Verschwörungen **2006** **#49** Nationale Befreiungsbewegungen **#48** Die Türkei in Europa **2005** **#47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **#46** Lechts und Rinks **2004** **#45** Migration von Frauen* **#44** Migrationsmanagement* **2003** **#43** Antiziganismus* **#42** 911 Turbo **2002** **#41** Monster AG **#40** Blitzkultur **2001** **#39** Antisemitismus* **#38** Abschiebeknäste **2000** **#36/37** Zimmer ohne Aussicht **#35** Schengenland* **#34** Islambilder **1999** **#33** Konzepte antirassistischer Arbeit **#32** Die Bilder-Zag **#31** Gesundheit als Privileg **#30** Das Ende der Tabus **1998** **#29** Sport und Rassismus **#28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **#27** Antirassistische Jugendarbeit **#26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **#25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **#24** Globale Migrationskontrolle **#23** Mobilität **#22** City 2000 **1996** **#21** Balkan, Krieg und Flucht **#20** Ökologie **#19** Einwanderungspolitik **#18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹* **1995** **#17** Alltag-Kultur-Rassismus **#16** Europa **#15** Illegalisierung* **#14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **#13** Polizei und Justiz **#12** Rassismus und Soziale Frage **#11** Innere Sicherheit **#10** Rassismus und Bildung **1993** **#9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen* **#8** Ausweisung und Abschiebungen* **#7** Rassismus und Bildung* **#6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne* **1992** **#5** Roma in der BRD / Rostock* **#4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda* **#3** Wer schweigt, stimmt zu **#2** Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** **#1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup-Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement:** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin oder www.zag-berlin.de. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.